Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950
1949

27 (8.7.1949)

Visual Library

Landesbibliothek Karlsruhe

WIRTSCHAFTSREVUE

KURZFASSUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE: L'ECONOMIE CONTINENTALE CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

UNABHÄNGIGE EUROPÄISCHE WOCHENSCHRIFT

Nr. 27 / 4. Jahrgang — Konstanz/Bodensee, 8. Juli 1949 — Ausg. D, Preis 50 D-Pfennige

Unter den von der Demontage gefährdeten Betrieben befindet sich auch Hackfrequenz-Tiegelstahl, Bochum. Wie dieses Werk bei Kriegsende aussah, zeigt das Bild oben. Inzwischen wurde es behelfsmäßig wieder aufgebaut (unten). Erst verbombt, dann wieder aufgebaut. Anfang 1947 von der Demontageliste gestrichen, in Washington kurz vor dem 15. April 1949 erneut auf die Demontageliste gesetzt; dieses Werk steht heute wieder an der Spitze seines Fachzweiges. Beispielsweise fabriziert es als einzige deutsche Betriebsstätte hochwertige Magnete, auf deren Verwendung die Herstellung von Grubenlampen und von Magnetanlagen für Fahrzeugmotore usw. dringend angewiesen ist, weil diese Geräte in der Gestaltung ihrer Abmessungen entsprechend konstruiert sind.

Ein Umschwung bereitet sich vor

Internationale Währungsgespräche — D-Mark schwächer — Freie Preise ziehen an Betriebs-Zonengrenzen — Vor Maßnahmen zur Verhinderung von Entlassungen?

Internationale Unruhe

Die jetzt zu Ende gehende Woche bedeutet sowohl für die deutsche Wirtschaft als auch international einen Umschwung. Es hat den Anschein, als ob wir uns einem 13. Juli nähern. Mit dieser Bemerkung wollen wir auf die Reise des USA-Finanzministers Snyder anspielen und auf die scharfe Erklärung von Cripps am Mittwoch im Unterhaus, daß er an eine Abwertung des Pfundes nicht denkt. Wir vermuten, daß Herr Snyder Herrn Cripps eines Besseren belehren wird. Herr Snyder fuhr nicht ohne Grund zuerst nach Paris und, obgleich über die Unterredung mit Herrn Schuman am Mittwoch nichts bekannt wurde, wird die Währungsfrage, insbesondere bei dem pikanten Finanzverhältnis Frankreichs zu England, eine große Rolle gespielt haben, wobei vermerkt sei, daß von Frankreich auch die Anregung ausgeht, den amtlichen Goldankaufspreis in USA von 35 auf 38 Dollar für die Unze zu erhöhen. Man wird England zwingen, von der deflationären Wirtschaftspolitik (in England Austerity-Politik genannt) abzugehen.

Preise steigen

In Deutschland ist auch ein Umschwung festzustellen. Nach monatelangen Preisrückgängen ist zum ersten Mal auf dem freien Warenmärkten ein beträchtlicher Preisanstieg festzustellen, vor allem bei Butter, Zucker und Mehl. In Hannover stieg der Preis für 1 kg Butter um DM 1.— auf DM 16.—, in Bremen um DM 2.— auf DM 15 bis 16. Mehl erhöhte sich in Hamburg um DM 0.40 pro kg auf DM 2.—. Erschöpfung der Bestände vor der neuen Ernte und, bei Zucker, die Einkellerung werden als Gründe genannt. In Süddeutschland ist von diesem Preisanstieg noch nicht viel zu merken. In München wurde als Folge einer Großrazzia eine leichte Verteuerung von Zigaretten, Kaffee und Schokolade festgestellt. Ähnliche Schläge werden aus Frankfurt und Bremen berichtet. Es ist also möglich, daß zeitweise die Zigaretten etwas knapper werden. In Süddeutschland hält das Überangebot an Schokolade an; die Preise gehen leicht nach. Eier sind teurer geworden. Infolgedessen wurden auch die Käufer zurückhaltender; das Angebot reicht gut aus, um die Nachfrage zu befriedigen.

D-Mark international schwächer

Einen weiteren Umschwung stellen wir in der Bewertung der DM fest. Jedoch ist dieser Umschwung wohl allein auf die internationalen Abwertungsgerüchte zurückzuführen, jedenfalls ist die DM zum ersten Mal seit Wochen international etwas schwächer geworden. So notierten am 5. Juli in Zürich 100 DM 72/74 fr gegenüber 75/78 in der Vorwoche, in Basel ging der Kurs sogar auf 71/73 zurück. Interessant und ein Beweis für unsere oben angegebene Vermutung ist, daß in Deutschland die Devisenkurse am freien Markt trotzdem weiter rückläufig sind. Das Angebot an Dollar und Schweizer Franken war zeitweise außerordentlich stark. Für den Dollar ergab sich in Essen mit 4.50 DM ein neuer Tiefstand, in Hannover für den Schweizer Franken mit 1.10 — 1.25 DM.

Spannungen

Die schweren Spannungen in der deutschen Wirtschaft halten an. Wieder sind es die Fleischpreise. Der Bezirksinnungsverband der Fleischer im Regierungsbezirk Köln erklärte sich außer Stande, zu den amtlich festgesetzten Preisen einzukaufen und zu den entsprechend festgesetzten Verkaufspreisen wieder zu verkaufen. Wenn die Behörden außerstande seien, innerhalb der nächsten 14 Tage dafür zu sorgen, daß Fleisch zu den festgesetzten Preisen der Bevölkerung angeboten werden kann, wollen die Fleischer wieder selbst einkaufen. Am 4. Juli wurde bereits kein Schlachtvieh auf dem Kölner Schlachthof angetrieben. Wichtig ist die Feststellung, daß die Gewerkschaft der Fleischer ihre Mitglieder aufgefordert hat, während der nächsten 14 Tage kein Fleisch zu Überpreisen zu kaufen. Immerhin sind sehr große Fleisch-Importe angekündigt!

Die andere Seite der sozialen Spannung: Die Arbeitslosigkeit. Trotz beruhigender Erklärungen von amtlicher Seite läßt sich die Besorgnis über die wachsende Arbeitslosigkeit nicht wegleugnen. Der Leiter eines Arbeitsamtes der französischen Zone mußte in einer Erklärung, die am Anfang den Ausdruck enthielt „kein Anlaß zu ernster Besorgnis" am Ende folgenden Satz aussprechen: „Allerdings müssen in einigen Industriezweigen einschneidende Maßnahmen zur Verhinderung von Entlassungen oder Betriebsverlegungen in die Doppelzone durchgeführt werden."

Drohungen

Diese Erklärung des Mainzer Arbeitsamtsleiters ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Erstens will man also wieder mit staatlichen Zwangsmitteln gegen die schaffende Wirtschaft vorgehen, obwohl doch die staatliche Kreditpolitik allein Schuld an dieser Arbeitslosigkeit hat. Wieder also soll die Wirtschaft kujoniert werden, weil die Behörden schwere Fehler gemacht haben. In diesem Zusammenhang gehört die Problematik einer vom Zweimächtekontrollamt noch nicht genehmigten Kündigungsschutzverordnung die allen Arbeitnehmern, die mehr als 6 Monate in einem Betrieb tätig sind, einen erhöhten Kündigungsschutz geben will. Der augenblickliche Zeitpunkt scheint uns psychologisch sehr ungünstig gewählt. Er könnte die Arbeitgeber bei Neueinstellungen zu erhöhter Vorsicht mahnen, was jetzt gerade nicht erwünscht ist. Zweitens wird durch diese Erklärung plötzlich ein Schlaglicht auf die Zonengrenzen geworfen. Sind die Zonengrenzen immer noch Schlagbäume ähnlich der Zeit des Kampfs von Friedrich List? Darf man Betriebe immer noch nicht frei verlegen in Westdeutschland? Ist dies mit dem Grundsatz der Gewerbefreiheit in Einklang zu bringen? Daß doch die Beamten immer regieren und nicht dienen wollen!

Andrang zu Neugründungen

Immerhin, der Optimismus in Deutschland ist noch nicht gestorben. Der Andrang zur Neugründung von Handelsbetrieben bleibt weiter lebhaft. Die von den Handelskammern zu bearbeitenden Anträge liegen um weit als das Doppelte höher als im vergangenen Jahr. Auffallend hoch ist die Zahl der neu gegründeten GmbH. Erstaunlich groß ist die Zahl der Bewerber, die bisher in keiner Verbindung zum Handel standen. Wir warnen diese Neulinge. Wie sich der klein Moritz die Gewinne des Handels vorstellt, sind sie nicht. In der augenblicklichen Flaute zeigt sich dies besonders deutlich. Jedoch mutige und initiativfähige Männer können wir immer im Handel brauchen, auch wenn sie nicht hinter dem Ladentisch gelernt haben.

Zum Schluß eine ebenso ermutigende Feststellung: Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen immer noch etwas zunimmt; zum ersten Mal beginnt die Zahl der Beschäftigten wieder etwas zu steigen. Dies wird aus Württemberg-Hohenzollern und aus Bremen gemeldet. In Württemberg-Baden ist sogar in der zweiten Juni-Hälfte zum ersten Mal ein ganz kleiner Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen (von 37 905 auf 37 330).

Internationaler Bedarf an Arbeitskräften

Nach einer Mitteilung des Internationalen Arbeitsamtes haben sich sieben Staaten bereit erklärt, rund 350 000 ausländischen Arbeitern noch im laufenden Jahr die Einreise zu gewähren. Großbritannien beziffert seinen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften mit 13 000, Kanada mit 125 400, Neuseeland mit 1100, Frankreich mit 115 000, Belgien mit 9000, Schweden mit 1600 und die Schweiz mit 35 000, von denen allerdings 20 000 nur kurzfristig beschäftigt werden könnten.

Zu dieser Nummer

Scharfe soziale Spannungen in Berlin

Südbadens Chemie

Alarmstimmung im Ruhrgebiet

Fehlschlag der britischen Sozialisierungen

Ernüchterung in Österreich

Polen holt auf

Goldpreis-Erörterungen

Entfettungspillen

Das junge Mädchen drehte sich in der Türe noch einmal um: „Stimmt die Waage denn auch?" fragte sie und der alte Apotheker lächelte: „Gewiß, mein Fräulein, sie stimmt ganz genau." Er meinte nicht seine kleine Apothekerwaage mit den grün-gelben Hornschalen, in die er gerade die kleinen Beiperlen rieseln ließ, sondern die Personenwaage in der Ecke, die den Kunden kostenlos ihr Lebendgewicht anzeigt.

Die Davongehende und zu schwer Befundene schüttelte den Kopf. Ich sah ihr rundes, gut aufgepolstertes Gesicht betrübt entschwinden. „Da sind nun wohl bald wieder Entfettungspillen gefragt?" wandte ich mich an den alten Herrn. „O ja, o ja, die gehen schon wieder sehr gut." Ich zog die Augenbrauen hoch. Doch er versicherte mir noch einmal, er scherze nicht, Entfettungspillen seien eine kurante Ware.

Und nun fiel mir ein, was die Kellnerin im Café mir gesagt hatte, und ich dachte an die tausend und eine Eisbude, an die Fenster voll Torten, an den Kampf um die Schlagsahne und die von der Freilust der Erwachsenen bedrohte Säuglingsmilch, an die hundertausend Imbiß-Stuben und die Millionen Kinder, die türkischen Honig und Eis vom Stäbchen lutschen, an die Tippmädels und Verkäuferinnen, die mittags ihren Berliner Pfannkuchen und ihre Krapfen in den bezuckerten Fingern halten. „Ich möcht' gerne noch ein Stück essen, aber ich werde zu dick", sagen die Damen im Café — im Sommer 1949, ein Jahr nach dem Ende des langen Hungers.

Wir wollen uns nicht wundern, wenn demnächst ein genialer Erfinder (mit einem verbesserten, vielleicht vollautomatischen Punktroller auf dem Markte der Eitelkeiten erscheint. Es ist so weit. Wir haben es geschafft. Wir haben uns durchgefüttert. Vom Maisbrot zur Cremeschnitte, vom Fischaufstrich zum Schweinekotelette.

Wie ein Genesender nach einer schweren Operation oder einer langen Diätkur, unstillbare Gelüste nach bestimmten Speisen verspürt, so haben wir nacheinander die besseren Dinge im Heißhunger verschlungen. Genau betrachtet hat sich unsere Aufführung in Phasen vollzogen. Wenn ich mich nicht irre, so befinden wir uns augenblicklich in der Phase der Schokolade, die seltsam ziemlich genau mit der einer allgemeinen Nylonisierung zusammenfällt. Schokolade muß sein, Nylon muß sein, Kirschen und Erdbeeren werden aus der Tüte im Gehen geschmaust. Das ist etwas anderes als die unbeirrbaren Vierfruchtmarmeladen und Dattelpuree. Wir finden Apfelsinen im Hochsommer schon etwas trocken. Unsere Zunge verfeinert sich. Wir schmekken den Frieden. Und bald sind wir durch alle Genüsse hindurch. Was kann nun noch folgen? Vielleicht Sardinen, oder Thunfische in Öl, die wirklich in Öl schwimmen. Oder Bananen. Das wird sich zeigen.

Es hat keinen Sinn, diesen Prozeß mit schlechtem Gewissen zu betrachten. Er war notwendig. Es erging uns vielleicht wie dem Lehrmädel in der Zuckerbäckerei, das man die ersten paar Wochen soviel naschen und schlecken läßt, bis es die Finger davonläßt. Wahrscheinlich tritt nun bald die Sättigung ein. Und die Entfettungspillen wandern in der Handtasche mit.

Wenn es also nun soweit ist, wäre es doch gut, daß wir vernünftig würden. Zweifellos wandert heute ein sehr hoher Prozentsatz unseres allgemeinen Einkommens in die reinen Genußmittel. Die Frage ist, ob wir uns das auf die Dauer leisten können. Wir können es nicht. Einmal aus dem sachlichen Grunde, daß wir noch tausend Dinge nötig haben, die zum langfristigen Bedarf gehören: Kleider, Mäntel, Schuhe, vor allem Leibwäsche, Betten, Gardinen, Möbel, Wohnungen und Häuser. Ja, vor allem Wohnungen und Häuser. Und unsere Kinder brauchen Bücher und einen Atlas, um hinter lauter Eisstangen die weite Welt zu entdecken. Wenn der Schein nicht trügt, so werden zur Zeit Millionen Kinder von ihren Müttern mit vielzuviel Groschen aus Versehen gewöhnt. Mehr noch als das: die Generation der Zwanzigjährigen gewinnt ein ganz falsches Verhältnis zum Gelde. Denken die jungen Mädchen an eine Aussteuer und die jungen Männer an einen kleinen Grundstock, auf dem sie ihre Ausbildung oder eine eigene Existenz aufbauen könnten? Glauben sie, die früheren Generationen hätten sich nach oben spekuliert? Wissen sie, wie die Väter und Großväter aus Kleinem angefangen haben, indem sie Mark auf Mark legten? Ahnen sie etwas von jenen Erfolgen, die außer

(Fortsetzung auf Seite 3)

Sleuereinnahmen um 36,8 Mill. gestiegen

Einnahmesteigerung aus Zöllen und Verbrauchssteuern gleicht Einnahmerückgang aus Besitz- und Verkehrssteuern aus

Die Einnahmen der Westzonen aus Reichssteuern und Zöllen einschließlich der Kaffee- und der Teesteuer in Höhe von 31,8 Mill. DM betrugen nach einer amtlichen Mitteilung im Mai 1120,7 Mill. DM gegenüber 1152,1 Mill. DM im April. Sie blieben demnach hinter den Aprileinnahmen um über 31 Mill. DM zurück, übertreffen aber die Einnahmen im Februar und März 1949 um 9,4 bzw. 5,5%. Nichtsdestoweniger, in diesen Zahlen ist die Abgabe „Notopfer Berlin", die zusammen mit der Abgabe auf Postsendungen im Mai 35,4 Mill. DM und im April 36,4 Mill. DM erbrachte, und die Gewerbesteuer, die sich nach den Nachweisen der Länderfinanz-Verwaltungen im April auf 46,3 Mill. und im Mai auf 46,0 Mill. DM belief.

Die Einnahmen aus der veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer sind demnach gegenüber dem Vorauszahlungsmonat April zurückgegangen. Die veranlagte Einkommensteuer erbrachte 207,9 Mill. DM gegenüber 261,9 Mill. DM im Vormonat. Der Rückgang war mit 54 Mill. DM oder 20,6% weniger scharf als die Einnahmeminderung von Januar auf Februar (86,6 Mill. DM oder 32,9%). Dennoch war auch im Mai die Einnahme aus der veranlagten Einkommensteuer um 28,4 Mill. DM niedriger als im Februar, dem entsprechenden Monat des ersten Quartals, so daß die Einnahmen aus dieser Abgabe in den Monaten April und im Mai um 89,5 Mill. DM oder 16% hinter den Einnahmen im Januar und Februar zurückblieben. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer ist demnach bisher von allen Abgaben am stärksten durch die Stockung des Wirtschaftsanstieges beeinträchtigt worden. Im Gegensatz dazu war das Aufkommen der Körperschaftssteuer im April und Mai noch um 7,6% größer als im Januar und Februar. Im Mai überschritten die Einnahmen aus dieser Abgabe den Februarstand um 21 Mill. DM oder 22,3%.

Die Umsatzsteuer zeigt seit Februar einen ständigen Anstieg. Der Umsatzsteuerertrag lag im Mai mit 597 Mill. DM um 8,7% über dem Aprilergebnis.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer sind nach dem Tiefstand im April in Höhe von 145,3 Mill. DM im Mai mit 155,2 Mill. DM wieder auf den Stand vom März gestiegen.

Bei den sonstigen Besitz- und Verkehrssteuern ist der Rückgang der Einnahmen aus der Kraftfahrzeugsteuer von 21,2 Mill. DM im Vormonat auf 11,4 Mill. DM im Mai sowie aus der Beförderungssteuer von 16,2 Mill. DM auf 9,2 Mill. DM beachtenswert. Die gesamten Einnahmen aus Besitz- und Verkehrssteuern sind im Mai gegenüber April um 75,5 Mill. auf 608,9 Mill. DM zurückgegangen und entsprechen etwa den Einnahmen im Februar 1949 und im Dezember 1948. Im Gegensatz dazu hat sich der im April unterbrochene Anstieg der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsteuern fortgesetzt. Die Mai-Einnahme überschritt mit 311,8 Mill. DM die April-Einnahme um 16,5% und die März-Einnahme um 4,6%. Zusammenfassend kann man feststellen, daß die Erhöhung der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchsteuern seit Februar 1949 den Rückgang der Einnahmen aus den Besitz- und Verkehrssteuern ausgleichen konnte. Die gesamten Steuereinnahmen waren in den Monaten März bis Mai 1949 mit 3155 Mill. DM sogar noch etwas höher als in den vorausgegangenen drei Monaten (3296,2 Mill. DM). Unter den Verbrauchsteuern sind im Mai vor allem die Einnahmen aus der Tabaksteuer mit 182,3 Mill. DM gegenüber dem Vormonat (145,2 Mill. DM) beachtlich gestiegen. Ein erhöhtes Aufkommen ergab sich ferner bei der Kaffeesteuer und bei der Biersteuer. Dagegen waren die Einnahmen aus der Zuckersteuer und aus dem Spiritusmonopol im Mai niedriger als im April. Die seit November 1948 anhaltende Steigerung der Einnahmen aus Zöllen hat sich im Mai in erhöhtem Maße fortgesetzt und mit 22 Mill. DM den bisherigen Höchststand seit der Währungsreform erreicht.

Glienicker Brücke

Der Weg von Berlin nach Potsdam führt über die Glienicker Brücke. In den HO-Läden der Ostzone sind die Preise der Ostmark zehnmal so hoch wie die amtlichen Preise. Da die Ostmark zur West-D-Mark im Verhältnis 4:1 steht, war es für die Potsdamer billiger, in den Westsektoren Berlins zu kaufen. Sie kamen also in Scharen über die Glienicker Brücke nach Westberlin. Das paßte den Russen nicht, also erfanden sie eine technische Betriebsstörung. Sie rissen auf der Glienicker Brücke den guten Belag der Fahr- und Gehbahnen auf und ersetzten ihn durch einen nicht befahrbaren und begehbaren. Dann sperrten sie die Brücke, weil nun tatsächlich der Verkehr auf der Brücke gefährdet war.

Die Wirtschaft der Ostzone möchte gern in die Westzonen exportieren, aber die westdeutschen Kaufleute wollen keine Ostmark annehmen. Außerdem stellten sie fest, daß die Waren aus der Ostzone von so schlechter Qualität sind, als daß sie sie in Westdeutschland verkaufen können. Von amtlicher Sowjetseite wird aber in dem Propagandaapparat davon gesprochen, daß die westdeutsche Wirtschaft gierig nach Aufträgen aus der Ostzone sei. Tatsache ist, daß für über 50 Mill. DM Rohstoffe, die in der Ostzone dringend benötigt werden, seit Aufhebung der Blockade von Westdeutschland dorthin exportiert wurden.

Man sieht also, die Wirtschaft im bewirtschafteten Raum funktioniert nicht. Das gleiche Bild haben wir in England. Die Rede, die Minister Cripps am Mittwoch im Unterhaus hielt, konnte als Beweis nicht besser sein. Genau so wie die ostzonalen Wirtschaftsbeamten nicht einsehen, daß sie selbst schuld sind, wenn ihre Wirtschaft nicht funktioniert, behauptete auch Herr Cripps, es handelte sich nicht um eine britische Krise, sondern eben nur um die Dollarknappheit. Genau so wie die Russen nun technische Störungen markieren, um den freien Handel, der ihnen nicht paßt, aufzuhalten, genau so reißt jetzt Herr Cripps die Bohlen auf der internationalen Glienicker Brücke, die man freien Welthandel nennt, auf; er kündigte Maßnahmen an, die Einfuhren aus den Dollarländern erheblich zu beschränken. Und wie das die bohlenabbrechenden Behörden beide gerne tun, bewirtschaften sie, wenn sie etwas falsch gemacht haben, umso strenger. Also kündigte Herr Cripps an, daß er nur noch in Ausnahmefällen Importe aus Dollarländern genehmigen werde. In sozialistischen Regimen wird ja eben immer genehmigt, und die Freiheit wird eingeschränkt.

Die Parallelen gehen aber noch weiter. Herr Cripps appellierte an die Arbeiter, sie müßten mehr leisten. Dazu stand in einem gewissen Widerspruch die Feststellung Cripps, daß die Produktion Englands auf einer noch nie dagewesenen Höhe stünde, was das Unterhaus mit Beifall quittierte. Das war weder allgemein logisch, noch wirtschaftlich logisch; denn es ist doch nicht zu verstehen, daß ein Land mit höchstem Produktionsstand sich eine so traurige Ministerrede anhören muß. Aber lassen wir das. Kehren wir zu dem Arbeiter zurück, der immer mehr leisten muß. Im sowjetischen Interessengebiet kennt man das Stachanow-System. Dem gingen seinerzeit die gleichen Appelle voraus, wie sie Herr Cripps nunmehr seit zwei bis drei Jahren immer wieder von sich gibt.

Eine weitere Parallele: Herr Cripps geißelte scharf die Streiks, die, wie er sagte, nur politischen Zielen dienen, nämlich die englische Wirtschaft zu schwächen. Auch diesmal passierte ihm ein Malheur; denn ein paar Sätze später sagte er, es dürfe jetzt in England niemand daran denken, sein persönliches Einkommen zu erhöhen. Gemeint waren die Eisenbahner und Hafenarbeiter, die bis in die jüngste Zeit in England gestreikt haben, aber, wie üblich, nur um höhere Löhne zu bekommen. Nach sozialistischer Auffassung sind das also politische Streiks, wenn man in einem sozialistischen Regime um höhere Löhne kämpft. Nach gleichem Muster werden die bis vor kurzem streikenden Berliner Eisenbahner jetzt von der ostzonalen Eisenbahnverwaltung gemaßregelt.

Ja, auf der Glienicker Brücke des freien Aushandelns von Löhnen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind eben in England die Bohlen aufgerissen, und der Verkehr stockt.

Schließlich die letzte Parallele. Herr Cripps sagte, er werde mit „konstruktiver Entschlossenheit" seine Wirtschaftspolitik fortsetzen. Eine solche konstruktive Entschlossenheit zeigen auch die ostzonalen Wirtschaftsbeamten. Sie nennen es auch häufig sogar so. Und mit dieser Entschlossenheit — übrigens ein Wort, das wir in Deutschland zwischen 1933 und 1945 auch sehr oft gehört haben — reißt man dann die Bohlen auf der Glienicker Brücke auf.

So tat es Herr Cripps. Oder war seine Rede eine taktische Unterlage für den Besuch des US-Finanzministers Snyder, der in den nächsten Tagen in London eintreffen?

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Scharfe soziale Spannungen in Berlin

Ostzonale Planwirtschaft in der Zwickmühle

Das Vorhandensein zweier „Valuten" mit unterschiedlicher Bewertung in einer Millionenstadt, wie es Berlin ist, muß natürlich die vielfältigsten Reaktionen auslösen. Solange die Westmark nicht als alleinige Währung in den Westsektoren der Stadt galt und Westberlin durch die Blockade sowohl von der Ostzone als auch von den westlichen Besatzungszonen abgeschnitten war, blieben diese Auswirkungen beschränkt. Der Westberliner konnte, wie der Bewohner des Ostsektors, die lebensnotwendigen Ausgaben, wie Miete, Lebensmittelrationen, Fahrgelder und vieles andere, in Ostmark bezahlen, war damit also dem Bewohner des Ostsektors gleichgestellt. Nur für zusätzliche Käufe frei angebotener Waren in den Westsektoren und für Schwarzmarktkäufe, die nur in Westmark getätigt werden konnten, erlangte die Westmark einen ständig steigenden Wert, der natürlich je nach Angebot und Nachfrage gewissen Schwankungen unterlag.

Das Bild wandelte sich radikal mit der Einführung der Westmark als der alleinigen Währung in den drei Westsektoren der Stadt und der Aufhebung der Blockade, die allerdings inzwischen durch eine „kleine Blockade" während des Eisenbahnerstreiks ersetzt wurde, die andererseits aber nicht verhindern konnte, daß sich das Warenangebot in Westberlin fast von Tag zu Tag steigerte, und mit dem zunehmenden Angebot die Preise fielen. Diese Entwicklung hat die Westmark zur „Edelvaluta" werden lassen, die sogar von den Ostsektorenbewohnern begehrt ist, die sonst von Käufen in den Westsektoren mit ihrem verlockenden Angebot ausgeschlossen bleiben. Dabei ist es gleichgültig, ob der Bewohner des Ostsektors sich Westmark in den Wechselstuben oder auf dem Schwarzen Markt umtauscht, oder ob er zum Tageskurs Ostmark bei Käufen in den Westsektoren in Zahlung gibt. Es ist klar, daß sich die sozialen Spannungen in der Millionenstadt Berlin durch diese Entwicklung unerhört verschärft haben. Der „Grenzgänger", d. h. der Arbeiter, der im Ostsektor wohnt, aber in einem der drei Westsektoren arbeitet, erhält seinen Lohn zu 30 % in Ostmark und nur zu 10 % in Westmark. Sein Kollege erhält den nominell gleichen Lohn aber voll in Westmark. Bei einem Kurs von nahezu 1:6, wie er gegenwärtig notiert wird — übrigens der bisherige Rekord —, erhält also der Westberliner Arbeiter den sechsfachen Lohn in Ostmark gerechnet, während sein Ostberliner Kollege im gleichen Betrieb entsprechend benachteiligt ist. Dies ist in einem einfachen Beispiel erläutert. Bei einem Monatseinkommen von 200 Mark und einem Kurs von rund 6 Ostmark für 1 Westmark erhält der im Westsektor arbeitende Westberliner Arbeiter den vollen Wert von 200 Mark in Westmark. Sein Ostberliner Kollege erhält einmal 20 vollgültige Westmark, muß aber mit 180 Ostmark vorlieb nehmen, die bei diesem Kurs etwa 30 Westmark entsprechen. Er erhält also tatsächlich nur 50 Westmark für die gleiche Arbeit oder 25 % des Lohnes seines Westberliner Kollegen. Dabei werden beide nominell die gleichen Beträge für die laufenden Ausgaben, wie Miete, rationierte Lebensmittel, Fahrgelder usw., auf. Es ist klar, daß damit die Kaufkraft des Bewohners der Westsektoren unvergleichlich höher ist als die des Ostsektorenbewohners. Noch krasser werden die Verhältnisse bei den Ostsektorenbewohnern, die gleichzeitig im Ostsektor arbeiten und die offiziell überhaupt keine Westmark erhalten. Sie müssen den sechsfachen Nominalbetrag als Lohn für gleiche Arbeit beziehen, wenn sie in der Entlohnung den in den Westsektoren arbeitenden Westberlinern gleichgestellt sein sollen. Es ist klar, daß sich die ostdeutsche Planwirtschaft ein solches Experiment nicht erlauben kann. Es wäre gleichbedeutend mit einer ungeheuren Aufblähung des Zahlungsmittelumlaufs, der ohnehin im Verhältnis zum Warenangebot heute schon zu hoch ist und inflationistischen Charakter hat. Ein Westberliner, der im Ostsektor die Straßenbahn oder Untergrundbahn oder S-Bahn benutzt, zahlt in Wirklichkeit für eine Fahrt nicht 0,20 Ostmark, sondern nur 0,0333 Ostmark, während umgekehrt der Ostberliner in den Westsektoren für die gleichen Verkehrsmittel, da er in Westmark bezahlen muß, für eine Fahrt nicht 0,20 Westmark, die er nicht verdient, sondern 1,20 Ostmark umgerechnet bezahlen muß, da Ostmark nicht angenommen werden. Das gleiche gilt für jeden in den Westsektoren aufgegebenen Brief, wie für alle Käufe in den Westsektoren mit ihren verlockenden Schaufenstern. Die sozialen Spannungen werden durch diese Verhältnisse zur Siedehitze gesteigert.

Dieses Dilemma bleibt aber nicht auf den Mann in der Straße beschränkt. Selbst eine so allmächtige Wirtschaftsorganisation wie die DWK braucht Westmark für ihre geplanten Käufe in Westdeutschland. Das Angebot der DWK, 10 000 t Zucker für 15 Millionen Westmark für die Westsektoren zu liefern, deren Bewohnern man zur Zeit der Blockade noch die Kartoffeln und Kohlen abnahm, die sie im Ostsektor erworben hatten, sofern sie sich mit den Lebensmittelkarten nicht hatten im Ostsektor eintragen lassen, wurde abgelehnt. Es war ein deutlicher Beweis für den Westmarkhunger der ostzonalen Wirtschaftskörperschaften. Unter diesen Umständen muß die DWK wie der kleine Mann ihren Westmarkbedarf über die Wechselstuben, teilweise durch Mittelsmänner, decken. Sowohl die private Nachfrage nach Westmark, deren kleine Beträge sich zusammeln, wie auch die großen Beträge, die die DWK benötigt, haben das Ostmarkangebot in einer Weise steigen lassen, daß der immer höhere Umrechnungskurs nicht überraschen kann. Es scheint durchaus möglich zu sein, daß die maximale Höhe des Umrechnungskurses noch lange nicht erreicht ist, wenn auch rückläufige Bewegungen zwischenzeitlich nicht ausgeschlossen erscheinen. Jedenfalls ist der gegenwärtige Umrechnungskurs keine Folge spekulativer Eingriffe, er ergibt sich zwangsläufig aus der steigenden Nachfrage nach Westmark und dem dadurch bedingten steigenden Ostmarkangebot.

Die ostzonale Planwirtschaft ist durch diese Entwicklung in eine Zwickmühle geraten, aus der sich zu befreien, nicht einfach sein dürfte. Man könnte zum Beispiel das Warenangebot im Ostsektor der Stadt soweit erhöhen, daß die Bewohner des Ostsektors, wenn auch nicht in gleicher Qualität, so doch zu annähernd gleichen Preisen ihren Warenhunger, der auch Jahre nach dem Krieg noch nicht im entferntesten gestillt werden konnte, befriedigen könnten. Aber gerade diesen Weg kann man nicht gehen, denn er hätte zur Folge, daß sich die ostzonalen Wirtschaftsorgane, die DWK besonders und auch die Länderregierungen, deren Budgets auf den Wucherpreisen der HO-Läden aufgebaut waren, mit denen sie den in die eine Tasche des Arbeiters wandernden Leistungslohn aus der anderen Tasche mühelos wieder herauspraktizierten, ohne einen entsprechenden Gegenwert an Waren dafür zu geben, sich sehr schnell von aller Ware entblößt, dafür aber im Besitze riesiger Mengen wertloser oder zumindest im Werte stark geminderter Ostmark sehen würden.

Auf die Dauer wird man aber mit Schlagworten die realen Tatsachen, die auch der ostsektorale Bewohner Berlins täglich vor Augen hat, nicht entkräften können. Sie sprechen eine zu deutliche Sprache. Aber vielleicht ist den ostsektoralen Stellen und auch der SMA der gegenwärtige Tiefstand der Ostmark in mancher Beziehung nicht einmal so unerwünscht. Hält er doch die Ostmarkbesitzer davon ab, soweit sie nicht über große Beträge verfügen, und das ist bei der großen Masse, die nur über Lohn- und Gehaltseinkünfte verfügt, nicht der Fall, sich allzu eingehend mit den Verhältnissen in den Westsektoren zu beschäftigen, weil die Kaufmöglichkeiten für sie nur gering sind. Das kommt zwar auf der einen Seite der Propaganda zugute, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß auf der anderen Seite die Lage der planwirtschaftlich gesteuerten ostzonalen und ostsektoralen Wirtschaft sich immer hoffnungsloser gestaltet. Waren es vor der Aufhebung der Blockade Westberliner, die unter Ausnützung des niedrigen Standes der Ostmark billig, wenn auch teilweise schlecht, in den HO-Läden des Ostsektors kauften, so ist heute jeder bei dem großen Angebot qualitativ hochwertiger Lebensmittel, Textilien, Schuhe usw. bestrebt, die Westmark festzuhalten, und soweit Bewohner des Ostsektors dazu in der Lage sind, wandern sie von den HO-Läden ab und wenden sich den gefüllten Schaufenstern der Westsektoren zu.

Eine Angleichung des Realeinkommens des Ostberliners an das Einkommen des Westberliners durch eine entsprechende Steigerung des nominellen Betrages um den Kursunterschied ist, wie gesagt, nicht möglich, wenn man den Kaufkraftüberhang in der Ostzone und im Ostsektor nicht ins Ungemessene wachsen lassen will, weil eine Absaugung dieses Kaufkraftüberhanges durch die Phantasiepreise der Vergangenheit durch die auf dem Wege der Privatinitiative herbeigeschafften westlichen Waren verhindert wird. Eine nominelle Angleichung der Preise im Ostsektor in den HO-Läden ist ebensowenig möglich, weil das auf Ostmarkbasis mit ungeheuren Verlusten für die ostzonale Industrie gleichbedeutend wäre und außerdem die Haushalte der Länderregierungen zu einem Fetzen wertlosen Papiers machen würde. Bleibt also nur die Möglichkeit, die Warenpreise in den HO-Läden wenigstens auf der Basis des Umrechnungskurses etwa den Preisen in den Westsektoren anzugleichen. Das setzt aber zuerst einmal ein entsprechendes Warenangebot voraus, das ohne eine Schmälerung des sowjetischen Anspruches auf Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion nicht geschaffen werden kann. Aber selbst eine solche Regelung würde zu Lasten des schaffenden Menschen in der Ostzone bzw. im Ostsektor Berlins gehen, dessen Realeinkommen gegenwärtig eben bei einem Kurs von rund 6 Ostmark für eine Westmark nur ein Sechstel des Realeinkommens des Westsektorenbewohners beträgt, der im Westsektor arbeitet. Das sind harte Tatsachen, und es wird nicht einfach sein, aus der Zwickmühle herauszukommen, in die die sowjetische Besatzungszone, und damit auch der Ostsektor Berlins, durch die letzte Entwicklung geraten ist. Im Grunde genommen sind die Schwierigkeiten, die bei den Verhandlungen zwischen Berlin und Frankfurt wegen des interzonalen Warenaustausches letzthin zutage getreten sind, die gleichen Schwierigkeiten währungsmäßiger Art, die heute das Wirtschafts- und Sozialleben in Berlin belasten.

Handelsvertragsverhandlungen

Ungenügend vorbereitet

Innerhalb der Ausfuhrindustrie wird lebhaft darüber geklagt, daß zur Vorbereitung neuer Handelsvertragsverhandlungen zu wenig Zeit bleibt. Die einzelnen Unternehmen und auch die Wirtschaftsverbände haben kaum Gelegenheit, ihre Wünsche bei den zuständigen Stellen, wie den Industrie- und Handelskammern vorzutragen. Kennzeichnend für die unbefriedigende Lage ist zum Beispiel die Tatsache, daß die Industrie- und Handelskammer Köln ihre Mitgliedsfirmen zur Einsendung ihrer Unterlagen und ihres Wunschzettels für die Handelsvertragsverhandlungen mit Schweden erst in einem Augenblicke aufforderte, in dem die Verhandlungen mit diesem Lande in Stockholm bereits seit Tagen begonnen hatten. Ähnlich erreichte die Aufforderung zur Stellungnahme zu den Vertragsverhandlungen mit Norwegen die Mitgliedsfirmen der Industrie- und Handelskammer Köln erst an einem Tage, an dem die Vorbesprechungen über die Vertragsverhandlungen in Frankfurt schon angelaufen hatten.

Verschiedenen Wirtschaftszweigen macht auch die Art der Verhandlungsführung bei den Handelsvertragsbesprechungen Sorge. Es wird beanstandet, daß ihre Interessen nicht ausreichend wahrgenommen würden. So ergäbe sich bei dem Vertrag mit Portugal das eigenartige Ergebnis, daß die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen mit hohem Rohstoffanteil vervielfacht worden sei, aber der Anteil rohstoffarmer Erzeugnisse geführt worden sei, 1936 habe z. B. die Chemieausfuhr Deutschlands nach Portugal über 2 Mill. $ betragen, während sie nunmehr nur noch mit knapp 1,5 Mill. $ vorgesehen sei. Dagegen sollen an Maschinen und Fahrzeugen, die 1936 eine Ausfuhr von 2,1 Mill. $ nach Portugal hatten, künftig für 9 Mill. $ ausgeführt werden. Der Export von NE-Metallen ist mit 1 Mill. $ vorgesehen gegenüber einer Ausfuhr von 600 000 $ in 1936. Die chemische Industrie ist der Überzeugung, daß bei dem großen Bedarf Portugals nach ihren Erzeugnissen es lediglich eine Frage der Verhandlungsführung gewesen sei, sie angemessen bei der Ausfuhr nach Portugal zu beteiligen. Wegen des geringen Anteils namentlich ausländischer Rohstoffe an den Erzeugnissen der chemischen Industrie (im Durchschnitt 5 v. H.) wäre dies aber für die gesamte Wirtschaft recht bedeutsam gewesen.

Das im Mai abgeschlossene Handelsabkommen mit Portugal sieht Einfuhren aus den portugiesischen Kolonien nach Westdeutschland in Höhe von 9,4 Mill. Dollar vor. Davon entfallen u. a. 2,5 Mill. auf Bohnen, je 1,5 Mill. auf Ölsaaten und Juta, 1 Mill. auf Kakao, 0,87 Mill. auf Baumwolle und 0,5 Mill auf Kaffee. Westdeutschland war 1948 mit der Einfuhr von Waren im Werte von 5,68 Mill. Dollar der zweitbeste Kunde Portugals.

Mit Japan ist das erste Handelsabkommen nach dem Krieg abgeschlossen worden. Einzelheiten fehlen noch.

Meinungsänderung über deutsche Warenzeichen

Wie aus zahlreichen europäischen und auch überseeischen Ländern bekannt wird, ist ein immer augenscheinlicher werdender Wandel in der Wertschätzung deutscher Warenzeichen und deutscher Markenartikel festzustellen. Eine Reihe von ausländischen Verwaltungen feindlichen Vermögens haben bereits eingesehen, daß sie bei der Übertragung deutscher Warenzeichen auf Firmen minderer Leistungsfähigkeit oder gar mit unsolider Geschäftsgebahrung den Wert des Warenzeichens und des Markenartikels nicht nur deutscher Unternehmen, sondern auch eigener und anderer ausländischer Werke erheblich herabsetzen.

Verschiedene Länder haben aus dieser Erkenntnis bereits Folgerungen auf einigen Gebieten gezogen. So haben Belgien, Dänemark und Schweden, wie aus Kreisen der Kölnisch Wasser-Industrie mitgeteilt wird, den Erwerbern deutscher Warenzeichen der Kölnisch Wasser-Industrie die Auflage gemacht, die von ihnen zu liefernden Erzeugnisse aus den Original-Essenzen der deutschen Stammhäuser herzustellen. In vielen Ländern ist mit der Außerkraftsetzung des Warenzeichenrechts — wenigstens soweit es deutsche Warenzeichen betrifft — das Gefühl der Rechtssicherheit sehr beeinträchtigt worden.

Trotz großer Anstrengungen ist es bisher nicht möglich gewesen, den Absatz pharmazeutischer Erzeugnisse im Ausland im Vergleich zum Vorjahr wesentlich zu steigern. Eine Schwierigkeit liegt in der Beschlagnahme der deutschen Warenzeichen, die sich für die pharmazeutische Industrie außerordentlich ungünstig auswirkt. Es macht sich zum anderen immer stärker das Bestreben des Auslandes bemerkbar, sich im Import auf die Bezugnahme einiger weniger Spezialitäten, wie insbesondere von Leberpräparaten, Sulphonamide zu beschränken.

Noch keine einheitliche Einfuhr Westdeutschlands ab 1. Juli

Wie die Industrie- und Handelskammer Freiburg am 25. Juni bekanntgab, können nach einer Mitteilung der JEIA-Zweigstelle Baden-Baden die bizonalen Einfuhrbestimmungen laut JEIA-Anweisung Nr. 39 am 1. Juli 1949 nicht wie vorgesehen, auch für die französische Zone übernommen werden. Da das seit dem 11. 4. 1949 in der französischen Zone geltende interimistische Einfuhrverfahren eine Benachteiligung gegenüber der Doppelzone bedeute, bemühen sich nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer die deutschen Stellen, eine Änderung dieses Verfahrens noch vor der Zonenverschmelzung zu erreichen.

Im Juli sind folgende Obst- und Gemüseeinfuhren in die Doppelzone vorgesehen: für 1,2 Mill. Dollar Gemüse aus Holland, aus Italien für 560 000 Dollar Gemüse, für 450 000 Dollar Obst und für 350 000 Dollar Zitrusfrüchte, aus Jugoslawien für 600 000 Dollar Obst und Gemüse, für 720 000 Dollar Walnüsse, und aus Ungarn für 300 000 Dollar Tomaten und später im Herbst für 450 000 Dollar Obst.

In der zweiten Julihälfte und im August werden nach längerer Unterbrechung wieder Eiereinfuhren aus Dänemark, Holland und Belgien erwartet.

Die Deutsche Wirtschaftskommission hat von ausländischen Firmen 310 t Bohnenkaffee für die Ostzone angekauft. Zur Zeit wird in der Ostzone 1 kg Kaffee für 120 DM an den Verbraucher abgegeben. Gegenwärtig finden mit ausländischen Firmen auch Verhandlungen wegen Ankaufs größerer Mengen Kakao statt.

Gute Ernteaussichten

Die Aussichten für die bevorstehende Ernte in der Doppelzone werden im allgemeinen bisher günstig beurteilt. Sowohl bei Getreide als auch bei Hackfrüchten könnten die Ergebnisse knapp hinter der Rekordernte des Vorjahres liegen, meinen die Fachberater in der Doppelzonen-Verwaltung. Bei Ölfrüchten, insbesondere bei Raps, wird eine überdurchschnittliche Ernte erwartet. Der Stand der Wintersaaten wird als gut bezeichnet. Beim Roggen werden allerdings geringe Ausfälle erwartet, da während der Blütezeit Lagerschäden aufgetreten sind. Hingegen steht der Hafer ausgezeichnet. Die Frühkartoffelernte wird nach den bisherigen Ergebnissen nicht so ertragreich sein wie im Vorjahr, was auf die Trockenheit im Frühjahr zurückgeführt wird. Falls noch rechtzeitig nasse Witterung einsetzt und auch keine starken Schäden durch Kartoffelkäfer auftreten, rechnet man mit einer sehr günstigen Kartoffelernte. Bei Zuckerrüben und Futterrüben wird allerdings nur ein durchschnittliches Ergebnis erwartet. Die Heuernte war in der Doppelzone infolge der Maikälte sehr unterschiedlich, wenn auch mengenmäßig allgemein über dem Durchschnitt. Die Aussichten für den Spätschnitt werden als quantitativ gut, qualitativ aber nicht besonders angesehen.

Arbeitslosigkeit im Vergleich

Entlassungen in der Industrie – trotzdem steigende Landflucht

Die Betrachtung der Arbeitsmarktlage ist heute wieder ein wichtiges Hilfsmittel bei einer Analyse der gesamten Wirtschaftssituation. Nicht umsonst wurden von warnenden Stimmen die steigenden Arbeitslosenziffern westdeutscher Länder als bedeutsame Krisenzeichen bezeichnet. In Südwestdeutschland wiesen die Arbeitslosenziffern dagegen nur verhältnismäßig geringe Schwankungen auf. So ist z. B. in Südbaden die Arbeitslosigkeit seit der Währungsreform von 3000 auf 4000 gestiegen. Im Jahre 1936 hatte das Gebiet des heutigen Südbaden eine Arbeitslosenzahl von rund 13 000. Dieser Zahlenvergleich darf nun aber nicht zu dem irrtümlichen Schluß veranlassen, daß den jetzt der französischen Zone zugewiesenen Flüchtlingen mag das besonders nahe liegen, daß die Industrie der französischen Zone noch unbegrenzte Aufnahmemöglichkeiten für freie Arbeitskräfte hat. Die hiesige Wirtschaftsstruktur bringt es mit sich, daß eine tatsächliche Arbeitslosigkeit nicht unbedingt in den Ziffern der Landesarbeitsämter erscheinen muß. Die Arbeiter Südwestdeutschlands sind zum großen Teil noch so sehr mit der Landwirtschaft verwachsen, daß sie bei Verlust ihres Arbeitsplatzes in der Industrie ihren Lebensunterhalt von den Erträgen ihres kleinen landwirtschaftlichen Anwesens fristen können.

Für Rückschlüsse von der Arbeitsmarktlage auf die Gesamtwirtschaftslage ist es daher zweckmäßiger, die Zu- und Abgänge in Industrie und Gewerbe zu vergleichen. Von der Währungsreform bis zum Ende des vorigen Jahres stieg die Zahl der Beschäftigten in Südbaden um 19 000 d. s. nicht ganz 10 Prozent. Die stärksten Anstiege waren im September und Dezember vorigen Jahres zu verzeichnen, wo im Vergleich zu den Vormonaten 4000 bzw. 6000 zusätzliche Arbeitskräfte von der Industrie aufgenommen wurden. Es entspricht der konjunkturellen Entwicklung, wenn im März und April die Entlassungen die Neueinstellungen zum ersten Mal seit der Währungsreform wieder überwogen. Die Industrie, Handwerk und Handel sind also im Augenblick nicht in der Lage, Neueinstellungen vorzunehmen — eine Feststellung, welche besonders für die Überlegungen wichtig ist, die jetzt über die berufliche Unterbringung der in die französischen Zone zu überweisenden Flüchtlinge angestellt werden müssen. Im Augenblick sind Arbeitskräfte für die Landwirtschaft, das Gaststättengewerbe und Haushalte gesucht. Die Textilindustrie fragt nach gelernten Arbeitern oder jungen Nachwuchskräften. Doch rechnet man in zuständigen Wirtschaftskreisen mit einer Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage im Laufe des Sommers, wodurch auch wieder eine lebhaftere Suche nach Arbeitskräften einsetzen wird. Allerdings werden dann auch die von der Arbeitslosen-Statistik nicht erfaßten, in die eigene Landwirtschaft ausgewichenen industriellen Arbeitskräfte wieder auf dem Arbeitsmarkt erscheinen. Es ist daher sehr schwierig festzustellen, welche Aufnahme-Möglichkeiten die südwestdeutsche Industrie bei günstiger Entwicklung bieten kann. Diese Möglichkeiten sind in der französischen Zone keineswegs unbegrenzt, sie können vielleicht sogar relativ schnell erschöpft sein und dann werden der Aufnahme zusätzlicher Arbeitskräfte genau dieselben Schwierigkeiten gegenüberstehen wie jetzt bereits in der Doppelzone.

Ein besonders heikles Problem ist das Auseinanderfallen des Angebots von Arbeitskräften im industriellen und im landwirtschaftlichen Sektor. Die Arbeitskräfte, die bis vor kurzer Zeit in die Industrie strömen konnten, waren zu einem nicht geringen Teil ausgesprochene Landarbeiter, bisher in der Landwirtschaft mithelfende Familienangehörige und zu einem Teil sogar kleine Bauern. Man spricht mit leider nur zu großem Recht wieder von einer Landflucht, die bei noch weiterer Ausdehnung einen katastrophalen Arbeitermangel auf dem Lande hervorgerufen würde. Bei einigermaßen ausreichender Lebensmittelversorgung in der Stadt kann heute die Industrie dem Arbeiter wieder die größeren Annehmlichkeiten (festgesetzte Arbeitszeit, höhere Löhne) bieten als der Bauer auf dem Lande. Die Landwirtschaft wird diesen gefährlichen Entzug ihrer Arbeitskräfte nur durch eine grundsätzliche Umstellung ihrer Arbeitsmethoden begegnen können. Man wird mit der Abkehr von der extensiven Feldwirtschaft und dem Übergang zu einer arbeitsintensiven Veredlungs-Wirtschaft Ernst machen müssen. Doch dazu gehört eine Modernisierung des Betriebes, dazu gehören Maschinen. Das notwendige Kapital fehlt der Landwirtschaft aber. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse entsprechen noch längst nicht denen für die industriellen und mit dem vor der Währungsreform von den Südbern eingetauschten Klavier oder Perserteppich kann heute noch keine Betriebsumstellung oder Rationalisierung finanziert werden. Das Problem wird hier also, zu einem Teil wenigstens, unmittelbar von dem Arbeitsmarkt gestellt, zu lösen ist es durch eine bessere Kapitalversorgung der Landwirtschaft. Für den Augenblick könnte, bei sich bessernder Wirtschaftslage, der Landflucht durch starre Beschränkung der Freizügigkeit vom Lande zur Stadt abgeholfen werden. Doch dürfte eine solche Maßnahme gerade heute, da man dem Staate immer mehr Befehlsbefugnisse entwinden möchte, nicht zu empfehlen sein. So steht die Landflucht heute wieder als das Gespenst vor der deutschen Landwirtschaft und — bei der Abhängigkeit Deutschlands von seiner eigenen Lebensmittelerzeugung — vor der deutschen Wirtschaft überhaupt.

Südbadens Chemie im Nachteil

Die chemische Industrie in Südwestdeutschland steht im Schatten der „Badischen Anilin- und Soda-Fabrik" in Ludwigshafen. Doch darf man nicht übersehen, daß sich in Südbaden das zweite, für das gesamte deutsche Wirtschaftsgebiet wichtige Chemiezentrum der französischen Besatzungszone befindet. Aus ganz Deutschland werden hier vor allem Kerzen und Opiate nachgefragt, während in der Zone selbst vorwiegend Atznatron und Soda abgesetzt werden. Die Produktion erstreckt sich außerdem auf Karbid, Chlor, Essigsäure, pharmazeutische Grundstoffe, Farbstoff-Zwischenprodukte, Schleifmittel und Glas. Das Schwergewicht der Produktion befindet sich mit den Werken, die anorganische Grundstoffe herstellen am Oberrhein. Diese Fabriken sind zum Großteil in Schweizer Besitz.

Die Werke in Südbaden stellen nicht nur Grundstoffe zur Weiterverarbeitung in der chemischen Industrie selbst her, sondern sind gleichzeitig die Vorindustrie für wichtige andere Wirtschaftszweige, wie z. B. die Kunstseidefabrikation, die Herstellung von Kunststoffen, Waschmitteln, Nahrungsmitteln, Papier, für den Weinbau (Flaschen) und die Holzverarbeitung. Die chemische Industrie ist sehr stark mit den anderen Wirtschaftszweigen verflochten und bei dementsprechend auch von deren Wirtschaftslage abhängig. So liegt die Kapazitätsausnutzung als Folge der allgemeinen stagnierenden Wirtschaftslage ungefähr zwischen 30 und 50% (in der Doppelzone beträgt die Ausnutzung 80 Prozent). — Monatlich können 20 000 bis 22 000 t Produkte hergestellt werden. Im Augenblick werden nur etwa 10 000 bis 12 000 t ausgeworfen. 6500 Arbeiter sind beschäftigt.

Der Absatz in das Ausland, der nach Aufhebung des größten Teils der Bewirtschaftung fast völlig frei ist, gestaltet sich sehr schwierig. Die ausländische Konkurrenz ist sehr oft billiger, und außerdem haben frühere Abnehmerländer in den Kriegsjahren für wichtige Exportartikel wie Karbid, Ätznatron oder pharmazeutische Grundstoffe eigene Fabriken errichtet. Dazu kommt eine für die südbadischen Werke wegen der hohen Transportkosten besonders ungünstige Preisgestaltung, welche die hiesige Industrie auch gegenüber der Konkurrenz in der Doppelzone benachteiligt. Sehr bedauerlich ist gerade für die chemische Industrie die Blockade der Ostzonen-Grenze, da bis zur Währungsreform der Absatz in die Ostzone recht lebhaft war und auch gut funktionierte. Dort braucht man dringend chemische Erzeugnisse der französischen Zone und der chemischen Industrie dort fehlt der Absatzmarkt im Osten Deutschlands.

Nicht allein auf der Absatzseite, auch in der Fabrikation gibt es im Augenblick noch Schwierigkeiten. Vor allem stehen zu wenig Importrohstoffe (Öle, Paraffin, Lösungsmittel, pharmazeutische Grundstoffe) zur Verfügung oder deren Qualität reicht nicht aus. Dagegen läuft die Kohle- und Stromversorgung verhältnismäßig glatt. Nur machen sich hier die Preiserhöhungen (beim Strom das dreifache) bei der Preisgestaltung der chemischen Erzeugnisse sehr unangenehm bemerkbar, zumal die Grundstoffwerke ja auf Kohle und Strom basieren. Insgesamt werden von der chemischen Industrie Südbadens 30 000 bis 50 000 t Kohle im Quartal und 30 bis 40 Mill. kWh Strom im Monat verbraucht.

Entfettungspillen

(Fortsetzung von Seite 1)

Intelligenz und Fleiß noch Sparsamkeit voraussetzen? Im Grunde sind wir doch alle demontiert und abgebrannt und unser allgemeiner Wohlstand kann nur dadurch wieder hergestellt werden, daß wir anfangen, in Geddingen systematisch und vernünftig zu denken. In seinen Essays zur Lebensweisheit sagt Bacon, daß nach einer Verarmung an neuem Wohlstand nur zu denken sei, wenn man erst einmal die Hälfte von seinen Einnahmen in den Sparkasten lege. Wenn das auch nicht wörtlich zu nehmen ist — da keiner von uns diese Hälfte übrig hat — so gilt es aber ganz sicher für die geringen Überschüsse, die wir aus unserem Einkommen zur freien Verfügung haben.

Was hat alles geschimpft auf die falsche Baupolitik für einen Sinn: wir erstiern uns über die vielen Restaurants, Läden und Budengeschäfte, aber in der breiten Masse finanzieren wir sie durch die Unbesonnenheit unserer Kauflust und unsere entfesselte Genußsucht. Wenn eine Wirtschaft nicht mehr von oben her gelenkt oder kommandiert wird, muß die Besinnung in der Familie, im Haushalt beginnen, bei der Lohn- und Gehaltstüte des einzelnen. Es ist höchste Zeit, daß wir jetzt in eine neue Phase eintreten: in die Phase der dauerhaften Erwerbungen, der soliden Anschaffungen, der vernünftigen Lebenseinrichtung. Nur unter dieser Voraussetzung wird sich unsere Volkswirtschaft wieder normalisieren, nur mit dieser Besinnung wird sich wieder bauen, aufbauen und wirtschaften lassen und sich unser Ruf als ein rechtschaffenes, recht schaffendes Volk wiederherstellen. —

Die Lebensversicherung im April

Nach den vorläufigen Feststellungen des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen sind im April 189 700 neue Lebensversicherungen über rd. 320 Mill. DM beantragt worden. Davon entfallen auf Großleben 141 Mill. mit 38 500 Stück und auf Kleinleben 79 Mill. mit 31 200 Stück, der geringe Rückgang gegenüber März (331 Mill. DM) dürfte auf den Ausfall der Osterwoche zurückzuführen sein.

An Sitzbadenleistungen wurden im April 1949 18,2 Mill. DM ausgezahlt. Damit erhöhen sich die Leistungen der Lebensversicherungen im Jahre 1949 auf rd. 73 Mill. DM.

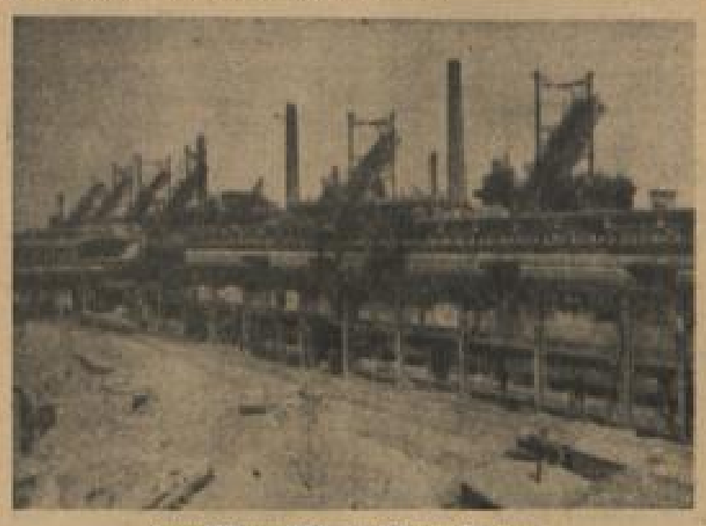
WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG G.m.b.H., Konstanz a. B. / Karlsruher Büro: Karlsruhe (bd., Veldstraße 16. Chefredakteur Oscar Kessler. Zuständiger Verlagsredakteur Eugen Gaßner. Bezugspreis ¼ jährl. DM 3.—, zuzügl. Zustellgebühr. Anzeigenannahme: Karlsruhe, Veldstraße 16. Anzeigenpreise: Textanzeigen: die 36 mm breite Millimeterzeile DM 1.—; Anzeigenteil: die 30 mm breite Millimeterzeile 30 Dpf., Klein-Kleingeld-Anzeigen 40 Dpf.; Stellengesuche 20 Dpf. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig. — Satz und Druck: Badendruck G. m. b. H., Karlsruhe. Jede mit Namen des Verfassers versehene Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwertung nur mit Quellenangabe.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Alarmstimmung im Ruhrgebiet

Die vor der Demontage stehenden Anlagen der Fischer-Tropsch-Synthese und der Hydieranlagen der Gelsenberg Benzin AG liegen mitten im Ruhrgebiet — der einstigen Hochburg des Kommunismus in Westdeutschland. Dort liegt auch die August Thyssenhütte, das wirtschaftlichste Eisenhüttenwerk von Westeuropa. Auch sie soll nun demontiert werden.

Frohlockend stellt die kommunistische Agitation fest, daß diese Demontagen den schlagenden Beweis dafür liefern, was sie schon immer behauptet hatte: Der kapitalistische Westen erstrebe nicht die Wohlfahrt der Menschheit, sondern die Zerstörung der Lebensgrundlagen des Proletariats. Profitgier sei die Triebfeder, die Ausschaltung des Wettbewerbers das Ziel. Unmenschlichkeit gegen die Arbeitnehmer die Warenzeichen des kapitalistischen Westens! Wir bitten die Vertreter der Westmächte, uns zu sagen, was wir auf diese kommunistischen Anschuldigungen antworten sollen!



August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn, die Gegenstand des Plans „Jugendaufbauwerk Europa" ist, worüber wir in der vorigen Ausgabe ausführlich berichteten. Inzwischen hat Bevin in fast beleidigender Weise diesen Plan abgelehnt.

US-Gewerkschaftsführer an Truman

An Mr. Truman, den Präsidenten der USA, hat der Leiter der amerikanischen Gewerkschaft der Automobil-, Luftfahrt- und Landmaschinenarbeiter, Walther P. Reuther, am 10.5.49 ein persönliches Schreiben gerichtet. Darin heißt es:

„Die Demontage dieser Werke würde nach meinem Eindruck in direktem Widerspruch mit dem heimischen und den auswärtigen Abzielen Ihrer Verwaltung stehen. Sie, Herr Präsident, waren es, der eine Erweiterung der Kapazität unserer Stahlindustrie gefordert hat, um der im Weltmaßstab bestehenden Stahlknappheit abzuhelfen. Der Abbruch der deutschen Stahlbetriebe würde diese Knappheit steigern, unserer ungeeigneten inländischen Stahlversorgung eine zusätzliche Bürde auferlegen und die Arbeiter der amerikanischen Auto- und anderer stahlverarbeitenden Industrien um die Möglichkeit voller und regelmäßiger Beschäftigung bringen. Sie haben vom Kongreß einige Milliarden Dollar gefordert und bewilligt erhalten, um den europäischen Wiederaufbau zu beschleunigen. Ein Teil dieser Fonds wird dazu verwendet, um Europa mit Stahl und Kunstdünger zu versorgen. Die Zerstörung von deutschen Werken, welche diesen Bedarf befriedigen können, würde dem amerikanischen Steuerzahler eine unnötige zusätzliche Last auf und vermindert die Ergiebigkeit der Beträge, die wir für Europa aufwenden."

Eindringlich weist Reuther auf die Empfehlung der amerikanischen Wolf-Kommission hin, wonach für die Dauer der Weltknappheit an Rohstahl und Stahlblech die betreffenden Anlagen der Thyssen-Hütte in Betrieb erhalten werden sollen. Im Widerspruch zu den Empfehlungen der Wolf-Kommission (Stahlindustrielle aus den USA), des Humphrey-Berichts und des Marshallplan-Verwalters Paul Hoffman sind in der Aufsehen erregenden Washingtoner Drei-Mächte-Entscheidung vom 13.4.49 wichtige Werke der Eisen- und Stahlindustrie auch weiterhin zur Demontage bestimmt worden. Darunter befinden sich die folgenden: August-Thyssen-Hütte, Duisburg-Hamborn; Bochumer Verein, Bochum; Henrichshütte, Hattingen; Grobblechwalzwerk, Hörde; Klöckner-Drahtwerk, Düsseldorf; Hüttenwerk Niederrhein, Duisburg-Meiderich; Reichswerke Watenstedt, Watenstedt-Salzgitter.

Die Ergebnisse der Drei-Mächte-Besprechungen in Washington haben den Eindruck entstehen lassen, als ob das Demontageproblem eine Erledigung dadurch gefunden habe, daß von 167 Betrieben 159 aus der Demontage-Liste gestrichen wurden. Die von der Liste abgesetzten Betriebe sind aber nur die kleineren Produktionseinheiten, während gerade die großen auch weiterhin auf der Demontageliste verblieben sind. So werden in der Eisen- und Stahlindustrie durch das Washingtoner Abkommen weniger als 10% der vorher zur Demontage vorgesehenen Kapazitäten erhalten bleiben.

Was die Demontage der Eisenhüttenwerke für Westdeutschland bedeutet, schildern wir in besonderen Ausführungen am Beispiel der Reichswerke Watenstedt; dort bedeuten 13 000 Arbeitslose zusammen mit ihren Familien 45 000 Nährstellen für totalitäre Ideen, zumal da sie nur wenige Kilometer vom Eisernen Vorhang entfernt leben. Ebenso schafft die Demontage im Ruhrgebiet Landungsplätze für den Totalitarismus.

Was, wie bei Hochfrequenz-Tiegelstahl (siehe Text und Bilder auf S. 1) durch eine Demontage im Kleinen droht, droht gegen die deutsche Elektrowirtschaft im Großen durch die Wegnahme der einzigen beiden schweren Schmiedepressen von 12 000 bis 15 000 t Preßdruck, die für das Stauchschmieden von Stücken im Gewicht von 38 bis 120 t zur Verfügung stehen müßten. Auf solche stauchgeschmiedeten Teile sind nämlich die Konstruktionen der Elektromaschinen (Turbo-Aggregate) für die deutschen Kraftwerke eingestellt, weil diese seit etwa 15 Jahren auf hochleistungsfähige hochtourige Schnellläufer-Aggregate übergegangen sind. Das Stauchschmieden ist erforderlich zur Verhütung von Fliehkraft-Explosionen der Maschinen.

Dazu kommt die Demontage der einzigen Radialwalzwerke der Welt, welche nahtlose Trommeln für Hochdruckdampfkessel im Walzverfahren herstellen können — dringend benötigt für die Errichtung von Dampfkraftwerken für die Elektrizitätswirtschaft Westdeutschlands, das übrigens von dem erzeugten Strom auch noch beträchtliche Mengen über seine Westgrenzen exportiert.

Obendrein brachte die Demontage-Entscheidung aus Washington vom 13.4.49 noch den völlig unerwarteten Beschluß, das Feinblechwalzwerk Bruckhausen (im Westen des Ruhrgebietes) zu vernichten — ein Werk, das ⅓ des dringenden deutschen Bedarfs an hochwertigen Transformatorenblechen mit einem Wattverlust von nur 1,1 WV/kg hatte liefern sollen. Man stellt uns nunmehr anheim, solche Bleche künftig aus dem Auslande einzuführen. Wenn das möglich sein sollte, so gilt auch hier dasselbe wie schon bei den Chemie-Demontagen und den Vernichtungsplänen für die Produktionsstätten der Eisenhüttenindustrie.

Schwere Schmiedepresse

Die Demontage deutscher Produktionsanlagen bewirkt künstlich einen zusätzlichen Devisenbedarf für Einfuhrzwecke. Diese Devisen wird Deutschland ab 1953 nach Ablauf des E.R.P. nur durch ebenso zusätzliche Ausfuhren erzielen können.

Ohnehin ist es ein Rätsel, wie die deutsche Wirtschaft es fertig bringen soll, die für den laufenden Unterhalt durch Einfuhren von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien erforderlichen Ausfuhrerlöse zu erzielen, sobald die E.R.P.-Hilfe einmal aufgehört haben wird. Durch die in Washington beschlossenen Demontagen wird die Lage Westdeutschlands hoffnungslos. Die Schäden aus einer solchen Hoffnungslosigkeit wiegen weit schwerer als der geringe Nutzen, den einzelne ausländische Firmen durch die Ausmerzung ihrer deutschen Konkurrenten am deutschen Inlandsmarkt und auf dem Weltmarkt erzielen mögen. Es sind das Schäden nicht nur für Deutschland, sondern auch für die ausländische Wirtschaft und für das Ansehen des Westens überhaupt.

Reichswerke Watenstedt

Im englischen Urteil

Die bekannte englische Wirtschaftszeitschrift „Economist" schrieb in ihrer Ausgabe vom 25. Juni 1949:

„Die Demontage von deutschen Eisenhüttenwerken ähnelt etwa der alten u. unwirtschaftlichen, die nämlich stehen bleiben sollen und die sehr bald einer Modernisierung und Erneuerung bedürfen) geht noch immer mit aller Kraft weiter voran. Es zeichnen sich bereits die Umrisse einer Situation ab, in der man dabei ist, wirtschaftlich arbeitende Stahlwerke niederzureißen, während die Modernisierung der verbleibenden im Rahmen des europäischen Wiederaufbauprogramms bereits geplant wird — beides gleichzeitig. Es wird kaum möglich sein, die Unsinnigkeit der Demontagepolitik noch überzeugender zu demonstrieren."

Demontagen vor dem Eisernen Vorhang

Wo sich bei Braunschweig der Eiserne Vorhang nach Westen auswölbt, leben im Arbeitsamtsbezirk Watenstedt-Salzgitter 112 000 Einwohner, davon etwa 45 000 (Arbeiter und ihre Familien) auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen — schon heute. Ihre Zahl wird auf etwa 68 000 steigen, sobald die von den Westmächten beschlossenen Demontagen in diesem Gebiet durchgeführt sein werden.

Hier geht es um die Reichswerke Watenstedt. Ihre 12 Hochöfen, Stahlwerke und Walzwerke liegen mitten im Gebiet der größten Erzfelder Deutschlands. Unsere Standortkarte zeigt: die Fördertürme der Erzgruben, im Vordergrund die Hüttenwerksanlagen — alles dies durch Eisenbahnen und Kanal untereinander und mit dem Westen Deutschlands verbunden. Im Osten führt die Ferngasleitung der Hüttenkokerei Watenstedt bis nach Berlin, das früher auch von hier aus mit Gas versorgt wurde. Hier liegt auch das zweitgrößte Kraftwerk Deutschlands, das über die Reichswerke hinaus einen Teil Niedersachsens mit Strom versorgt.

Von den 12 Hochöfen dürfen nur 2 in Betrieb sein, einer in Reserve und die restlichen 9 sollen abgerissen werden. Außerdem sind alle Stahlwerks- und Walzwerksanlagen zur Demontage vorgesehen. Bei der Inbetriebnahme des 1. Hochofens am 4. April 1948 erinnerte der Arbeitsdirektor Jungblutz — ein Mann, der aus dem Gewerkschaftslager stammt — in seiner Ansprache an ein Wort des britischen Oberbefehlshabers General Robertson im Deutschen Rundfunk vom 18. Oktober 1947 gelegentlich der Bekanntgabe der großen Demontageliste:

„Die Arbeiterschaft braucht keine langandauernde Arbeitslosigkeit zu befürchten. Es gibt heute in Deutschland mehr als genug Arbeit für alle, und nach dem neuen Industrieplan wird es für Jahre so bleiben."

Auch hätten damals General Clay und Sir Sholto Douglas in Berlin zur Demontagepolitik erklärt:

„Bei der Auswahl dieser Werke hat man besonders darauf geachtet, daß nach Möglichkeit örtliche Arbeitslosigkeit vermieden wird."

Heute sind in Westdeutschland mehr als 1,2 Millionen Menschen arbeitslos, zusammen mit ihren Familien ein Heer des Elends von 4,5 Millionen. Dazu kommen die 8 Millionen Ostvertriebenen, die ohne Hab und Gut in den Westen verschlagen wurden, und die Millionen Ausgebombter in Westdeutschland. Die nun durch die Demontage-Maßnahmen des kapitalistischen Westens entstehende Sachlage kommt nicht unerwartet. Sie ist schon vor 2½ Jahren vorausgesagt worden. Am 5. Dezember 1946 schrieb der Londoner „Economist":

„Unsere Politik in den deutschen Westzonen wird dahin führen, daß dort, vielleicht erst in 5 Jahren, vielleicht früher schon, Massenarbeitslosigkeit herrscht — während in der Ostzone bei voller Beschäftigung aller dortigen Fabriken alles von kommunistischer Propaganda summt."

Ist es da verwunderlich, daß eine Abordnung von 8 Mitgliedern der Betriebsräte von Watenstedt-Salzgitter Anfang Juni 1949 einer Einladung der Deutschen Wirtschaftskommission in der sowjetischen Ostzone folgte, um sich dort nach Aufträgen für Watenstedt umzusehen?

Was sagten diese Männer vor ihrer Abreise?

„Als Eure gewählten Betriebsräte konnten wir dieses Angebot nicht ablehnen, da wir uns für Eure Existenz verantwortlich fühlen."

Und wie steht es mit den volkswirtschaftlichen Auswirkungen? Im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit stehen die Sorgen um die Devisenlage. Eine Denkschrift der Reichswerke Watenstedt-Salzgitter vom Oktober 1948 teilt hierzu mit:

„Devisenmäßig wirkt sich die Inbetriebnahme der Reichswerke durch die Förderung von 3 Mill. t Roherz in einer entsprechenden Ersparnis an Auslandserzen in Höhe von jährlich 27 Mill. US-Dollar aus."

Zusammenfassung

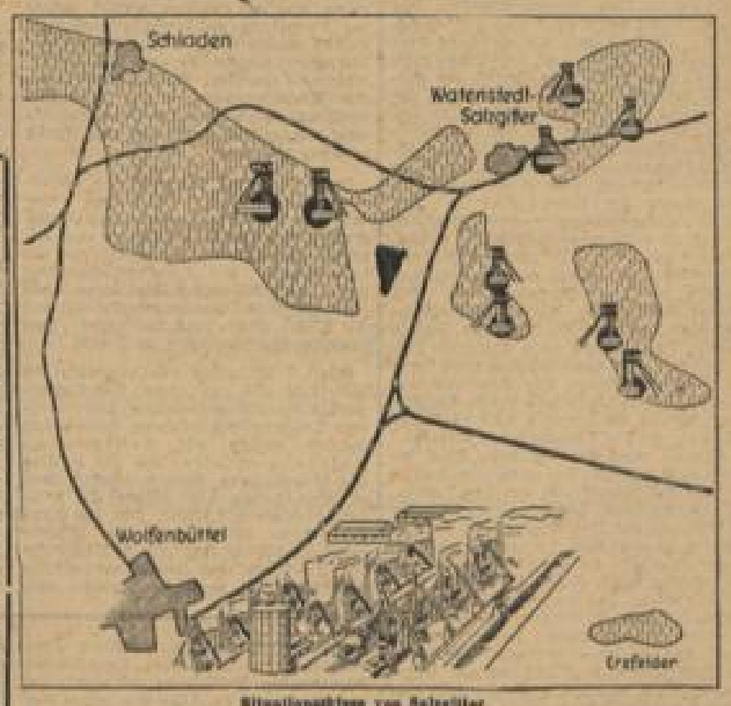
Zusammenfassend müssen wir feststellen:

a) Die Demontage der Reichswerke-Anlagen in Watenstedt-Salzgitter bedeutet die Verschrottung gerade jener Hüttenwerke, die mitten im Erzgebiet stehen;

b) diese Demontagen bewirken die Verewigung der Arbeitslosigkeit ausgerechnet in einem Gebiet, das unmittelbar vor dem Eisernen Vorhang liegt;

c) die Demontagen der Reichswerke liefern der Flüsterpropaganda von jenseits des Eisernen Vorhangs gleich vor der Haustür handgreifliche Beweise für die Behauptung, „daß der kapitalistische Westen entgegen seinen Versprechungen nicht für Arbeit sorgt, sondern die Massen verelendet, wenn es den Profitjägern genehm ist."

Soll dies die Visitenkarte des demokratischen Westens vor den Toren des Ostens sein?



Situationsskizze von Salzgitter

Neuer Stand der Demontagediskussion

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag, die August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn im Rahmen eines Jugendaufbauwerkes in Europa, trotz Bevins Ablehnung, weiter zu betreiben, ist erneut der Gedanke in der Demontagediskussion aufgetaucht, auch die übrigen großen für die Demontage bestimmten Industrieanlagen in Westdeutschland für Rechnung der Reparationsgläubiger weiterarbeiten zu lassen. In den letzten Tagen hat die ausländische Presse sich teilweise in sensationeller Form mit diesem Thema beschäftigt. Dazu ist jedoch festzustellen, daß nicht etwa von deutschen Stellen neue offizielle Vorschläge dieser Art bei den zuständigen alliierten Behörden eingereicht worden sind. Es dürfte sich bei den ausländischen Meldungen lediglich um Gedanken handeln, die von deutschen Industriellen bei Gesprächen mit Vertretern des Auslands entwickelt wurden. In westdeutschen Industriekreisen wird nach wie vor die Auffassung vertreten, daß es der europäischen Wirtschaft dienlicher wäre, wenn die von der Demontage bedrohten Werke in Deutschland belassen und dort für alliierte Rechnung weiterarbeiten würden. Damit blieben wenigstens die Arbeitsplätze erhalten. dies gilt namentlich für die demontagebedrohten Hüttenwerke, da man auf deutscher Seite davon überzeugt ist, daß Hochöfen und Stahlwerksanlagen nach ihrer langwierigen und kostspieligen Demontage keinesfalls mehr an anderer Stelle in Europa nutzbringend verwendet werden können. Diese Auffassung wird im übrigen nicht nur in der westdeutschen Industrie selbst, sondern auch in politischen Kreisen vertreten. Der Landtag von Nordrhein-Westfalen hat bereits im Mai einstimmig den Besatzungsmächten vorgeschlagen, diese Anlagen in Deutschland zu belassen und sie gegebenenfalls für Rechnung der ursprünglich vorgesehenen Empfangsländer zu betreiben. In Westdeutschland wird das negative Echo, das diese Gedankengänge bei den zuständigen alliierten Stellen gefunden hat, außerordentlich bedauert.

Demontage Thyssen-Hütte

Im Martinwerk I der Thyssen-Hütte wurde nach einer Mitteilung der Werksleitung am Montag mit der Demontage eines 45 Tonnen-Siemens-Martin-Ofens begonnen. Von den insgesamt fünf Öfen dieses Werkes soll nur dieser eine demontiert, die übrigen dagegen verschrottet werden. Im Martinwerk II der Thyssen-Hütte wurde bereits vor 14 Tagen mit dem Abbau von zwei Öfen begonnen. Die Martinwerke gehören zu dem Teil der Hütte, der ohne nennenswerte Wiederaufbaukosten in Kürze wieder hätte in Betrieb genommen werden können. Die Zahl der Demontagearbeiter, die in der Hütte anfänglich 65 betrug, ist bis jetzt auf 450 erhöht worden.

Betriebsräte protestieren

Gegen die angekündigte Demontage des modernsten Teiles des Aluminiumwerkes Töging protestieren die Betriebsräte der Vereinigten Aluminiumwerke in einem Memorandum an die Militärregierungen und an die Regierungen der deutschen Länder. Es sei, so heißt es in dem Memorandum, volkswirtschaftlich sinnlos, Werke zu demontieren, die nach dem Abkommen über die verbotenen und beschränkten Industrien in Deutschland spätestens bis zum 1. Januar 1953 von den gegenwärtigen Beschränkungen befreit werden sollen. Wenn in Deutschland betriebsfähige Produktionsstätten jetzt abgebaut würden, müßten wahrscheinlich schon bald in Europa neue Anlagen mit erheblichen Investierungskosten errichtet werden.

Demontage-Anweisungen

Die britische Militärregierung hat den zuständigen deutschen Stellen am Dienstag die endgültige Demontageanweisung für die Dortmunder Paraffinwerke AG. mit genauen Einzelheiten der zu demontierenden Anlagen überreicht. Für neun weitere unter die Kategorie „verbotene Industrien" fallende Industriewerke stehen die entsprechenden Einzelheiten noch aus. Die Gelsenberg-Benzin AG. hatte bereits vor einigen Tagen eine detaillierte Liste der Demontageobjekte erhalten.

Im einzelnen werden bei den Dortmunder Paraffinwerken die Anlagen für Kondensation, Destillation, Aktivkohle, Raffination, Stabilisation, Gasverdichtung, Gaserzeugung — Reinigung und Spaltung, das Ofenhaus und das Tanklager demontiert, während das gesamte Kraftwerk einschließlich der Kessel, Generatoren, Transformationen, der Werkstätten und der dazu gehörenden Ausrüstungen erhalten bleibt.

Bei der Gelsenberg-Benzin AG. werden alle Anlagen mit Ausnahme des Kraftwerkes, der Ammoniumsulfat-Anlage zur Düngemittelherstellung und der Anlage zur Montanwachs-Erzeugung demontiert.

Gegen das Synthese-Verbot

Zur Demontage der Fischer-Tropsch-Werke nimmt nunmehr auch die Industrie- und Handelskammer Dortmund in einer Ausarbeitung Stellung. Danach wird der Kammerbezirk durch die Auswirkungen des alliierten Industrieabkommens besonders schwer betroffen, da von den sechs zu demontierenden Fischer-Tropsch-Werken drei in ihrem Bereich liegen und zwar die Anlagen der Gewerkschaft Victor, Castrop-Rauxel, der Dortmunder Paraffinwerke GmbH., Dortmund, und der Chemischen Werke Essener Steinkohle AG., Bergkamen. In ihrer Stellungnahme weist die Kammer darauf hin, daß der Kohle-Chemie im westfälischen Teil des Ruhrgebietes infolge der starken Fettkohlenvorkommen besonders Bedeutung zukommt. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlage wurden in diesem Gebiet zahlreiche Kohlenveredlungsanlagen gebaut. Das bedeutendste Veredlungsverfahren stellt die Fischer-Tropsch-Synthese dar. Die Kohle-Chemiewerke nahmen dem nördlichen Ruhrrevier, in dem vorher fast ausschließlich Bergbau betrieben wurde, die Krisenanfälligkeit. Die Fischer-Tropsch-Werke wurden im Interesse einer größeren Ertragsfähigkeit für eine Friedenswirtschaft entwickelt. Zu den ersten Anlagen, die im Ruhrgebiet gebaut wurden, gehörte das Fischer-Tropsch-Werk der Gewerkschaft Victor das bereits 1936 vor Verkündigung des nationalsozialistischen Autarkieprogramms für die Treibstoffversorgung in Betrieb war. Ebenso war der Bau des Werks in Bergkamen schon vor diesem Zeitpunkt beschlossen. Eine Weiterentwicklung der Fischer-Tropsch-Synthese stellte die Gründung der Dortmunder Paraffin-Werke im Jahre 1936 dar. Bei diesem Werk wurde die inzwischen entwickelte Mitteldrucksynthese angewendet, die es ermöglicht, auf Kosten der Benzinerzeugung einen höheren Prozentsatz an Paraffin, Paraffin-Gatsch und Kogasin zu erzeugen. Diese Produkte sind wichtige Rohstoffe für die Seifen-, Waschmittel-, Textilhilfsmittel-, Lack- und Kerzenindustrie. Alle Erzeugnisse der Fischer-Tropsch-Synthese sind Rohstoffe für die deutsche chemische Industrie, die sonst unter hohem Devisenaufwand importiert werden müßten.

Wie die Dortmunder Kammer weiter ausführt, haben die durch die Fischer-Tropsch-Synthese hergestellten Erzeugnisse den dreieinviertelfachen Wert der eingesetzten Ausgangsrohstoffe Koks und Gas. Diese Wertmehrung hat eine wesentliche lohnpolitische Bedeutung.

„Die Tat" zur Demontage

„Seit Kriegsende", schreibt die Schweizer Zeitung „Die Tat" am Dienstag, „ringen Engländer und Deutsche um die Demontagen im Ruhrgebiet. Solange es um offensichtliche Kriegsindustrien ging, verlief der Abbau reibungslos. Nachdem aber auch Werke verschwinden sollten, die für die deutsche Friedensproduktion von Interesse waren, begann das endlose Feilschen. Nach dem passiven Widerstand der Ruhrarbeiter, der nur durch Truppeneinsatz gebrochen werden konnte, hat Bevin Machtworte gesprochen, die in Deutschland tiefe Enttäuschung hervorgerufen haben ... In den letzten Tagen mehren sich nun die Stimmen aus Amerika, die ebenfalls gegen die britischen Demontagen Sturm laufen. Telegramme, von Vereinigungen und Gewerkschaften erreichen den britischen Hochkommissar, Sir Brian Robertson, und die deutschen Stellen, in denen gegen den Abbau protestiert wird, da er in Wirklichkeit neue Opfer des amerikanischen Volkes verlange. Alle Hoffnungen Westdeutschlands ruhen auf dem eben eingetroffenen Hochkommissar der USA, McCloy, den man als Amerikaner und weitschauenden Wirtschaftler allein für fähig hält, den Engländer mit einem Machtwort zurückzurufen. Vorläufig hält jedoch das scharfe Tempo der Demontagekolonnen an."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wir greifen auf:

Phrasen als Fragen

Neben der erfreulichen Feststellung, daß zwischen einem Arbeitgeberverband und einer Gewerkschaft ein Abkommen zustande kam, ohne daß der Staat eingreifen mußte oder überhaupt nur eingeschalten wurde, steht die wahlpsychologische Interessante, aber keineswegs erfreuliche Lage bei der Urabstimmung in der bayrischen Metallindustrie. Man rechnet mit einer schwachen Mehrheit für die Annahme der Vereinbarung zwischen der Gewerkschaftsführung und dem Metallindustrieverband. In den größeren Städten (z. B. Nürnberg und Schweinfurt) haben die Urabstimmungen schon stattgefunden, und es kam eine 85—95%ige Mehrheit gegen die Annahme des Abkommens zustande. Auf dem Lande dagegen ist eine Mehrheit für das Abkommen festzustellen. Soziologisch nicht uninteressant. Wahrscheinlich hat man sich auf dem Lande mehr an die Spielregeln der Demokratie gehalten; denn die Fragestellung sollte lauten: „Bist Du für die Annahme der Vereinbarung?" Das ist eine klare demokratische Frage ohne psycho-politische Unterstellung. In einzelnen Betrieben, vor allem in den Großstädten, wurde dagegen für die Frage eine undemokratische Formulierung mit psycho-politischer Spritze gewählt, nämlich: „Bist Du für Lohnabbau?" Eine solche Frage nennt man vorsichtig eine rhetorische Frage. Man erwartet nämlich keine Antwort, weil sich die Antwort von selbst ergibt.

Soziologisch ist bekannt, daß die großen Betriebe und die Menschen der Großstadt stärker unter dem Einfluß der Massensuggestion und suggestiver rhetorischer Fragen stehen. Es ginge aber wohl zu weit, wenn man anhand des eben genannten Beispiels nun schließen müßte: Also sind die Menschen der Großstadt und der großen Betriebe für eine richtige Demokratie nicht geeignet, weil sie unter dem Einfluß suggestiver Mittel unfrei in ihren Entschlüssen sind. Oder sind sie Gewerkschaftsführer bzw. die Betriebsräte zu folge für die Demokratie? Der Leser wird zugeben, daß dies ebenso unerfreulich wäre wie es zwecklos die Tatsache ist, die wir in der Aufstellung der Suggestivfrage festnagelten. Jeder sollte doch einmal darüber nachdenken.

Lastenausgleich in zweierlei Bedeutung

Daß Worte doppelsinnig sein können und darum gern benutzt werden, ist bekannt. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist dies wenig erfreulich. Man weiß dann nämlich nicht, was wirklich gemeint ist. Aber da Klarheit in wirtschaftlichen Ausdrücken selten geworden ist, obwohl Klarheit in der Wirtschaft notwendig wäre, so sei das Folgende auch dafür als Beispiel genommen.

Auf einer Tagung der Vertreter der Haus- und Grundbesitzer-Vereine von Rheinland-Pfalz Ende voriger Woche forderte der Geschäftsführer: Der Hausbesitz braucht dringend einen Lastenausgleich, nachdem alle Mehrbelastungen einseitig auf ihn abgewälzt worden sind. So berechtigt dies an sich klingen mag, so bedauerlich ist, daß der Herr Geschäftsführer mit dem Wort „Lastenausgleich" sämtliche sozialen Instinkte wachgerufen hat — und zwar gegen sich. Gerade der Hausbesitz, gerade die Hypotheken sind Gegenstand der Belastung im Lastenausgleichsgesetz. Gerade Grund und Boden sind am leichtesten erfaßbar, weil sie nicht zu verheimlichen sind, und, wahrscheinlich auch aus dem gleichen Grund, am ehesten belastbar. Während also auf der einen Seite der Lastenausgleich zu Lasten des Grundbesitzes auf der politischen Tagesordnung steht, fordern die Grundbesitzer einen Lastenausgleich zu ihrer Entlastung. Nun ist der Hausbesitz die Krone der Bewirtschaftung. Auf allen übrigen Gebieten der Wirtschaft, praktisch auch einschließlich der Ernährung, hat sich die Bewirtschaftung überlebt — es scheint auch mentalitätsmäßig, was wir überall in der Welt feststellen können. Nur der Hausbesitz ist eine Oase für die Beamten, und in dieser Oase blühen noch üppig die Palmen. In dieser Oase wird es noch lange viel Wasser geben. Für staatliche und bezirkliche Machtgelüste haben auf diesem Gebiet die Bomben noch für lange Zeit ein großes Tätigkeitsfeld gelassen.

Darum wird das politische Spiel interessant werden, wie man von Staatswegen die Belastungen aus dem Lastenausgleichsgesetz weiterwälzt. Mit der Forderung auf Überwälzung der Lasten, die nicht aus dem Lastenausgleichsgesetz stammen, haben die Hausbesitzer zweifellos recht: Auch die Mieter sollten zahlen und zur Beseitigung der Kriegsschäden beitragen. Jedoch, wie sich dieser sogenannte Lastenausgleich mit den anderen wirtschaftlich kombiniert, das ist eine Doktorfrage. Überwälzt wird nämlich auch die Last aus dem Lastenausgleichsgesetz werden. Das läßt sich nun einmal nicht ändern.

Unter Mutter Staats Schürze

Man soll nicht meinen, daß es nur in Deutschland engstirnige Unternehmer und Händler gibt. Unser lieber südlicher Nachbar, die Schweiz, hat unter der gleichen Kartoffelkäferplage zu leiden wie Deutschland, wie England und Frankreich. Dabei meinen wir nicht etwa den Kartoffelkäfer, den schwarzgelb gestreiften Schädling aus dem Reich der Tierwelt, sondern einen Schädling der Seele, der Moral der wirtschaftlichen Vernunft.

Also was war? Die Standard Oil plant in der Schweiz Neuinvestierungen. Was macht der Verband der Schweizer Benzin- und Heizölimporteure? Er protestiert und erklärt, Käufer, Handel und Gewerbe müßten sich bemühen „den ungesunden ausländischen Expansionsbestrebungen Einhalt zu gebieten". So, nun wissen wir es. Alles was gegen den eigenen Geldbeutel geht, ist ungesund. Daß solche Gedanken ungesund sind und ein Krankheitszeichen darstellen, das merkt man nicht. So etwas wie der Geisteskranke alle anderen für verrückt erklärt. Gesundheit ist ein relativer Begriff, das ist uns nicht neu. Und was in der Wirtschaft gesund und ungesund ist, kann man erst entscheiden, wenn man eine Basis, oder wie der Mathematiker sagt, eine Voraussetzung hat. Setzt man voraus, daß die Wirtschaft dazu da ist, Geld zu verdienen, dann ist jede Konkurrenz ungesund, denn diese läßt das leichte Geldverdienen nicht zu. Setzt man aber voraus, daß ein Bedarf befriedigt werden soll durch die Wirtschaft, dann wäre es ungesund, jemanden, der diesen Bedarf billig befriedigen will, in den Arm zu fallen. Ob gesund oder ungesund, darüber entscheidet also nur, ob der Zweck, den man erreichen will, damit erzielt wird. Was sind ungesunde Expansionsbestrebungen? Hört die Gesundheit solcher Bestrebungen da auf, wo das Gesundmachen derer, die von den Expansionen betroffen werden, aufhört? Nach den Erklärungen der Schweizer müssen wir das annehmen.

Es gibt also doch nicht nur eine Sorte von Kartoffelkäfern, die Schädlinge sind. Es ist nicht nur die eigene Unfähigkeit, es ist vielmehr die Angst vor der eigenen Unfähigkeit. Und wenn Kinder ängstlich sind und durch den Wald gehen, dann können sie entweder pfeifen (das wäre ein individuelles Abreagieren und zeigt noch eine gewisse eigene Kraft) oder sie bitten, insbesondere in Erinnerung an das Märchen vom Rotkäppchen und dem bösen Wolf darum, daß die Mutter mitgeht, die Mutter Staat. Sie soll die bösen Geister verscheuchen. So weit sind wir in Europa gekommen, daß wir eine Mutter Staat haben, nicht einmal mehr einen Vater Staat. Die alten Germanen hatten einmal ein Matriarchat, aber da von den Germanen das Heil ja nicht kommt, sollte es auch von Mutter Staat nicht kommen.

Ein westeuropäisches Stahlkartell?

Die Schwierigkeiten, mit denen die westeuropäische Stahlindustrie nach dem Krieg zu kämpfen hatte, sind in den meisten Fällen behoben, und nach der Befriedigung des Bedarfs der Inlandsmärkte, tritt die Exportnotwendigkeit wieder stärker in Erscheinung, und es entwickelt sich ein ähnlicher Zustand, wie er vor dem Krieg bestand und zur Bildung des Internationalen Stahlkartells führte. In den Jahren zwischen 1926 und 1938 bestand in der Weltstahlindustrie eine sehr enge Zusammenarbeit, und das Kartell regelte den Wettbewerb auf den Exportmärkten. Nach dem Beitritt Großbritanniens zu den Kartellvereinbarungen wurde mit den Vereinigten Staaten ein „gentlemens agreement" abgeschlossen, das sich jedoch nicht besonders bewährte. Der zweite Weltkrieg brachte dann die internationalen Abreden in der Stahlwirtschaft zum Zusammenbruch.

Die westeuropäischen Länder haben inzwischen ihre Erzeugung über den Vorkriegsstand hinausgetrieben. Zur gleichen Zeit ist die nordamerikanische Stahlindustrie sehr aktiv, und man rechnet mit einer Konkurrenz von dieser Seite auf dem Weltmarkt. Der Gedanke einer westeuropäischen Stahlkartells wird unter diesen Umständen gegenwärtig wieder lebhaft diskutiert. Besonders Frankreich ist an solchen Vereinbarungen interessiert, und verlangt die Einbeziehung der westdeutschen Stahlindustrie mit festen Exportquoten. Die deutsche Stahlerzeugung ist in den letzten Monaten beträchtlich gestiegen, und die Erzeugungsrate übertrifft bereits die französische. Die interessierten Kreise in Frankreich sind deshalb der Meinung, daß ein Übereinkommen über die Produktionsziffer und auch über Exportquoten wünschenswert sei. Seit dem Kriegsende hat Deutschland nur zwischen 200 000 und 300 000 t im Jahr exportiert gegen 2 bis 4 Mill. t vor dem Krieg. Von deutscher Seite wird nun immer wieder auf die Notwendigkeit einer Steigerung der Stahlexports hingewiesen, und das mag Frankreich veranlaßt haben, eine Regulierung der Exporte anzustreben. Die englische und amerikanische Stahlindustrie scheint dieser deutsch-französischen Annäherung ablehnend gegenüberzustehen. Auch die Bildung eines westeuropäischen Stahlkartells, welches natürlich Belgien, Luxemburg und die Niederlande einschließen würde, trifft auf Ablehnung von dieser Seite. Möglicherweise wird die Alliierte Ruhrbehörde, die kürzlich ihre erste Sitzung in London abhielt, sich bald mit der Frage der Bildung eines westeuropäischen Stahlkartells befassen.

Aus der deutschen Wirtschaft

Französische Zone

In Württemberg-Hohenzollern ist jetzt das „Zweite Steuerreformgesetz", das in der Doppelzone bereits im April verabschiedet wurde, vom Parlament genehmigt worden. Das Gesetz muß noch von der Militärregierung gebilligt und im Regierungsblatt veröffentlicht werden, bevor es rückwirkend ab 1. Januar 1949 in Kraft tritt. Für Württemberg-Hohenzollern welchen die gesetzlichen Bestimmungen in einigen wesentlichen Punkten von der Regelung in der Doppelzone ab, insbesondere hinsichtlich der Förderung des Wohnungsbaues. Während in der Doppelzone nur der Bau neuer oder die Wiederherstellung kriegszerstörter Wohngebäude steuerbegünstigt sind, können in Südwürttemberg auch für den Ausbau nichtzerstörter Gebäude Steuererleichterungen gewährt werden, wenn dadurch zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird. Ferner gestattet das Gesetz für die Errichtung von werkseigenen Arbeiterwohnungen in den ersten zwei Jahren doppelt so hohe Abschreibungssätze wie im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, wodurch die zur Zeit erhöhten Baukosten ausgeglichen werden sollen. Die in der Doppelzone eingeführte beträchtliche Verschärfung der Strafbestimmungen für Steuerhinterziehungen werden in Südwürttemberg keine Gültigkeit erhalten.

Der Vorstand der Landeszentralbank von Rheinland-Pfalz hat seinen Sitz von Kaiserslautern nach Mainz, Kaiserstraße 32, verlegt.

Der Weinbau in der französischen Besatzungszone leidet seit der Währungsreform unter zunehmenden Absatzschwierigkeiten. Der Inlandsmarkt kann die Produktion, deren Umfang der Erzeugung von 1938 entspricht, vorläufig nicht aufnehmen, zumal da die ostdeutschen Absatzgebiete fehlen. Das Ausfuhrgeschäft ist erst langsam angelaufen und macht nur geringe Fortschritte. 1948 führte die französische Besatzungszone 1,94 Mill. l Flaschenweine aus, die amerikanische Zone im gleichen Jahr 149 000 l (Ausfuhr vor dem Krieg 1937: 7,7 Mill. l). Deutscher Wein ist zur Zeit im Ausland infolge seiner hohen Preise nicht wettbewerbfähig, da die seit Anfang April auch für den Außenhandel der französischen Zone gültige JEIA-Anweisung Nr. 1, die den DM-Umrechnungskurs auf 30 cents festlegte, die Ausfuhr völlig unmöglich macht. Außerdem werden in den meisten Ländern für Wein als nicht lebensnotwendig Einfuhrgenehmigungen nicht erteilt. Früher gute Absatzmärkte (Skandinavien, Belgien und die Niederlande) sind ganz von der Bildfläche verschwunden. Geringe Ausfuhren gehen nach Großbritannien und den USA. In den Vereinigten Staaten ist allerdings infolge des langen Ausfalls deutscher Weinlieferungen der Eigenbau, besonders in Kalifornien, stark gefördert worden, so daß nur noch deutsche Spitzenweine Aufnahme finden.

Englische Zone

Der soeben vorgelegte Jahresbericht des Wirtschaftsverbandes der kunststoffverarbeitenden Industrie in der britischen Zone weist eine Produktionssteigerung für das Jahr 1948 auf. Der Gesamtverbrauch an Kunststoffen der britischen Zone betrug danach im vergangenen Jahr 17 000 t. In den rund 500 Betrieben des Verbandes ist die Zahl der Belegschaftsmitglieder von 8300 Ende 1947 auf 14 200 Ende 1948 gestiegen. Während die Zahl der Arbeitsstunden um 114% stieg, nahm die Menge des verarbeiteten Materials 1948 um 242% zu, der Produktionswert um 204%. In den letzten Monaten macht sich in zunehmendem Maße ein Nachlassen der Nachfrage nach Kunststoffen bemerkbar, das nach Auffassung des Verbandes auf die wettverbreitete Einstellung der Konsumenten zurückzuführen ist, die Kunststoffe als „Ersatz" betrachten. Der Verband weist darauf hin, daß das nicht zutrifft und daß Kunststoffe vollwertige Werkstoffe sind. Die Preisentwicklung der Vorerzeugnisse sei unbefriedigend. Sie wirke sich besonders auf dem Exportsektor hinderlich aus. Der Export von Kunststoffen erhöhte sich von 9,2% des Gesamtumsatzes im Jahre 1947 auf 0,9% im Jahre 1948.

Das Werk Geventrop (Westfalen) der Deutschen Gold- und Silberscheideanstalt vorm. Rössler in Frankfurt/Main wird in Kürze stillgelegt. Die Holzverkohlung, mit der sich das Werk vornehmlich beschäftigte, ist im gegenwärtigen Umfang, wie die Hauptverwaltung der Degussa erklärt, wegen der Verteilung auf viele Erzeugungsstätten nicht mehr lebensfähig. Die Stillegung einiger Anlagen sei unvermeidbar, um im Wettbewerb gegen die Karbidsynthese und die Erdölcracking durch schärfste Rationalisierung wenigstens einen Teil der Werke in Gang zu halten.

In Kiel ist auf Beschluß des schleswig-holsteinischen Landtages eine Wirtschaftshaukasse A.G. gegründet worden. An der Kasse sind beteiligt das Land Schleswig-Holstein, die Landesbank, die Landwirtschaftliche Bank, die Schleswig-holsteinische landwirtschaftliche Genossenschaftsbank und die Kieler Spar- und Leihkasse. Das Grundkapital beträgt 2 Mill. DM.

Rund 7 Mill. DM von insgesamt 90 Mill. DM, die aus dem DM-Gegenwertfonds für gestundete amerikanische Lebensmitteleinfuhren freigegeben wurden, sollen auf Schleswig-Holstein entfallen. Wie der Schleswig-Holsteinische Bauernverband dazu erfahren haben will, sollen die Molkereien hiervon 2,4 Mill. DM, die Handelsmühlen 540 000 DM, die Stärkeindustrie 630 000 DM, die Schlachthöfen und die Obst- und Gemüseverwertung je 450 000 DM und die Fleisch- und Fischindustrie je 360 000 DM Kredit erhalten.

Der erste Rahmentarif-Vertrag in Schleswig-Holstein wurde mit Wirkung vom 1. Juli zwischen der Industriegewerkschaft Metall und dem Verband der Eisen- und Metallindustrie in Schleswig-Holstein abgeschlossen. Wie dazu weiter von der Gewerkschaft in Kiel verlautet, ist dieser Vertrag ohne „staatliche Hilfe" zustande gekommen. Der bis Ende 1950 gültige Rahmentarifvertrag ist für über 35 000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein maßgebend. Man rechnet damit, daß bis Ende Juli auch ein Rahmentarifvertrag für die Arbeiter des Metallhandwerks aufgestellt werden kann.

Die Sossenser Filtings-Fabrik, die einzige dieser Art in Niedersachsen, hat die Ausfuhr von Filtingsnach Afrika, Indien und Belgien aufgenommen. Es gehen bereits wieder 40 Prozent der Erzeugung, die sich auf über 4000 verschiedene Modelle erstreckt, ins Ausland.

Die Landmaschinenfabrik Wirth in Glückstadt hat aus einem Auftrag auf 1500 Pflüge für Afrika in diesen Tagen die ersten 600 geliefert.

Die London & Provincial Marine & General Insurance Co. Ltd. in London, vertreten durch den Hauptbevollmächtigten für Deutschland, Josef Tiefenbacher in Hamburg, und die Colonial Insurance Company in London, vertreten durch den Hauptbevollmächtigten für die britische Besatzungszone und das Land Bremen, Hermann Firgau in Hamburg, erhielten vom Zonenamt des Reichsaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, die Genehmigung zur Aufnahme des Neugeschäfts in der Transportversicherung in der britischen Zone.

Zwischen der Nordwest-Messe und der Ausstellung „Schaffendes Land" sind mit sofortiger Wirkung Vereinbarungen getroffen worden, wonach die Ausstellung „Schaffendes Land" in die Nordwest-Messe übergeht. Demzufolge findet die für den Zeitraum 6. bis 17. Aug. 1949 geplante Ausstellung „Schaffendes Land" nicht statt. Stattdessen werden die Aussteller der geplanten Ausstellung „Schaffendes Land" aufgefordert, ihre Anmeldung auf die Nordwest-Messe umbuchen zu lassen. Die Nordwest-Messe findet statt vom 28. August bis 7. September 1949. Das Flüchtlingsamt der Oldenburgischen Staatsregierung hat sich jetzt eingeschaltet, um die aus der Ostzone verlagerten Betriebe des Raumes Weser-Ems auf der Nordwest-Messe zusammenzufassen. Die Flüchtlingsbetriebe, die bisher hauptsächlich diesen Ausstellungsvorhaben wegen vom Flüchtlingsamt der Stadt Oldenburg angesprochen worden sind, werden in einer eigenen Ausstellungshalle ihre Produktion zeigen. Es wird interessant sein, auf einer solchen geschlossenen Schau einmal die Kapazität der verlagerten Betriebe festzustellen und einen Überblick darüber zu haben, welche Teile der Produktion nun überhaupt nach dem Westen verlagert worden sind.

Die Phönix-Werke in Hamburg und ihre Tochtergesellschaften (Rheinische Kunstseide A.G. in Krefeld und Rheinische Zellwolle A.G. in Duisburg) haben, zusammen mit der Dextrose Gründungsgesellschaft m.b.H. und der Neumünsterschen Maschinen- und Apparatebau G.m.b.H. (Neumag) die Stroh-Zellstoff-Werke A.G. in Neumünster mit 1 Million DM Stammkapital gegründet. Dieses Werk soll auf Grund der in Wittenberge gesammelten Erfahrungen Edelzellstoff aus Stroh für die Zellwolleverarbeitung herstellen. Der Betrieb soll, wenn die Finanzierung rechtzeitig gesichert wird, bereits Anfang 1951 mit voraussichtlich 2000 Arbeitskräften aufgenommen werden. Neumünster wurde wegen günstiger Rohstoff- und Wasserversorgung als Standort gewählt; außerdem verfügt die Stadt als Werbezentrum über genügend fachlich geeignete Arbeitskräfte.

Der Königlich octroyierten allgemeinen Brandassekuranz Co. in Kopenhagen, vertreten durch den von ihr bestellten Hauptbevollmächtigten für Deutschland, A.P. Kloster in Flensburg, wurde die Genehmigung zur Aufnahme des Neugeschäfts in der Feuer- und verbundenen Naturalversicherung in Schleswig-Holstein erteilt.

Amerikanische Zone

Das anglo-amerikanische Abkommen, über die wirtschaftliche Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands, ist nach einer Mitteilung des Staate Department bis zum 30. September 1949 verlängert worden. In amtlichen Kreisen nimmt man an, daß bis zu diesem Datum die westdeutsche Bundesregierung ihre Arbeit begonnen hat und eine weitere Verlängerung des Abkommens nicht mehr nötig sein wird.

Der Brutto-Produktionswert der Eisen- und NE-Metalle verarbeitenden Industrie in Württbg.-Baden belief sich im zweiten Halbjahr 1948 auf 938 Mill. DM (1. Halbjahr: 579 Mill. RM). Der Produktionsindex stieg von 35 auf 65 (1936 = 100). Es wurden am 31. Dezember 1948 rund 210 000 Personen in der Metallindustrie beschäftigt, etwa 45 Prozent der Beschäftigten des Landes.

Die Metallindustrie in Bamberg und im weiteren Main-Regnitz-Gebiet verzeichnet eine seit Monaten anhaltende schlechte Auftragslage, die teilweise zu Massenentlassungen und fast durchwegs zu Kurzarbeit geführt hat. Hingegen ist die Kapazität der Textilbetriebe voll ausgelastet. Lediglich die Versorgung mit Wollstoffen ist unzulänglich. Bei der Schuhindustrie ist ebenfalls eine gute Auftragslage zu verzeichnen. Im Vordergrund steht wiederum die Herstellung von Sport- und Stiefeln. Bei der Elektro-Industrie ergaben sich infolge schlechter Zahlungseingänge teilweise Produktionshemmungen.

Nach Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der westdeutschen Rundfunkwirtschaft kann die Anfang dieses Jahres aufgetretene Absatzkrise als überwunden betrachtet werden. Die Bestellerfirmen verzeichneten im Mai gegenüber dem Monat April einen verdoppelten Umsatz; im Juni hält die Aufwärtsentwicklung an. So konnten die Philips-Valvo-Werke G. m. b. H. in Hamburg den Absatz ihres Fünfkreis-Kleinsuper „Philetia" im Mai um die Hälfte vergrößern; der Philips Allstrom-Sechskreis-Vierröhren-Super BD 304 U (430 DM) konnte noch stärker abgesetzt werden. Die in etwa 8 bis 10 Wochen beginnende Saison dürfte nach Ansicht der Fachkreise wieder eine das Angebot übersteigende Nachfrage bringen.

Die Nürnberger Spielwaren-Industrie berichtet, daß die New Yorker Musterschau für Spielwaren nicht den erhofften Erfolg gebracht hat. Die deutschen Preise seien hauptsächlich durch den hohen Wertzoll von 50 bis 70 Prozent des Einfuhrwertes überteuert, so daß sie gegenüber der amerikanischen und italienischen Konkurrenz, neuerdings auch der japanischen Spielwarenindustrie, nicht wettbewerbfähig sei. In einer Reihe zweiseitiger Handelsabkommen zwischen der Zonne und anderen Ländern seien Spielwaren leider nicht berücksichtigt. Die Firmen arbeiten fast alle wegen der großen Sortimente nicht direkt mit dem Ausland, sondern über Exporteure.

Die Adam Opel A.G. in Rüsselsheim hat kürzlich bei einem dritten Baumuster, dem 1,5 Liter Olympia, den 100 000. Wagen geliefert. Über 100 000 Wagen wurden früher hergestellt bei den Opel-Typen 4 PS „Laubfrosch" und dem 1,2 Liter (116 000). Von dem Baumuster Olympia 1,3 und 1,5 Liter zusammen wurden nach 1935 über 180 000 Wagen gebaut, von ihnen ging ein Viertel ins Ausland.

Die Goliath Werk G. m. b. H. in Bremen wird die Produktion ihrer Dreiradlieferwagen im Juli verdoppeln, wie die Werksleitung mitteilt. Seit Aufnahme der Produktion im Mai dieses Jahres wurden bis Ende Juni 375 Fahrzeuge ausgeliefert. Nachfrage und Auftragsbestand sind bedeutend. Die gegenwärtige Produktionskapazität ist 17 Lieferwagen täglich.

Das Projekt der bayerischen „Filmstadt Gartenberg" scheint trotz Protesten der Geiselgasteig-Betriebe und Warnungen des Verbandes westdeutscher Filmproduzenten, wonach die in Westdeutschland und Berlin bestehenden Ateliers für die westdeutsche Filmproduktion vollkommen ausreichen dürften, verwirklicht zu werden. Das bayerische Landesamt für Vermögensverwaltung schloß einen langfristigen Pachtvertrag mit dem Filmarchitekten Hanns H. Kühnert über das ehemals reichseigene Gelände in Wolfratshausen ab. Mit dem Ausbau der Anlagen, dessen Kosten auf 4 Mill. DM veranschlagt wurden, soll in Kürze begonnen werden. (Der Brand in Geiselgasteig am Samstag wirft ein neues Licht auf dieses Projekt; der Brandschaden beträgt 1,5 Mill. DM).

Nachdem die Arbeitgeber der Heizungsindustrie und des Heizungshandwerks die Forderungen der Gewerkschaft auf Lohnerhöhungen abgelehnt haben, werden zur Zeit Urabstimmungen in allen bayerischen Betrieben dieses Industriezweiges über Durchführung eines Streiks abgehalten. In München haben sich 93 Prozent der Heizungsmonteure für den Streik entschieden. Die Gesamtergebnisse werden erst Anfang nächster Woche vorliegen. Es ist zu erwarten, daß an den übrigen Orten die gleichen Resultate erzielt werden. Der Termin des Streikbeginns wird durch die Landesleitung noch festgelegt.

Die Wechselproteste haben in Bayern während des Monats Mai etwas abgenommen. Bei insgesamt rund 1000 Fällen betrug die Summe knapp 1,5 Mill. DM. Trotz des Rückganges ist dieser Betrag im Verhältnis zum gesamten Wechselkredit (300 Mill. DM) noch verhältnismäßig hoch. Der Lebenshaltungskostenindex des Monats Mai hielt sich in Bayern auf der Höhe der Vormonate. Der Preisrückgang bei der Bekleidung wurde von den steigenden Lebensmittelpreisen ausgeglichen.

Ostzone

Ein neues Verfahren bei der Herstellung von Brennstorf wurde im Kreise Niederbarnim von der Humus-GmbH. in Neuenhagen entwickelt. Es beruht auf dem Zusatz von 15 Prozent Kokesgrus zum Nallstorf, der die Trockensubstanz um 60 Prozent verkleinert und den Heizwert um rund 30 Pros. erhöht. Der Kokesgrus stammt von den Halden der Berliner Gaswerke. Der auf diese Weise hergestellte frei verkäufliche Brennstorf soll vor allem für Haushaltende und Zentralheizungsöfen geeignet sein.

Das Kupfer- und Blechwalzwerk Eisenburg hat eine neue Mittelblechstraße in Betrieb genommen.

Das Stahlwerk Gröditz plant den Bau von vier Siemens-Martin-Öfen, um Stahl für das Preß- und Bandagenwalzwerk herzustellen. Gegenwärtig bezieht das Gröditzer Bandagenwalzwerk die Stahlblöcke aus Riesa. Der erste Ofen soll eine Kapazität von 15 t erhalten und im August in Betrieb kommen. Die drei weiteren Öfen werden mit einer Kapazität von je 40 t erbaut.

Auf der Schwerspatgrube Silberbach in Stolberg wird ein neues Fördergerüst errichtet, um eine größere Produktion zu erreichen. Die Grube wird auch eine eigene Mahlanlage erhalten. Zwei in der Nähe der Grube gelegene Schwerspatvorkommen sollen durch Bohrungen untersucht werden.

Die Werke Rothenburg in Sachsen-Anhalt und TEWA Drahtseilwerk Wurzen (VEB) in Wurzen in Sachsen werden in Kürze die Herstellung von Stahldraht aufnehmen, da das Stahlwerk Hennigsdorf jetzt das erforderliche Rohmaterial liefern kann.

In Rostock wurde auf dem Gelände der ehemaligen Heinkelwerke der Bau einer Dieselmotorenfabrik begonnen. Auftraggeber sind die Windkraftwerke (VEB) in Rostock.

Die Werkzeugmaschinenfabrik Lange & Geilen in Halle erhielt zahlreiche Aufträge aus dem Auslande und aus Westdeutschland auf vollhydraulische, verstellbare Kraftzahnstellhobel, die sie als einziger Betrieb in Deutschland herstellt. Seit 1948 wurden über 300 Stück dieser Maschinen geliefert, u. a. an die Maschütte in Unterwellenborn sowie an die Werften in Warnemünde, Dessau-Rodlau, Dresden und die Peenewerft in Wolgast. Gegenwärtig werden in dem Werk außerdem 10 Metall-Kreissägen (Sägeblatt-Durchmesser 1,80 m, je 18 t) für die Sowjetunion angefertigt.

In dem Betrieb Vorrichtungen und Lehrenbau (VEB) in Wernigerode wurde die Fertigung von Schüttelherden und Zentralschmierpumpen aufgenommen. Der Betrieb beliefert hauptsächlich Walzwerke und Braunkohlengruben in der sowjetischen Besatzungszone.

Die Maschinenfabrik Thiem & Toew in Halle baut gegenwärtig fünf Benzol-Gaserzeuger für die Niederlande und fünf Scheibenmühlen für Dänemark. Weitere Aufträge liegen aus Argentinien, Chile, Dänemark, Schweden und Finnland vor. Im Kühlerbau werden die Kühler für die 22-PS-Diesel-Ackerschlepper des Nordhausener Traktorenwerkes hergestellt.

Die bisher aus fünf auseinanderliegenden Zweigwerken bestehende Reparaturwerft Wismar soll jetzt als einheitlicher Betrieb angelegt werden. Für dieses Vorhaben steht ein Gelände von 294 000 qm zur Verfügung. Unter anderem wird eine neue, 740 m lange Kaianlage errichtet und und die Hafenrinne auf 7 m Tiefe ausgebaggert, so daß auch größere Schiffe die Werft aufsuchen können. Neben einer 100 mal 150 m großen Schiffsbauhalle werden zwölf weitere große Werkhallen gebaut. Die Werft wird mit 25 Kränen und einem großen Portalkran von 16 t Tragfähigkeit ausgestattet. Der Bau dürfte etwa 60 Millionen DM kosten.

Das Unternehmen wird sich als Spezialbetrieb mit Um- und Deckaufbauten bei großen Schiffen, mit dem Bau von Spezialschiffen für Baggerarbeiten und mit der Herstellung großer Kräne befassen. Zur Zeit werden rund 4000 Personen beschäftigt.

Die Metallwaren- und Gerätefabrik Halle verhandelt gegenwärtig mit der Schweiz über Lieferung von Stahlbetten im Werte von 225 000 Dollar. Aus den Niederlanden liegen ebenfalls Anfragen vor. Neben 4000 Metallbetten im Monat stellt das Unternehmen neuerdings Spezialmöbel für medizinische und klinische Einrichtungen her.

Die staatlichen rumänischen Traktorenwerke haben in der sowjetischen Besatzungszone größere Mengen Ersatzteile und Geräte für ihren Schlepperbau bestellt.

Der Volkseigene Betrieb IKA Auto- und Fahrradelektrik Eisenach erhielt aus Finnland und den Niederlanden Aufträge auf Autowinker und -scheibenwischer im Werte von 53 000 DM.

Die Fettchemie- und Fewa-Werke VEB in Chemnitz haben sich zum größten Betrieb innerhalb der VVB Sapotex entwickelt. Es wird jetzt für 3,5 Mill. DM im Monat produziert. Man rechnet damit, daß die Erzeugung in diesem Jahr nicht nur den 1948 erreichten Wert von 22 Millionen, sondern auch die Jahresauflage von 31 Mill. DM erheblich überschreiten wird.

Die Produktion umfaßt zur Zeit 38 Prozent Seifen und Waschmittel, 33 Prozent pharmazeutische und kosmetische Produkte und im übrigen Textil- und Lederhilfsmittel. Die günstige Produktionsentwicklung wird nicht zuletzt auf zunehmende Rohstofflieferungen aus dem Auslande zurückgeführt; im Mai kamen zum Beispiel 300 t Fettrohstoffe aus Norwegen herein.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Der Fehlschlag der britischen Sozialisierungen

Ein Beispiel dafür, wie man es nicht machen soll

Man will was gegenwärtig in England sozialpolitisch geschieht ein „sozialistisches Experiment" nennen. Und ein Experiment ist es in der Tat — für alle übrigen Länder, nicht aber nur ein solches auch für England. Für England bedeuten die Sozialisierungen weit mehr als nur einen Versuch, in kleinem Maßstab angestellt, dessen Ergebnis zu lehren hätte, welcher Weg im großen einzuschlagen wäre. Die britischen Sozialisierungen setzen als Versuchsmaterial den gesamten Besitzstand des gerade zu sozialisierenden Wirtschaftszweiges ein. Sie schaffen in denkbar größtem Maß vollendete Tatsachen, die nicht mehr oder nur um den Preis neuer unerhörter Opfer abgeändert werden können. Aus den Ergebnissen der getroffenen Maßnahmen werden sich wohl auch auf der Insel selbst Lehren ziehen lassen. Lehren, die für England aber zu spät kommen. Nur für andere Länder, die solche, aber die der Sozialisierungswahn noch nicht hinweggegangen ist, haben sie den unschätzbaren, und dann ohne eigenen Einsatz gewonnenen Wert eines Experimentes im eigentlichen Verstande des Wortes, vorausgesetzt, daß man was dabei an Belehrung herauszieht, auch praktisch zu nützen versteht.

England verstaatlichte bisher bekanntlich außer der Bank von England die Eisenbahnen und den Autoverkehr, die Elektrizitätswerke, den Kohlenbergbau und das Gesundheitswesen. Am Beispiel des sozialisierten Kohlenbergbaues wird besonders klar, wie wenig die Überführung der Kohlengruben in das Eigentum des Staates der Bevölkerung wirklichen Nutzen brachte. Um eine Leistungssteigerung zu erreichen, wurden vom Staat für verbesserte Mechanisierung 25 Millionen Pfund Sterling aufgewendet. Die Förderung stieg aber nicht nur nicht an, sondern blieb in den Monaten Juni bis Oktober 1948 um 138 000 t je Woche hinter jener des Jahres 1938 zurück. Auch der einzelne Bergmann erlitt eine Enttäuschung, seine Lage besserte sich nicht, und er hörte nicht auf, einen „Lohnsklaven" in sich zu sehen. An Stelle des Zechendirektors, den der private Besitzer eingesetzt hatte und für dessen Einsetzung Befähigung und fachliche Erfahrung maßgebend gewesen waren, befehligt ihn jetzt ein Bürokrat, der seine Ernennung Beziehungen und vielleicht noch fragwürdigen politischen Verdiensten nicht aber fachlicher Bewährung im Bergbau zu verdanken hat, und der die Verantwortung in Zweifelsfragen nur allzu gerne eine übergeordnete Stelle übernehmen läßt. Ein richtiger Bürokrat trifft niemals selbst eine Entscheidung, die er auch anderen überlassen könnte. Rasche Entscheidungen sind aber in der Industrie unerläßliche Voraussetzungen jeder gedeihlichen Entwicklung.

Mit der Bürokratie, die die Sozialisierungen auch auch in der Wirtschaft in den Sattel — des freien Unternehmertums — heben, scheint man in England nicht bessere Erfahrungen als anderwärts zu machen. Alfred Edwards, Mitglied des britischen Unterhauses und ehemals auch der Labour Party (aus der er ausgeschlossen wurde, weil er gegen die geplante Sozialisierung der Stahlindustrie Stellung genommen hatte) wendet sich scharf gegen den Irrtum, die kapitalistische Industrie sei ohne Planung, um dann zu zeigen, welche Vorstellung man in der Labour Party von Planwirtschaft hat. Nach der Darstellung dieses aus eigener Anschauung urteilenden britischen Parlamentariers, der sich selbst einen Sozialisten nennt, sieht es in dieser Vorstellung etwa so aus:

Irgend einer jungen Dame oder einem jungen Mann, frisch von der Londoner Hochschule für Volkswirtschaft und bar jeder praktischen Erfahrung werden die bedeutendsten Industriellen Englands unterstellt. Die Pläne dieser jungen Leute werden säuberlich aufgezeichnet und dann von einem Stab von Staatsbeamten und Labour-Politikern in die Praxis umgesetzt. Es kam dabei vor, daß die jungen Planungsgenies Privatfirmen dreimal soviel Stahl zuteilten wie überhaupt erzeugt wurde. Wie in aller Welt, fragt Edwards angesichts eines solchen Verkehrten, könnte man sich in England jemals einbilden, daß es den Interessen der Arbeiter dienen werde, das Eigentumsrecht an Produktionsstätten denjenigen wegzunehmen, die sie aufgebaut haben, um es Leuten zu übertragen, die noch niemals etwas aufgebaut haben?

Die meisten in Privatbesitz verbliebenen britischen Industrien haben seit 1945 bedeutende Erhöhungen der Produktion aufzuweisen, und die meisten einsichtigen Unternehmer sind heute den Labour-Führern voraus und wissen, daß ihre Gewinne und Dividenden im Grunde aus der Lohnlücke des Arbeiters kommen. Vollbeschäftigung ist für den erfolgreichen Unternehmer ebenso wichtig wie für die Arbeiter selber. Es ist irrig anzunehmen, die Arbeiter einer Fabrik stellten Waren her, die an andere Schichten der Bevölkerung verkauft werden. Die meisten Erzeugnisse werden an die arbeitende Bevölkerung selbst abgesetzt. Die hohen Einnahmen bewirken die Prosperität in Amerika, die hohen Löhne der Arbeiter, die hohen Gewinnspannen der Unternehmer. „Es muß für alle ein Nutzen herausspringen — oder für keinen. Moderne Wirtschaftsführer sind sich dessen durchaus bewußt".

Auf solche und ähnliche Argumentationen antwortet man in England der Labour Party noch, wie es Edwards geschah, mit der Ausschließung aus der Partei und Strafmaßnahmen ähnlicher Art. Ohne, wie es scheint, im geringsten beirrt zu sein, beabsichtigt die Labour-Regierung zu weiteren Sozialisierungen zu schreiten. Ihr nächstes schon bekannt gegebenes Ziel ist die Stahlindustrie, die in jedem Belang bedeutendste Industrie Englands. Wie wenig die geplante Verstaatlichung von der Entwicklung dieser Industrie selbst oder von Interessen der britischen Wirtschaft überhaupt nahegelegt wird, geht daraus hervor, daß die Stahlproduktion 1938 rund 11 Millionen t betrug, 1948 aber ohne daß wesentliche Verbesserungen der Ausrüstung erfolgt wären, 15 Millionen t erreichte. Auch ernste soziale Spannungen, Streiks, kennt die Stahlindustrie seit dreißig Jahren nicht mehr. Die Löhne steigen und fallen, im Sinne eines bestehenden Abkommens, im Verhältnis zu den Preisen.

Was veranlaßt nun aber die Männer, die für die Wirtschaftspolitik der Labour Party verantwortlich zu machen sind, bei allen für den einzelnen Arbeiter und für die Wirtschaft überhaupt unglücklichen Ergebnissen ihrer Sozialpolitik an den Sozialisierungsplänen festzuhalten? Der mehrfach erwähnte Parlamentarier Edwards, dessen Gedankengängen wir zum Teil wörtlich folgten, deutet an, auf welchem Weg eine Antwort auf diese Frage gefunden werden könnte. Die Labour Party, sagt er, kam seinerzeit ans Ruder, weil sie die alte Liberale Partei von innen her aushöhlte. Um von 1906 bis 1918 an der Macht zu bleiben und sich die Unterstützung der Labour-Leute zu sichern, machten die Liberalen in vielen Punkten Zugeständnisse. Je mehr sie nachgaben, desto mehr Liberale kehrten ihrer eigenen Partei den Rücken und desto massiver rückte die Labour Party nach. Heute stehen wir vor der Frage, ob die Kommunisten die Labour Party von innen her auszuhöhlen vermögen. Zwar werden Kommunisten in die englische Labour Party nicht aufgenommen, wohl aber in die Gewerkschaften. (Der Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft Arthur Horner ist Kommunist) und die Gewerkschaften beherrschen die Labour Party . . . Die Kommunisten in der Gewerkschaftsbewegung, die ihre Strohmänner vorschieben, sind, wie Edwards meint, daß die verantwortlich, daß die Labour Party auf die Verstaatlichung der Stahlindustrie gehetzt wurde.

So, mit den Augen Edwards', gesehen, stellt sich die Labour Party als ein Organismus dar, dessen Führung kommunistische Drahtzieher in London oder — was wahrscheinlicher ist — anderwärts, bedienen, um ihre eigene Wirtschafts- und Sozialpolitik zum Siege zu führen. Die Wirtschaftsführer der Labour Party werden demgegenüber vielleicht meinen, noch vollkommen freie Willensbestimmung zu haben. Sie sehen in ihrer Politik vermutlich nur einen Versuch, den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Einen Versuch — also ein Experiment. Auch bei diesem „Experiment" geht es jedoch um ein Ganzes. Um nichts Geringeres geht es, als um die Existenz der Labour Party selbst, die nur so lange bestehen wird, als sie eine eigene Politik treiben kann und auch wirklich treibt, und aufgerieben werden wird, wenn sie die kommunistische fünfte Kolonne im eigenen Lager nicht zu erkennen und unschädlich zu machen versteht.

Als ein Experiment, das vor allem von ihnen selbst als solches angesehen worden kann, verfolgen die Wirtschaftsführer und Politiker der Länder, die sich von der Sozialisierungspsychose bisher freihalten konnten, die Entwicklung in England. Die Welt hat ungebeuer viel von großen britischen Staatsmännern und von den in der englischen Geschichte bewährten staatlichen Einrichtungen und Gebräuchen gelernt. Es gibt auch jetzt wieder etwas zu lernen auf dem englischen Beispiel. Was diesmal zu lernen ist, scheint indessen zu sein: Wie man n i c h t macht.

Ernüchterung in Österreich

Darf die Regierung ihre Zustimmung geben! — Die österreichische Wirtschaft warnt

The Baile Syndicate vertreibt einen Artikel von Dorothy Thompson über den österreichischen Staatsvertrag. Darin heißt es: „Ein riesiger Schritt nach vorwärts ist auf der Pariser Konferenz durch die Bedingungen des österreichischen Staatsvertrages getan worden, welche die besten sind, die je einer Nation vom Standpunkt von Recht und Vernunft aus gewährt worden sind." Unsere österreichische Korrespondentin ist, wie wohl auch weite Teile des österreichischen Volkes, durchaus anderer Meinung. Sie schreibt uns:

„Es ist nicht eitel Gold, was glänzt." Zu dieser Erkenntnis gelangen auch so langsam die Österreicher, nachdem sich der erste Jubel über die erfolgreichen Staatsvertragsverhandlungen der Großen Vier in Paris gelegt hat. Die Wiener Regierung und vor allem die christlichsoziale Regierungspartei haben zwar ihr Möglichstes getan, um das Pariser Ergebnis als einen großen Erfolg der österreichischen Außenpolitik und speziell von Außenminister Dr. Gruber hinzustellen — schon um Pluspunkte für die kommenden Wahlen zu gewinnen — aber auch sie konnten nicht verhindern, daß eine allgemeine Ekstase und Ernüchterung in den Kreisen der Wirtschaft um sich greift. Man fühlt sich bei den gefaßten Beschlüssen weit mehr als Objekt denn als aktiver Verhandlungspartner und warnt, durch ein leichtfertiges Zustimmen die Verantwortung für untragbare Verpflichtungen zu übernehmen.

Die Verhandlungen der Alliierten vermieden es tunlichst, sich mit gefährlichen Details zu befassen, sondern man hat die jüngsten sowjetischen Vorschläge im großen und ganzen angenommen. So bleiben aber auch eine Reihe von Klippen bestehen und sind vorderhand nur hinausgeschoben. Auch heute noch sind einige Optimisten überzeugt, daß Österreich in einem halben Jahr wirklich „frei" und nicht nur „befreit" sein wird. Aber selbst wenn es keinen Rückschlag mehr geben sollte, bleiben die getroffenen Abmachungen eine schwere Last und ein ständiges Risiko für das Land. Man hatte sich von vorneherein auf große Opfer gefaßt gemacht, aber jetzt bemerkt man doch mit Sorge, daß die Sowjetunion mit dem Erdölbesitz und der Donauschiffahrt ein wirtschaftliches Einflußgebiet in Österreich erhalten hat, das einer russischen Enclave im Lande ähnelt. Werden die Russen diese Machtposition nicht eines Tages durch Interventionen verschiedenster Form ausnutzen?

Das gesamte Eigentum der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft in Ostösterreich und in den osteuropäischen Ländern fällt an die UdSSR. „Die Donau ist bis Linz eigentlich ein russischer Strom geworden", schreibt die Züricher Zeitung und beleuchtet damit die Tatsache, daß die Funktion dieses großen Stromes als Verbindungsglied praktisch nicht mehr besteht. Die Sowjets hatten ohnehin schon 1945 den größten Teil der ihnen in die Hand gefallenen Schiffe nach Osten gebracht, obwohl gerade im Fall der DDSG der Begriff des „deutschen Eigentums" und der daraus abgeleitete Besitzanspruch der russischen Besatzungsmacht in seiner ganzen Fragwürdigkeit zu Tage getreten war. Die DDSG arbeitete bis 1938 ohne jede deutsche Beteiligung nur mit einem italienischen Kapitalanteil. Allein ihrer Sanierung durch den Bund im Jahre 1938 sind alle auch später erfolgten Investitionen, wie der Ausbau der Donauuferanlagen und der Korneuburger Werft zu einer der modernsten Werftanlagen Europas, zuzuschreiben. Auch diese ist nun russisches Eigentum geworden.

Noch kritischer ist das Erdölproblem. Bekanntlich sollen die Russen 65 Prozent der Erdölfördrechte — was man darunter konkret zu verstehen hat, ist bis heute nicht einmal den Experten klar — für 6 Jahre erhalten und alle während dieser Zeit neuentdeckten Vorkommen 25 Jahre lang ausbeuten dürfen. Auch von den Erdölfeldern sollen ihnen 60 Prozent für die Dauer von 30 Jahren gehören und dazu noch eine Kapazität der Raffinerien von 430 000 Tonnen. Was übrig bleibt, genügt für Österreich nicht, um seinen eigenen Bedarf zu decken. Man wird also nach wie vor Zistersdorfer Öl nach Osten schicken und anderes aus Amerika für teure Devisen einführen. Tiefere Sorge aber bereitet, ob diese Besitzverhältnisse im österreichischen Leben nicht einen ständigen Störungsanlaß bedeuten. Man kann sich vorstellen, daß jedenfalls die zeitweiligen Nutznießer der Ölquellen alles daran setzen werden, einen möglichst hohen Ertrag zu erzielen ohne Rücksicht auf die Lebensdauer der Vorkommen. Fachleute schätzen, daß die Sowjets diese bisher um 40 Prozent überbeansprucht haben. Eine andere, bisher nicht geklärte Frage zu diesem Kapitel ist, ob sich die den Russen zugestandenen Rechte nur auf die Vorkommen in der österreichischen Ostzone erstrecken, oder auch auf die kleineren Ölfelder und Versuchsbohrgebiete in Oberösterreich, Steiermark und dem Alpenrand. Es ist bekannt, daß die Sowjets schon vor längerer Zeit Anspruch auf einen Anteil am Gesamterdölvorkommen Österreichs erhoben haben, denn damit würden sie in Zukunft sogar in Vorarlberg über wirtschaftliche Stützpunkte verfügen können.

Die vielumstrittenen USIA-Betriebe — etwa 300 Betriebe aus reichsdeutschem Besitz bzw. mit reichsdeutschem Aktienanteil, die heute unter russischer Verwaltung stehen — sollen an Österreich zurückgegeben und mit 150 Millionen Dollar in sechs Jahresraten abgegolten werden. Diese Entscheidung ist für die österreichische Wirtschaft sehr wichtig, fallen doch darunter 80 % der gesamten Elektroindustrie, einige der bedeutendsten Werke im Stahlbau und Maschinenbau, Schlüsselbetriebe der Textilerzeugung und Monopolfirmen für die Bauwirtschaft wie z. B. die Tafelglaserzeugung in Brunn a. Geb.

Es ist aber nun noch völlig ungeklärt, wer die 150 Mill. Dollar zur Verfügung stellen wird. Österreich selbst mit seiner stark passiven Handelsbilanz, die auch nach dem Wegfall der Besatzungskosten noch lange nicht ausgeglichen sein wird, ist dazu nicht in der Lage. Werden wieder die Amerikaner, wie sie es schon öfters taten, das Geld geben und dem Russen den Rachen stopfen? Aber selbst wenn Amerika aus weltpolitischen Gründen für die Schuld aufkommen würde, wann wäre Österreich imstande, sie zu begleichen? Der größte Aktivposten des Landes, sein Erdöl, steht ja zu 80 Prozent außerhalb seines Verfügungsrechts. Man fürchtet in Wien nichts mehr als den Zustand drückender Verschuldung, den Österreich in den Jahren vor 1938 zur Genüge kennen gelernt hat.

Auch die Überführung der USIA-Betriebe in österreichischen Besitz macht noch Kopfzerbrechen. Die meisten Werke sind in den vergangenen Jahren stark heruntergewirtschaftet worden, vielfach hat man ganze Einrichtungen demontiert. Es ist also ein großes Kapital vonnöten, um die Betriebe erst einmal wieder rentabel zu machen. Bei der angespannten Geldlage sind jedoch Unternehmer, die sich große Investitionen leisten können, dünn gesät. Wird man also ausländische Kapitalgeber suchen? Oder wird man die Unternehmen verstaatlichen? Diese letztere Erwägung bietet bei den schlechten Erfahrungen, die man mit Staatsbetrieben gemacht hat, noch dann, wenn sie Zuschüsse brauchen, keinen großen Anreiz.

Alle diese wirtschaftlichen Fragen sollten konkret überlegt und durchkalkuliert werden. Von vielen Seiten wird heute gewarnt, zu allgemein gehaltenen Formulierungen zuzustimmen, wie es bisher von offiziellen österreichischen Stellen geschehen ist. Man darf aus Freude, daß mit dem Wirklichkeitwerden des Staatsvertrages die Besatzungsmächte abziehen, nicht übersehen, daß dann je auch die Amerikaner verschwinden, die immer wieder in der größten Not mit Dollars ausgeholfen haben. Die Marshallieferungen an Österreich müssen nämlich nicht wie diejenigen an Deutschland einmal zurückgezahlt werden, sondern sind Geschenke — oder vielleicht besser gesagt eine Entschädigung für die auf den Konferenzen von Yalta und Potsdam zu Lasten Österreichs getroffenen Abmachungen zwischen Ost und West. Würde nun aber nach dem Abzug der Alliierten eine wirtschaftliche Krise hereinbrechen, so könnten die russischen Wirtschaftszentren im Lande leicht zum trojanischen Pferd werden.

Sorgen der Filmindustrie

Bei der Abfassung des Filmabkommens zwischen Österreich und der Doppelzone, das den Austausch von acht österreichischen gegen 32 westdeutsche Filme vorsieht, war man davon ausgegangen, daß jeder deutsche Streifen in Österreich etwa 450 000 Sch. einbringen würde; insgesamt also rund 13 Mill. Sch. Mit dieser Summe könnte die Herstellung der acht nach Deutschland zu liefernden Filme finanziert werden. Der Erfolg der deutschen Streifen in Österreich ist aber sehr gering, andererseits sind die Erträge aus der Vorführung österreichischer Filme in Westdeutschland bei westdeutschen Banken gesperrt, da das deutsch-österreichische Filmabkommen nur eine Umwechslung der DM-Erträge entsprechend den Einnahmen der deutschen Filme in Österreich zuläßt. Um die angesammelten DM-Beträge zu verwerten, drehen Wiener Regisseure jetzt mit ihren Schauspielern und Technikern in Göttingen. Diese Verlagerung der Produktion benachteiligt allerdings die Ateliers in Österreich. Die Studios Rosenhügel, Sievering und Schönbrunn stehen bereits leer. Die Pabst-Kitzo-Gesellschaft natun größere Entlassungen vor.

Bewirtschaftung hindert Export

Seitdem die Metallpreise in den Vereinigten Staaten vor einigen Monaten abzubröckeln begannen, ist die Unzufriedenheit des englischen Metallhandels und der Metallverbraucher mit der Preispolitik des englischen Versorgungsministeriums ständig gewachsen. Sie fand ihren deutlichen Ausdruck auf der Jahresversammlung der englischen „National Association of Non-Ferrous Scrap Metal Merchants" in London über die das englische Fachblatt „The Metal Bulletin" berichtet. Sowohl der Präsident der Vereinigung der Altmetallhändler als auch der Direktor der „British Non-Ferrous Metals Federation", die in der Hauptsache die Interessen der Verarbeiter vertritt, forderten in ihren Ansprachen die Wiedereröffnung der Londoner Metallbörse und die Befreiung der britischen Metallwirtschaft von den während des Krieges getroffenen einschränkenden Bestimmungen, die die Privatinitiative lähmen.

Die Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen die Mengenhäufe des englischen Versorgungs-Ministeriums zu festen Preisen, die auf langfristige Kontrakte getätigt werden. In der Zeit steigender Metallpreise bedeutete diese Einkaufspolitik einen Vorteil für die englischen Metallverbraucher. Das Bild änderte sich jedoch grundlegend, als der Preisrutsch in den USA begann. Das englische Versorgungsministerium, gebunden an seine Kontrakte, folgte den Preisermäßigungen in den USA nur abgerutscht, so daß sich die Preisschere zwischen den amerikanischen und englischen Metallpreisen immer mehr öffnete. Die englischen Metallverarbeiter sind durch diese Entwicklung gegenüber der amerikanischen Industrie stark ins Hintertreffen geraten. Das wiegt umso schwerer, als die englische Industrie ihren Export um jeden Preis zu forcieren bestrebt ist. „Metal Bulletin" erwähnt, daß von kontinentalen Verarbeitern kürzlich Kupfererzeugnisse auf der Basis eines Rohkupferpreises von 95 £ je t angeboten waren, während der englische Verarbeiter für das Rohkupfer 117 £ 10 sh je t zahlen muß. Die englischen Kupferpreise hatten ihren höchsten Stand im Oktober des vorvergangenen Jahres erreicht. Sie sind seitdem nur zweimal herabgesetzt worden und zwar am 18. Mai von 140 £ auf 130 £ und am 16. Juni von 130 £ auf 117 £ 10 sh, ein Stand, den sie noch heute einnehmen. Der englische Zinkpreis ist von seinem höchsten Stand mit 106 £ je t im Dezember 1948 dreimal gesenkt worden und zwar am 4. April auf 101 £, am 16. Mai auf 85 £ und am 16. Juni auf 78 £, den noch heute gültigen Preis. „Metal Bulletin" gibt eine Zusammenstellung der Preisveränderungen in den USA mit einer entsprechenden Umrechnung der amerikanischen Preise in £ je t, die folgendes Bild zeigt:

Kupfer

	in cts je lb	in £ je t
22. 3. 49	23,50	130/12/5
23. 3. 49	23,375	129/18/8
14. 4. 49	21,50	119/10/1
21. 4. 49	20,00	111/ 3/4
2. 5. 49	18,50	102/16/7
9. 5. 49	18,00	100/ 1/8
25. 5. 49	17,625	97/19/3
8. 6. 49	17,00	94/ 9/10
13. 6. 49	16,50	91/14/3

Zink

	in cts je lb	in £ je t
22. 3. 49	17,00	97/ 5/3
23. 3. 49	16,00	88/18/8
5. 4. 49	15,00	83/ 7/6
14. 4. 49	14,00	77/16/4
19. 4. 49	13,00	72/ 5/2
26. 4. 49	12,50	69/ 9/7
5. 5. 49	12,00	66/14/0
24. 5. 49	11,00	61/ 2/10
2. 6. 49	10,75	59/15/0
8. 6. 49	10,05	55/11/6
9. 6. 49	9,50	52/18/1
15. 6. 49	9,00	50/ 0/6

„Metal Bulletin" richtet in diesem Zusammenhang einen scharfen Angriff gegen die Regierung und meint, daß die Vogelstrauß-Politik der Regierung in der Frage der NE-Metallpreise der Wirtschaft des Landes schweren Schaden zufügen würden, der letzten Endes vom Steuerzahler getragen werden müßte.

Der englische Kupferpreis liegt heute um rund 26 Prozent höher als der amerikanische, der Zinkpreis sogar um nicht weniger als 56 Prozent. Die Nachteile einer starrlich gelenkten Wirtschaft, wie sie sich aus der Preispolitik des englischen Versorgungsministeriums ergeben gegenüber einer freien Marktwirtschaft, wie sie auf dem Gebiet der NE-Metalle seit Kriegsende in den USA weitgehend wieder hergestellt wurde, werden durch die letzte Entwicklung in den USA und in England drastisch beleuchtet.

Bunkerkohle im Mittelmeer

Durch erhöhte Kohlen-Förderung konnte Großbritannien in den letzten Monaten die Kohlenmärkte im Mittelmeer wiedergewinnen. Amerikanische Kohle, die noch Anfang 1948 selbst zur Auffüllung der Vorräte in Gibraltar benötigt wurde, ist weitgehend durch britische Kohle ersetzt worden. Das trifft auch vor allem für die nordafrikanischen Häfen Spaniens und Frankreichs zu. Italien dagegen nimmt britische, amerikanische und auch deutsche Kohle auf. Als neuer Kohlenlieferant zeigt sich nunmehr Südafrika im Mittelmeer. Über Aden gehen Verschiffungen südafrikanischer Kohle gegenwärtig bis Port Said und Alexandria.

Der Mangel an britischer Kohle zwang die britischen Mittelmeer-Kohlenstationen im vergangenen Jahre zu Abgabe-Beschränkungen. So erhielten oftmals gehende Schiffe Anfang 1948 in Gibraltar keine Kohle. Auch gegenwärtig wird noch jede Anforderung eines nicht britischen Schiffes von mehr als 300 t geprüft. Diese Einschränkungen kommen der spanischen Kohlenstation Ceuta zugute, die wegen ihrer ausgezeichneten Hafen-Anlagen ein scharfer Konkurrent Gibraltars geworden ist. In der britischen Kohlenstation auf Malta stehen die gesamten Kohlenvorräte unter Kontrolle der britischen Admiralität, die nur in Sonderfällen eine Abgabe genehmigt. Hohe Verladungskosten machen außerdem die Übernahme unwirtschaftlich.

Auch Italien versucht sich in die Kohlenversorgung der Mittelmeerschiffahrt einzuschalten. So bietet z. B. Genua einen Rabatt von 3 Shilling für die t an, der sich sogar auf 5 Shilling je t erhöht, wenn der Reeder vom 1. Nov. 1949 bis 31. Dezember 1949: 5000 t in diesem Hafen übernommen hat. Übersteigt die Menge 10 000 t wird ein Rabatt von 7 Shilling je t gewährt.

Handelsbesprechungen mit Deutschland gehen weiter

Nach Abschluß des Zahlungsabkommens zwischen Westdeutschland und Großbritannien gehen die Handelsvertragsbesprechungen weiter. Diesen Verhandlungen über den Warenaustausch zwischen den Westzonen und dem Sterlingsgebiet liegen die vor etwa 2 Monaten als „agreed Minutes" (vereinbarte Einzelheiten) getroffenen Rahmenverhandlungen zu Grunde, wobei gegenwärtig noch eine Aufgliederung der Rahmenpositionen erfolgt. Mit dem Abschluß des Handelsabkommens ist in Kürze zu rechnen.

Japans Aluminiumindustrie im Neuaufbau

Japan hat die Aluminiumerzeugung erst verhältnismäßig spät aufgenommen, konnte aber im Krieg beträchtliche Produktionserfolge erzielen. Die ersten 700 t wurden im Jahre 1934 gewonnen. Die Höchsterzeugung fiel mit 130 000 t in das Jahr 1943. Für 1944 wird sie mit 100 000 t angegeben. Spätere Zahlen fehlen.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden haben nach dem Zusammenbruch Japans eine Beschränkung der Aluminiumerzeugung auf 30 000 t jährlich angeordnet, und die japanische Aluminiumindustrie hofft im laufenden Fiskaljahr vom 1. April 1949 bis zum 31. März 1950 25 000 t zu erzeugen.

Diese Produktionsquote verteilt sich auf die folgenden drei Erzeuger: „Nippon Light Metal Co. Ltd." mit einer Erzeugungsanlage in der Präfektur Shizuoka in Zentraljapan mit 14 500 t, die „Showa Denko Co. Ltd.", Anlage in der Präfektur Fukushima im Nordosten des Landes mit 5300 t und die „Niashin Chemical Industry" die frühere „Sumitomo Chemical Co. Ltd." mit ihren Werken in Sekukoku in Südjapan mit 6500 t.

Nach Angaben des Präsidenten der Nippon Light Metals Sortely besteht die Möglichkeit, daß der Nisshin-Konzern infolge von Strommangel sein Produktionsprogramm nicht wird erfüllen können. Das gleiche gilt für die Showa Denko Anlage in der Periode der jährlichen Trockenheit, wenn die Stromversorgung häufiger ausfällt. Die Nippon Light Metal Co. hat dagegen eine eigene Kraftanlage. 1949 hatte Schwierigkeiten in der Stromversorgung der japanischen Aluminiumindustrie zur Folge, daß das Produktionsziel von 13 000 t nicht erreicht werden konnte. Es wurden nur 9030 t gewonnen. In den ersten drei Monaten 1949 wurden aber bereits 3562 t erzeugt gegen nur 598 t in der gleichen Zeit 1948. Die Produktion beschränkt sich auf die Erzeugung von Rohaluminium aus importierten Bauxiten aus Indonesien. Nur unbedeutende Mengen Alt-Aluminium werden umgeschmolzen. Eine Einfuhr von Aluminium findet nicht statt und ist auch für die Zukunft nicht beabsichtigt.

Während die Bauxitversorgung ausreichend ist, haben die japanischen Erzeuger bisher auch Schwierigkeiten infolge einer unzureichenden und unregelmäßigen Versorgung mit Schwefelsäure, Flußmitteln und Pechkoks gehabt.

Die japanische Rohaluminiumerzeugung ist im Verhältnis zum Bedarf der verarbeitenden Industrie zu gering. Die verarbeitende Industrie benötigt etwa 75 000 t Rohaluminium jährlich. Von den Verarbeitungswerken sind jedoch Anlagen mit einer Verarbeitungskapazität von 50 000 t für Reparationen vorgesehen. Hiervon werden die Firmen „Furukawa Denki", „Kobe Seiko" und „Fuso Kinzoku Kogyo", die größten ihrer Art, betroffen, sowie eine weitere Firma die „Takata Aluminium".

Süddeutscher Spinnweber-Verband G.m.b.H.

Stuttgart z. Zt. Wendlingen (Neckar)

Spinnereien

Webereien

Bleichereien

Färbereien

Druckerei

Polen holt auf

Industrieproduktion bereits größer als vor dem Kriege

Das polnische Informationsbüro, Berlin, stellte uns folgende Abhandlung zur Verfügung:

Kohleförderung

Für das Jahr 1948 war in Polen eine Steinkohlenförderung von 67,5 Mill. t geplant. Es wurden aber 70,3 Mill. t gefördert, somit der Plan um 4 Prozent überschritten. Der Plan für das Jahr 1949 wurde in Erwartung auf eine weitere Steigerung der Arbeitsproduktivität wie auch mit Rücksicht auf die Einführung gewisser technischer Verbesserungen etwas erhöht und schlägt eine Steinkohlenförderung von 74 Mill. t an, d. i. 5 Prozent mehr als die Förderung im Jahre 1948.

Wenn man die Steinkohlenförderung und die Produktion der wichtigsten Artikel der Kohlenindustrie Polens im I. Quartal 1948 mit der des I. Quartals 1949 vergleicht, erhält man folgende Ziffern (abgerundet):

	I. Quart. 1948	I. Quart. 1949	Verhältnis der beiden Quart. in %
	in 1000 Tonnen		
Steinkohle	16 713	18 076	108
Braunkohle	1 157	1 178	101
Steinkohlenkoksherstellung	170	180	106
Koks	750	858	114
Rohpech	38	43	113
Rohteerdest	9	11	122
Ammoniumsulfat	7	9	129

Textilindustrie

In Polen ist die Produktion von Baumwollgarn von 47 200 t im Jahre 1946 auf über 59 000 t, von Baumwollgeweben von 206,6 Mill. m auf 257,3 Mill. m, von Wollgeweben von 25,7 Mill. m auf 32,4 Mill. m, von Leinengeweben von 21,7 auf über 27,5 Mill. m, von Jutegeweben von 10,4 auf 19,7 Mill. m und von Seidengeweben von 6,6 auf 21,9 Mill. m gestiegen.

Im Zusammenhang damit ist auch der Verbrauch von Textilien, also von Wolle, Baumwolle, Seide und Leinen gestiegen und hat auf einen Bewohner Polens umgerechnet den Vorkriegsstand erreicht, ja sogar noch überschritten.

Der Verbrauch von Geweben betrug in dem beschriebenen Zeitabschnitt 8,34 Meter auf den Kopf der Bevölkerung oder er kam dem Niveau aus dem Jahre 1937 gleich — gegen 57 Prozent der Deckung im Vorjahre. An Wollgeweben entfielen auf den Einwohner 1,23 m oder 114 Prozent des Vorkriegsstandes (1948 — ca. 78 Prozent). Der Verbrauch von Seidengeweben und von Seidengalanterie ist auf 1,14 m gegen 0,75 m im Jahre 1937 und 0,32 m im Jahre 1948 gestiegen. Die Steigerung des Leinenverbrauchs betrug ca. 250 Prozent.

Das Jahr 1948 brachte eine weitere Produktionssteigerung. Das Vorkriegsniveau wurde überschritten. In diesem Zeitabschnitt wurden 343,1 Mill. Meter Baumwollgewebe erzeugt. An Wollgeweben wurden fast 42 Mill. m, an Leinengeweben fast 32 Mill. m und an Jutegeweben 20,6 Mill. m produziert. Die Herstellung von Seidengeweben wies eine Steigerung von 45 Prozent im Vergleich zum Jahre 1947 und an Wollgeweben im Verhältnis zum Jahre 1947 um 29 Prozent auf.

Noch deutlicher wird die Überschreitung des Vorkriegsniveaus im Jahre 1948 bei Umrechnung auf den Kopf der Bevölkerung. Schon damals betrug der Verbrauch von Wollgeweben 120 Prozent des Vorkriegsstandes, nämlich 1,94 Meter, von Wollgeweben 10,02 m oder 118 Prozent im Verhältnis zum Jahre 1937. An Leinengeweben entfielen auf einen Bewohner Polens im Jahre 1948 — 1,12 m. Man kann hier einen fast vierfachen Anstieg des Verbrauchs im Verhältnis zur Vorkriegszeit (300 Proz.) feststellen. Der Verbrauch von Seidengeweben und Seidengalanterien betrug im Jahre 1937 — 0,75 m auf einen Bewohner. Im Jahre 1948 ist er auf 1,78 Meter oder auf über das Doppelte gestiegen.

Gleichzeitig muß festgestellt werden, daß sich die Qualität der Erzeugnisse der Textilindustrie Polens verbessert und die Sortenauswahl bedeutend erweitert hat.

Im vergangenen Jahre ist die Arbeitsproduktivität bedeutend gestiegen. Sie beträgt durch den Arbeitswettkampf und die Vielphasenbewegung 17 Prozent. Gleichzeitig wurden alle planmäßigen Investitionen durchgeführt, die technische Organisation und die technischen Prozesse wurden verbessert sowie die Produktionskosten bedeutend gesenkt.

Die Beschäftigtenziffer betrug im Jahre 1947 in der Textilindustrie Polens 201 000 Personen. Im Jahre 1948 ist sie auf 209 010 Personen — 316 200 Hand- und 20 700 Kopfarbeiter — gestiegen. 1949 muß die Beschäftigenziffer noch weiter ansteigen. Auch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um wenigstens 9 Prozent ist zu erwarten.

Der Produktionsplan für das Jahr 1949 veranschlagt eine Produktionssteigerung im Vergleich zum Vorjahre bei Wirkwaren um 11 Prozent, bei Wollgeweben um 14 Prozent, bei Baumwollgeweben um 16 Prozent und bei Seidengeweben um 32 Prozent.

In absoluten Ziffern ausgedrückt, wird die Textilindustrie Polens im laufenden Jahre produzieren: Wollgewebe 46,4 Mill. m, Baumwollgewebe 271 Mill. m, Leinen- und Hanfgewebe 32,1 Mill. m und Seidengewebe 36,4 Mill. m.

Außerdem ist eine Produktion von 69 200 t Baumwollgarn, 35 100 t Wollgarn und 6800 t Wirkwaren vorgesehen.

Es muß hinzugefügt werden, daß in der letzten Zeit eine Reorganisierung des Aufkaufapparates für Textilrohstoffe durchgeführt worden ist. Bisher wurden die inländischen Rohstoffe, wie Flachs, Hanf und Wolle von den Ortsstellen der Textilrohstoff-Zentrale Polens und den Gemeindegenossenschaften der „Gegenseitigen Bauernhilfe" aufgekauft. Es bestand also eine Zweigleisigkeit der Aktion. Gegenwärtig sind diese Funktionen von der Landwirtschaftszentrale Polens vollständig übernommen worden, die den Aufkauf durch Vermittlung ihrer Gemeindestellen bewerkstelligt. Die Aufkaufstellen der Textilrohstoffzentrale wurden den Genossenschaften überwiesen. Die Rohstoffzentrale unterhält nur Sammelpunkte oder Läger. Auch ein Plan für die Lieferung von Geweben und Garnen für die liefernden Landwirte als Prämien ist ausgearbeitet worden.

Düngemittel

Im Programm für die nächsten sechs Jahre sieht das Landwirtschaftsministerium Polens eine Steigerung der Durchschnittserträge an Getreide bis zu 1500 kg Körner von 1 ha bei entsprechender Steigerung der Erträge anderer Anbaupflanzen vor. Die Durchschnittserträge für Getreide betrugen für die Zeit vom Jahre 1934 bis 1938 11,60 Dz. von 1 ha.

Die künstlichen Düngemittel spielen dabei eine sehr wichtige Rolle. In der Zeit vom Jahre 1934 bis zum Jahre 1938 betrugen nach Angaben des Kleinen Statistischen Jahrbuchs die Getreideerträge durchschnittlich 11,60 Dz. von 1 ha. In dieser Zeit betrug der Verbrauch an künstlichen Düngemitteln ungefähr 1,18 kg N_2, 1,85 kg P_2O_5 und 1,70 kg K_2O für 1 ha.

Die FAO (Food and Agriculture Organisation) nimmt für Europa folgende Produktionsnormen an: 13 kg Getreide von 1 kg N_2, 8 kg Getreide von 1 kg P_2O_5 sowie 4 kg Getreide von 1 kg K_2O.

Wenn man annimmt, daß zum Schluß des nächsten Sechsjahresabschnitts für 1 ha bestellten Boden zur Verfügung stehen werden, ca. 10 kg N_2, ca. 11 kg P_2O_5 und ca. 15 kg K_2O und wenn man davon abzieht 1,15 kg N_2, 1,85 kg P_2O_5 und 1,70 kg K_2O, die in der Landwirtschaft Polens in den Jahren von 1934 bis 1938 verbraucht wurden, verbleiben ca. 8,85 kg N_2, 9,15 kg P_2O_5 und 13,30 kg K_2O, die als mitwirkender Faktor bei der Steigerung der Erträge von 11,60 Dz./ha Körner (Jahre 1934—1938) auf 1500 kg in der Zeit vom Jahre 1934 ab eine bedeutende Rolle spielen werden.

Wenn man die Normen der FAO zu Grunde legt, so erhält man auf diese Weise einen Überschuß von Stickstoff von ca. 1,06 Dz., vom Phosphor 0,55 Dz., vom Kali 0,83 Dz., also zusammen ca. 3,14 Dz. Getreide. Somit hätten also die künstlichen Düngemittel zu einer Steigerung der Erträge von 11,60 Dz./ha auf 13,74 Dz./ha beigetragen. Der Rest, d. s. ca. 1,26 Dz., müßte durch einen verbesserten Anbau, Verwendung stärker veredelten Saatgutes, Durchführung unentbehrlicher Meliorationen, stärkere als vor dem Kriege Verwendung von Stalldünger usw. gedeckt werden. Somit würden also die künstlichen Düngemittel die Deckung von ca. 63 Prozent der durch das Landwirtschaftsministerium beabsichtigten Ertragssteigerung übernehmen.

Der Ordnung halber muß bemerkt werden, daß die Art, die Getreidesteigerung auf Grund der Normen der FAO zu errechnen, etwas ungenau ist und vom theoretischen Gesichtspunkte aus mit Recht angezweifelt werden könnte. Bei einem Zusammenwirken der 3 wichtigsten Ernährungsbestandteile, wie sie der Stickstoff, der Phosphor und das Kali darstellen, erhält man nicht die Ertragssteigerungen, die man durch Summierung der Steigerungen bei jedem der Ernährungsbestandteile — allein angewandt — erhalten würde.

In den Bedingungen der Landwirtschaft Polens muß dies besonders bei stärkerer Düngung berücksichtigt werden.

Auch Kalk ist ein unentbehrlicher Faktor bei der Steigerung der Erträge. Eine sehr starke Vergrößerung des Düngekalkverbrauches ist schon mit Rücksicht auf die Versäuerung des überwiegenden Teils der Anbauflächen Polens eine unumgängliche Bedingung für die volle Ausnutzung der in Zukunft gesteigerten Kunstdüngergaben. Die Rolle des Kalks im Acker ist aber so vielgestaltig, daß es nicht möglich ist, sie auch nur annähernd ziffernmäßig zu erfassen.

So kann man also auch annehmen, daß ein eventueller Unterschied zwischen der Wirkungsweise eines jeden Hauptnahrungsbestandteiles (N, P und K) und der Summe ihrer Wirkung durch die Wirkung des Düngekalks, als Faktors, der in unseren klimatischen Bedingungen sehr günstig auf die mechanischen, chemischen und biologischen Erscheinungen unserer Böden wirkt, auch die Höhe der künftigen Erträge günstig beeinflußt wird.

Erschließung chilenischer Eisenerzvorkommen

Der bedeutendste Eisenerzerzeuger Lateinamerikas, Chile, plant eine Ausweitung seiner Förderung. Zwischen nordamerikanischen und chilenischen Interessenten ist ein Abkommen unterzeichnet worden, das auf die Entwicklung der chilenischen Stahlindustrie abzielt. Das Abkommen wurde zwischen der Bethlehem Chile Iron Mines, einer Tochtergesellschaft des großen amerikanischen Stahlkonzerns Bethlehem Steel Corporation, und der Compania de Acero del Pacifico abgeschlossen. Nach dem Abkommen wird die amerikanische Gesellschaft dem chilenischen Unternehmen für die Dauer von 20 Jahren die notwendigen Eisenerzmengen liefern. Zu diesem Zweck soll die Erschließung der Eisenerzvorkommen von El Romeral im Departement Serena in Angriff genommen werden, auf die die amerikanische Bethlehem Steel Ausbeutungsrechte besitzt. Mit den Erzlieferungen soll innerhalb von drei Jahren begonnen werden. Für die Erschließung der Vorkommen ist der Bau einer Eisenbahn, von Hafenanlagen und Arbeiterwohnungen nötig, die zusammen mit den notwendigen maschinellen Einrichtungen die Investierung von 9 Mill. Dollar erfordern. Hiervon wird die „Bethlehem" 6,5 Mill. Dollar und die „Acero del Pacifico" 2,5 Mill. Dollar stellen.

Türkisches Chromerz für Europa

Aus London wird berichtet, daß unter dem kürzlich zwischen der Türkei und Österreich abgeschlossenen Handelsabkommen türkische Chromerzlieferungen im Mindestumfang von 40 000 t im Jahr vorgesehen sind. Nach einer Meldung des Radiosender Ankara ist außerdem eine ungarische Delegation in der Türkei eingetroffen, die Verhandlungen wegen des Ankaufs der halben Jahresförderung der türkischen Chromerzminen aufnehmen soll. Die türkische Chromerzindustrie hat vor und während des Krieges einen bedeutenden Aufschwung genommen. Die deutsche Stahlindustrie war während dieser Zeit der beste Kunde. Die Förderung stieg von 100 000 t im Jahre 1941 auf 190 000 t im Jahre 1943, ging aber 1944 auf 150 000 t und 1945 weiter auf 70 000 t zurück, weil die Türkei, um internationale Verwicklungen während des Krieges zu vermeiden, die Exporte nach Deutschland beträchtlich einschränkte. Ungarn selbst hat einen nur geringen Chromerzbedarf, weil seine Stahlerzeugung sehr klein ist. Möglicherweise tritt Ungarn in diesem Fall als Aufkäufer für die Sowjetunion auf.

Neues Stahlwerk in Venezuela

In Sivensa steht ein neues Stahlwerk der Siderurgica Venezolana S. A. kurz vor der Fertigstellung. Die Pläne hat eine amerikanische Firma ausgearbeitet; den Bau führten inländische Unternehmen aus. Die Gesamtsumme der Investitionen einschließlich der amerikanischen Kapitalbeteiligung wird mit vier Mill. Bolivar (etwa 1¼ Mill. $) angegeben.

Malayische Kautschukwirtschaft

In Malaya ist man um die Zukunft der Kautschukwirtschaft sehr besorgt. Sie ist die Unterhaltsquelle für ein Drittel der Bevölkerung, und der Handel, die Schiffahrt und die Finanzen Malayas sind von ihr mehr oder minder stark abhängig. Im vergangenen Jahr stellte Kautschuk über 60 Prozent des gesamten Ausfuhrwertes Malayas und reichlich ein Zehntel der Zolleinnahmen. Wenn auch die Regierung andere Wirtschaftszweige fördert und entwickelt, so bindet doch noch für viele Jahre Kautschuk die Hauptstütze der malayischen Wirtschaft. Gut sieben Zehntel der angebauten Fläche — das nicht besiedelte Land ist überwiegend Gebirge, Dschungel und Sumpf — dienen der Kautschukgewinnung; der größte Teil davon ist armer Ackerboden, der sich für andere landwirtschaftliche Nutzung wenig eignet.

Im vergangenen Jahre wurden in Malaya 650 211 lg ts Naturkautschuk gewonnen; das ist fast die Hälfte des Ertrages in der Welt und der höchste bisher in Malaya erreichte Ertrag. Dies Ergebnis wurde nur durch äußerste Anstrengungen ermöglicht, weil die meisten Pflanzungen fühlbar unter Kriegseinwirkungen gelitten hatten und die Maschinen oder sonstigen Ausrüstungen vielfach zerstört und reparaturbedürftig waren.

Die gesamte Kautschukanbaufläche beläuft sich jetzt auf 3,3 Millionen acres. Zwei Fünftel sind Eigentum ausländischer, vornehmlich britischer Gesellschaften. Früher verwendeten die Pflanzer einen erheblichen Teil ihrer Gewinne zu Rücklagen für die Erneuerung von Gebäuden und Maschinen sowie für die Neupflanzungen (die Bäume müssen in der Regel nach dreißigjähriger Abzapfung ersetzt werden). Jetzt sehen sich die meisten Unternehmen gezwungen, diese Reserven anzugreifen oder bei der Regierung Anleihen aufzunehmen. Ihre Mittel für die Erneuerung der Anlagen, insbesondere für die Neupflanzung, sind daher beschränkt; sie erwarten aber die Ersatzung ihrer Aufwendungen für die Beseitigung der Kriegsschäden. Neben den großen Pflanzungen gibt es etwa 300 000 kleine Plantagen von durchschnittlich je 3 acres, die etwa ein Drittel des Anbaugebiets umfassen.

In den letzten Jahren vor dem Kriege kamen auf das Gesamtkapital der malayischen Kautschukwirtschaft von rund 60 Mill. £ jährlich durchschnittlich 3,5 Mill. £ Dividende sowie ein erheblicher Zuwachs an Vermögenswerten. Der Gewinn entsprach etwa 1 d je lb. Seit dem Kriege sind die Dividenden bedeutend geringer geworden.

Künftig ist voraussichtlich mit einem noch geringeren Kautschukpreis zu rechnen. Der niedrige Preis wäre aber möglicherweise ein Ansatz für den heute durch den billigen Preis des Kunstkautschuks gedrückten Naturkautschukverbrauch. Bei bedeutend höheren Erträgen je acre dürften dann die leistungsfähigen Pflanzungen auch bei niedrigen Preisen ihr Auskommen finden. Neue Bäume bringen aber erst nach sieben Jahre Erträge. Deshalb kann der Baumbestand nur allmählich erneuert und erweitert werden, zumal da es nicht möglich ist, nur einen kleinen Teil der Plantagen neu zu bepflanzen, weil die jungen Bäume nicht genügend Licht erhalten würden. Daher soll ein von der Regierung eingesetzter Ausschuß den kleinen Pflanzern zu zusätzlichem Land für Neupflanzungen verhelfen. Außerdem hat das Rubber Research Institute Baumschulen ausschließlich für den Bedarf der kleinen Pflanzer errichtet.

Die nächsten Jahre sind eine kritische Übergangszeit. Bevor neue, ertragreiche Bäume zureichend zur Verfügung stehen, kann eine scharfe Senkung des Naturkautschukpreises die gesamte Wirtschaft Malayas bedenklich erschüttern. Die Vereinigten Staaten könnten nach Ansicht britischer Kautschukkreise durch Aufhebung der Verwendungsgebote für Kunstkautschuk zur Abwendung dieser Gefahr beitragen. Bei einer angemessenen Konkurrenz zwischen Natur- und Kunstkautschuk auf Grund der ihnen eigenen Vorzüge wäre möglich, daß die USA über 200 000 lg ts Naturkautschuk im Jahr zusätzlich aufnehmen; das würde die Lage entscheidend ändern.

Albanische Bergbaupläne

Nach einer Mitteilung des Moskauer Rundfunks sieht der Zweijahresplan Albaniens die Bereitstellung von 636 Mill. Lek für die Weiterentwicklung des Bergbaues vor. 1950 soll gegenüber dem Vorjahr die Gewinnung von Chromerz um 372%, von Kupfererz um 369%, von Rohöl um 160% und von Asphalt um 123¾ gesteigert werden.

So imposant diese Zahlen auch klingen, so wenig verbirgt sich hinter ihnen. Albanische Bodenschätze haben bisher in der Weltwirtschaft keine Rolle gespielt, obwohl am Zusammenfluß des Schwarzen und Weißen Drin, östlich von Shutari, bereits die Römer Bergbau trieben und hauptsächlich silber- und goldhaltige Erze förderten. Dieser Bergbau kam aber in der Zeit der Türkenherrschaft zum Erliegen, und seitdem hat das gebirgige und wenig verkehrsmäßig erschlossene 28 000 qkm große Land keine Förderung von Bodenschätzen von einiger Bedeutung zu verzeichnen. Nachfahren der alten Römer im mineralhungrigen Italien haben in der faschistischen Ära, nachdem Albanien dem italienischen Imperium 1939 eingegliedert worden war, den gleichen Versuch unternommen. 50 Mill. Lire wurden in die Erschließung des albanischen Erdöls investiert, nachdem die Standard Oil Co. und die Anglo-Iranian Oil Co. schon vor dem zweiten Weltkrieg sich für das albanische Öl interessiert hatten. Die Standard Oil blieb mit ihren Bohrungen erfolglos und die englische Gesellschaft hat nach geringen Erfolgen 1934 ihre Konzession verfallen lassen. Die italienische Azienda Italiana Petroli d'Albani hatte schließlich mit 300 Bohrungen ein Erdölfeld am Devoliflüß im Hinterland von Valona erschlossen. Bis 1940 konnte die Förderung auf 272 000 t gebracht werden. Eine Rohrleitung von 73 km Länge verband die Förderstelle mit dem Hafen Valona, von wo aus das Rohöl nach Bari zur Verarbeitung verschifft wurde. 1940 leisteten die Italiener die Erschließung des Patos-Feldes im Bezirk Berat ein, dessen Vorräte im Januar 1943 jedoch nur noch auf 3 Mill. t geschätzt wurden.

Ziemlich unbedeutend war bisher die Asphaltgewinnung aus den Vorkommen bei Valona. Sie betrug 1939 3 500 t und 1938 12 000 t.

Große Hoffnungen setzt man heute und setzten offenbar auch die Italiener auf die albanischen Chromerzvorkommen bei Pogradec am Ochridasee. Hier sollen etwa 500 000 t Reserven festgestellt worden sein, doch betrug die Förderung 1940 erst etwa 600 t, und die italienische Kriegswirtschaft konnte, anscheinend aus Vorräten 1940 erstmalig einige 1 000 t albanisches Chromerz erhalten. Bei Merdita in Nordalbanien, 70 km nordöstlich von Alessio, sind bereits seit langem Schwefelkiesvorkommen mit relativ hohen Kupfergehalten bekannt, an die man schon immer große Erwartungen geknüpft hat, ohne daß diese bisher realisiert wurden. Merkwürdig ist, daß in der Moskauer Meldung nichts über die Bauxitförderung gesagt wird, obwohl in Albanien eine Reihe von Vorkommen bekannt sind, die sich bei näherer Untersuchung als abbauwürdig erweisen könnten.

Schließlich sind noch die schwefelfreien Hämatite aus Vorkommen am Ochridasee zu nennen, die schon vor und während des Krieges von Italien ausgebeutet wurden. Die Erze haben fast 60% Fe. Diese Erze sollten zum Teil zumindesten in Albanien selbst verhüttet werden, und man rechnete mit einer Anfangsförderung von 1 Mill. t, die auf 1,5 Mill. t gesteigert werden sollte. Eine Ausfuhr über Durazzo hätte das Vorhandensein entsprechender Verkehrsverhältnisse vorausgesetzt. Während des Krieges hatte Italien den Bau einer Eisenbahn von Durazzo quer durch das Gebirge über Elbassan bis in die Gegend des Ochridasees in Angriff genommen.

Die Erfolge, die Italien bei der Auswertung der albanischen Bodenschätze während des Krieges hatte, waren gering. Albanien, dessen Bevölkerung hauptsächlich landwirtschaftlich tätig ist, hat sudem keinen wesentlichen Bedarf an Mineralien und Erdöl. Vor und während des Krieges war Italien der Hauptnutznießer. Für die Folge würden es wohl die Sowjetunion oder ihre Satellitenstaaten in Osteuropa sein.

Goldpreis-Erörterungen

In den Wirtschaftsblättern der Vereinigten Staaten wird die Frage des Goldpreises ausgiebig erörtert. Journal of Commerce gibt Äußerungen aus der Bankwelt wieder, die sich mit den Bestrebungen um eine Erhöhung des Goldpreises oder die Errichtung eines freien Goldmarktes auseinandersetzen und einer plötzlichen Änderung des lange bestehenden Goldbedeckungsverhältnisses in den USA skeptisch gegenüberstehen. Die Diskussion erreichte einen Höhepunkt, als die McCarran-Bill im Bankenausschuß des Senats zur Debatte stand. Ein ähnlicher Gesetzentwurf des Senators Johnson (Colorado) will ebenfalls einen freien Goldmarkt schaffen. Der Antragsteller behauptet, die Knappheit an Dollars in der Welt sei die Folge einer künstlich herbeigeführten Goldverknappung.

Johnson und McCarran (Nevada) sind Vertreter goldproduzierender Staaten. Die Goldproduzenten setzen sich begreiflicherweise für höhere Goldpreise ein, auch wenn diese nur auf freien Märkten erreicht würden. Damit würde aber der in dem Bretton-Woods-Abkommen international festgelegte amtliche Goldpreis von 35 $ per Unze fein in gewissem Umfang illusorisch werden. Nach dem Journal of Commerce gibt es im Lager der Fachleute zwei Gruppen, deren Meinungen sich vor allem in der Frage scheiden, ob und auf welchem Wege die Vereinigten Staaten zum hundertprozentigen Goldstandard zurückkehren sollen. Die eine Gruppe opponiert der McCarran-Bill mit der Begründung, ihre Durchführung werde ein starres Währungssystem schaffen, das nur schwer zu ändern sei; sie schlägt dafür die Beseitigung der Beschränkungen des Goldbesitzes vor und befürwortet eine schnelle Rückkehr zum Goldminenstandard. Die andere Gruppe möchte einen freien Markt in Gold haben; dabei soll die Möglichkeit von Eingriffen des Schatzamtes ausgeschaltet werden. Sie hebt dabei hervor, daß der freie Goldhandel den echten Wert des Dollars hervorkehren und so ermöglichen würde, einen Dollarwert festzusetzen, der der Wirklichkeit näher komme als bisher.

Die amerikanischen Banken stehen allen diesen Erwägungen und Vorschlägen ablehnend gegenüber. Von ihrer Seite wird immer wieder betont, daß der Dollar eine feste und vertrauenswürdige Währung sei und daß ihn ein freier Goldwert nicht fester machen könne. Die Banken würden es vorziehen, daß eine überstaatliche Kommission den Gesamtkomplex der Geld- und Kreditpolitik im Hinblick auf eine Änderung des Goldpreises untersucht, und daß etwa notwendige Korrekturen im Zusammenhang mit einer durchgreifenden Änderung der Währungsverhältnisse vorgenommen werden.

*

Der Internationale Währungsfonds hat das Recht der südafrikanischen Regierung anerkannt, nicht fertig bearbeitetes Gold zu einem höheren als dem amtlichen Preis an Weiterverarbeiter abzugeben. Über die Höhe des Aufpreises hat der Finanzminister der Union bisher keine Angaben gemacht. Der Verkauf wird scharf überwacht, damit das Gold auch tatsächlich nur in die Hände der Verarbeiter gelangt.

Die ersten Goldverkäufe der Südafrikanischen Union zu Überpreisen umfaßten 100 000 oz zu 38,50 $ je gross-oz. Dieser Preis entspricht 41,50 $ je Feinunze. Nach den Bestimmungen des amerikanischen Schatzamtes können aus den Vereinigten Staaten mit amtlicher Lizenz Goldhalbfabrikate und bearbeitetes Gold privat ausgeführt werden, sofern der Goldgehalt nicht mehr als 80 Prozent des Gesamtverkaufwertes ausmacht. Entsprechend diesen Vorschriften führten Händler Halbfabrikate zu 35,60 $ aus, was einem Preis von 38 $ je Feinunze entspricht. Es fragt sich, ob ausländische Verarbeiter den südafrikanischen Preis von 41,50 $ je Feinunze bewilligen werden, solange sie die Halbfabrikate aus den Vereinigten Staaten zu 38 $ erhalten können.

*

Im Zusammenhang mit der Golddiskussion in den Vereinigten Staaten stehen die von uns mehrfach erwähnten Abwertungsgerüchte um das englische Pfund. Der „Economist" erklärt, daß die jüngste scharfe Erklärung von Sir Stafford Cripps, eine Abwertung des Pfundes komme nicht in Frage, als seine persönliche Ansicht zu werten sei. Es sei immer gefährlich, persönliche Meinungen zum Leitsatz der Devisenpolitik zu machen. Großbritannien habe genügend in der Vergangenheit unter der Überwertung des Wechselkurses gelitten. Jede Wiederholung einer solchen starren Haltung sei untragbar. Man müsse zwischen sachlichen Überlegungen und persönlichem Prestige unterscheiden.

*

Inzwischen ist durch die Reise Snyders die Diskussion wieder in ein aktuelles Stadium getreten. Es scheint, daß Snyders eine Erhöhung des Goldpreises auf 55 $ vorschlagen wird.

Mexikos Tauschabkommen

Mexiko hat in zunehmendem Maße Tauschgeschäfte gemacht, um seine Dollarknappheit zu verringern und seine Zahlungsbilanz zu verbessern. Anfang des Jahres sandte Mexiko Zucker nach Italien und erhielt dafür Kunstseide. Kurz darauf erfolgte ein weiteres Geschäft, bei dem Kaffee und Zellstoff gegen italienische Kunstseide getauscht wurden. Auch Holland nahm einen großen Posten Zucker gegen Maschinen. Da Mexiko eine seiner besten Zuckerernten seiner Geschichte zu verzeichnen hat, wird mit weiteren Zuckergeschäften mit anderen Ländern gerechnet.

Gegenwärtig werden weitere Tauschabkommen geprüft, die über die halbamtliche „Banco de Commercio Exterior" eingeleitet und später durch die mexikanische Regierung genehmigt werden: Westdeutschland sind von der mexikanischen Regierung Kichererbsen gegen Lieferung von verschiedenen Maschinentypen angeboten worden.

An weiterer Abnahme italienischer Kunstseide ist Mexiko interessiert und will dafür gegerbte und ungegerbte Häute liefern. Großbritannien denkt daran, mexikanisches Gefrierfleisch oder Zucker abzunehmen und dafür britische Maschinen, insbesondere Textilmaschinen, zu liefern. Spanien will 10 000 t Kichererbsen gegen Olivenöl, Wein und Branntwein abnehmen. Mit Japan ist ein Geschäft in Vorbereitung, bei dem Leinsaatöl, Baumwolle und Reis ausgeführt und dafür Textilmaschinen und andere Ausrüstungen eingeführt werden sollen. Aus Schweden wünscht Mexiko Zeitungspapier zu erhalten und will dafür Öle, Reis, Ananaskonserven und andere Lebensmittel abgeben. Nähere Einzelheiten über die in der Prüfung befindlichen Geschäfte werden gegenwärtig nicht bekanntgegeben.

Zollbegünstigung für neue Industriebetriebe

Zollfreie Einfuhr von Maschinen und Industrieausrüstungen sowie eine fünfjährige Steuerfreiheit wird in Mexiko nach dem „Gesetz für die Entwicklung von Industrien" denjenigen Industriezweigen gewährt, die bisher noch nicht im Lande erzeugte Produkte herstellen. Unter diesen Vergünstigungen wurden im letzten Jahr 127 Gesellschaften mit einem Kapital von 213 Mill. Pesos gegründet. Sie verteilen sich branchenmäßig wie folgt:

Zahl	Branche
30	Verpackung
18	Zement
18	Chemikalien
12	Metallwaren
10	Textilien
9	Milchprodukte
8	Erzeugnisse
5	landwirtschaftliche Geräte
5	Kunststoffe
5	elektrische Geräte
4	Baustoffe
3	Nahrungsmittel
10	Verschiedenes

Die Aussichten der Erdölindustrie

Die mexikanische Erdölindustrie benötige zur Steigerung ihrer Kapazität auf eine der Bedeutung ihrer Vorkommen entsprechende Höhe die Investition von 2 bis 4 Mrd. Dollar, wie der frühere Direktor der Olabteilung des nordamerikanischen Innenministeriums dem Außenministerium mitteilte. Er sprach sich gegen die Gewährung einer 200-Mill.-Dollar-Erdölanleihe an Mexiko unter der Begründung aus, daß Kanada sowohl in geologischer als auch in politischer Hinsicht eher geeignet sei, zusätzliche Reserven für die USA im Falle eines Notstandes zu erschließen. Die sicheren mexikanischen Erdölvorkommen betragen 5 bis 15 Mrd. Faß gegen 20 Mrd. Faß allein in der kanadischen Provinz Alberta. Er schätze, daß in den nächsten zehn Jahren mindestens 10 000 Bohrlöcher in Mexiko niedergebracht werden müßten, wolle man das mexikanische Erdöl-Potential zutage machen.

Venezuela steigert Erdölförderung

Die Rohölförderung in Venezuela wurde auf einen gegenwärtigen Tagesdurchschnitt von 1,3 Mill. Faß gegenüber 1,15 Mill. Faß zu Anfang dieses Jahres gebracht, wie ein Vertreter der Creole Petroleum Corporation mitteilte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Deutsche Gesellschaften

Gritzner-Kayser AG.

Die Gritzner-Kayser AG in Karlsruhe-Durlach konnte 1947 bei erhöhter Produktion auch eine Umsatzsteigerung aufweisen. Vom Rohüberschuß von 1,03 (1. V. 0,62) Mill. RM zuzüglich 0,38 (0,36) ao. Erträgen entstand nach 0,14 (0,17) Abschreibungen auf das Anlagevermögen von 1,14 (1,20) Mill. RM ein Nettoverlust von 0,03 (0,02), um den der Gesamtverlust auf 1,98 (1,99) Mill. RM anstieg. Die HV beschloß weiterhin Vortrag auf neue Rechnung. Bilanzmäßig wurden weiter abgebaut auf 1,79 (2,77), denen insgesamt 3,11 (2,96) Mill. RM Reserven entgegenstehen. AK 3,075 Mill. RM.

Kabel- und Metallwerke Neumeyer AG.

Die Nürnberger Firma ist eine Tochtergesellschaft der Haskethal Draht- und Kabel AG in Hannover und gehört zum Interessenbereich der Gutehoffnungshütte Nürnberg—Oberhausen. Für das Jahr 1947 wurde ein Rohüberschuß von 2,17 und außerordentliche Erträge von 3,34 Mill. RM erzielt. Nach Verrechnung der Unkosten ist die Ertragrechnung ausgeglichen. Bei 3,00 Mill. RM AK sind 2,50 Rücklagen und 0,78 Mill. RM Rückstellungen vorhanden.

Silika-Schamotte-Fabriken

Die Silika-Schamotte-Fabriken Martin & Pagenstecher AG. in Köln-Mülheim, legte einer HV die Geschäftsberichte für die Jahre 1943-47 vor. Die Betriebsräume kamen im Jahre 1945 zum Erliegen, doch waren die Schäden durch Kriegseinwirkungen geringfügig. In den Jahren 1945 und 1946 lief die Produktion langsam wieder an, war allerdings zunächst durch Mangel an Rohstoffen, Brennstoffen, elektrischem Strom und Arbeitskräften behindert; 1947 konnte der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte vergrößert werden.

Das Anlagevermögen stand Ende 1947 mit rund 7,37 Mill. RM, das Umlaufvermögen mit 3,37 Mill. RM zu Buch. Bei einem Kapital von 3,45 Mill. RM entfielen zu diesem Zeitpunkt auf Rücklagen 1,15 Mill. RM, auf Wertberichtigungen 3,55 Mill. RM. Das Jahr 1947 erbrachte einen Rohüberschuß von 1,696 Mill. RM; ein verteilbarer Gewinn verblieb nicht.

Holzwerke Zapfendorf

Die zum Waschmittelkonzern Henkel gehörende Holzwerke Zapfendorf AG (A.K. 5 Mill. RM), die Holz aus eigenen Wäldern verarbeiten, schloß 1947 ohne Gewinn und Verlust ab. Anlagevermögen 2,62 Mill., Umlaufvermögen 3,60 Mill., Rücklagen 0,32 Mill. und Gesamtverbindlichkeiten 0,59 Mill. RM. 400 Beschäftigte.

Frankonia Schokoladenwerke AG.

Im Geschäftsjahr 1947/48 kam der Verlauf der Wiederaufbauarbeiten bei der Frankonia Schokoladenwerke AG in Würzburg als völlig befriedigend bezeichnet werden. Die Nachfrage nach Zuckerwaren überstieg die Lieferungsmöglichkeit bei weitem. Der größte Teil der Betriebskapazität konnte wegen Fehlens von Rohkakao nicht ausgenutzt werden. Nach 0,10 Mill. RM Abschreibungen auf das erhöhte Anlagevermögen von 0,24 (0,32) verblieb vom Rohertrag von 0,49 Mill. RM ein Gewinn von 47 435 RM, so daß der Gesamtverlust auf 80 134 (140 569) RM reduziert werden konnte. AK 0,600 Mill. RM. In Erwartung des eingeführten Rohkakaos rüstet die Gesellschaft demnächst mit Wiederaufnahme der Produktion von Schokolade und Schokoladerzeugnissen.

Radolfzeller Aß. Radolfzell

Die RM-Abschluß-Bilanz zum 20. 6. 1948 dieser Vertriebsgesellschaft für Nahrungsmittel, Teigwaren, Suppen usw., deren Grundkapital von 700 000 RM zur Gänze in schweizerischen Händen ist, schließt mit einem Reingewinn von 0,19 Mill. RM ab (für 1947 Gewinn 74 000 RM), der einschließlich Vortrag mit insgesamt 0,32 Mill. RM vorgetragen wurde. Das Anlagevermögen von 1,36 (im vollen Geschäftsjahr 1947) 1,39 Mill. RM ist in nahezu gleicher Höhe wertberichtigt. Im Umlaufvermögen von 3,29 (3,43) gingen u. a. Wertpapiere auf 0,23 (0,03) und Vorräte auf 0,73 (0,87) zurück, flüssige Mittel mit 1,34 (1,33) kaum verändert. Verbindlichkeiten 4,06 (0,28) Mill. RM.

Heffische Kunstmühle

Die Heffische Kunstmühle AG., Worms/Rhein, veröffentlicht ihre Bilanz zum 31. März 1948. Wir geben die Ziffern in tausend RM: Aktiva: Anlagevermögen 1 300; Vorräte 1 200; Wertpapiere 19; Aktivhypotheken 16; geleistete Anzahlungen 2; Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen 1 000; Forderungen an Konzernunternehmen 266; Kasse, Reichsbank, Postscheck 279; andere Bankguthaben 1 075; sonstige Forderungen 130; Posten mit ungewisser Bewertungsgrundlage, Forderungen an das Reich 488; Bankguthaben 42; sonstige Forderungen 19; Rechnungsabgr. 1. — Passiva: AK 2 600; Rücklagen 365; Werkserneuerungsfonds 187; Rücklagen für Ersatzbeschaffung 73; Wertberichtigung 808; Rückstellungen für ungewisse Schulden 870; Verbindlichkeiten 1 715; Rechnungsabgrenzung 7. Aus der Gewinn- und Verlustrechnung: Rohüberschuß 1 588; außerordentliche Erträge 214; Löhne 945; soz. Abgaben 62; Abschreibungen 221; Zinsen 4; Steuern vom Ertrag und Vermögen 754; Beiträge zu Berufsvertretungen 5; außerordentliche Aufwendungen 81.

Der Aufsichtsrat setzt sich zusammen aus den Herren: Dir. Helmut Faust, Marburg, Vors.; Geh. Finanzrat Dr. Hermann Killler, Goslar, stellv. Vors.; Dir. Dr. Heinrich Dusseberg, Hamburg; Generaldir. Karl Wille, Mülheim/Ruhr; Dir. Dr. Heinrich Buttmann, Goslar; Dir. Rudolf Hartmann, Frankfurt/Main. Vorstand: Dir. Alfred Hanschel, Worms.

Leerer Heringsfischerei

Aus dem Bericht des Vorstandes der Leerer Heringsfischerei AG., Leer, entnehmen wir, daß im laufenden Geschäftsjahr 11 Motorlogger wieder ein Heringsfang teilnahmen. Sie brachten 42 729 Kantjes Salzheringe an. Die Schleppgemeinschaft auf Friedfisch wurde aufgegeben, da man berechtigte Hoffnungen hat, für die Fangzeit 1949 sämtliche rückgebauten Logger mit Treibnetzen für den Heringsfang ausrüsten zu können.

Aus der Bilanz zum 30. Juni 1948 entnehmen wir (in Mill. RM) folgende Ziffern: Aktiva: Grundstücke 0,018; Hauptmassenerabgabung 0,001; Fischereifahrzeuge 0,3; Charterabgabung 0,2; Fischereigeräte 0,17; Maschinen, Werkzeuge und Betriebsausstattung 0,067; Beteiligungen 0,014; Hilfs- und Betriebsstoffe 0,38; Wertpapiere 0,003; Ausleihungen 0,044; Forderungen auf Warenlieferungen und Leistungen 0,073; Forderungen an das Reich 3,0; Kasse, Reichsbank, Postscheck 0,010; Bankguthaben 0,038; sonstige Forderungen 0,003; Rechnungsabgrenzung 0,004; Passiva: Kapital 1,0; Rücklagen 1,62; Wertberichtigungen 0,061; Rückstellungen 0,187; Darlehen für Schiffsneubauten 0,28; Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen 0,117; Forderungen gegenüber Banken 0,443; sonstige Verbindlichkeiten 0,069; Rechnungsabgrenzung 0,175. Aus der Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1947/48: Verlustvortrag 1946/47 0,02; Löhne und Gehälter 0,783; Sozialabgaben 0,077; Abschreibungen 0,117; Zinsen 0,016; Steuern 0,233; Beiträge zu Berufsvertretungen 0,003; Gewinn 1947/48 0,033. Erträge: Ertrag nach Abzug der Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe, sowie der sonstigen nicht ausgewiesenen Aufwendungen 1,33; außerordentliche Erträge 0,008.

Vorstand ist Erich Dahlke, Direktor. Dem Aufsichtsrat gehören jetzt an: Rechtsanwalt Dr. Anton Klasen, Leer, Vors.; Senator Louis Tiedemann, Leer, stellv. Vors.; Herbert Eikenäga, Emden; Bruno Bodke, Bremen; Landgerichtsdirektor i. R. Ernst Stendel, Leer; Senator Hermann Ubel, Leer.

Wirtschafts-Literatur

Verwaltungshandbuch für Niedersachsen 1949. Mit Förderung der Niedersächsischen Staatskanzlei bearbeitet. Herausgegeben von Ferdinand Glim und Rudolf Sahse. Georg Westermann Verlag, Braunschweig. Hl. DM 19.50.

Zwei bewährte Fachleute haben in mühevoller Kleinarbeit eine übersichtliche Darstellung des Aufbaus, der Zuständigkeiten und Aufgaben sämtlicher Behörden des Landes und der kommunalen Selbstverwaltung, der Kirche und Religionsgemeinschaften, der wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörperschaften und Verbände, der Gewerkschaften und politischen Parteien sowie der gemeinnützigen Verbände Niedersachsens geschaffen. Auch die für dieses Land zuständigen, aber außerhalb seines Bereiches gelegenen zonalen und bizonalen Stellen sind mit berücksichtigt. Die Anschriften, Fernsprech- und Postscheknummern vervollständigen die allgemeinen und personellen Angaben. Der ausführliche Anzeigenteil vermittelt einen guten Überblick über die Niedersächsische Wirtschaft. Auf über 300 Seiten ist somit ein Arbeitsbuch und Nachschlagewerk entstanden, das für jeden, der mit Personen und Stellen des öffentlichen Lebens zu tun hat, unentbehrlich ist.

Berlins Wirtschaft in der Blockade. Sonderhefte. Neue Folge. Heft 3. Herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung), Berlin-Dahlem, Faradi-Allee 8. Duncker & Humblot, Berlin-München. 128 Seiten.

Das Sonderheft enthält eine zudeckende Darstellung der vielfältigen Schwierigkeiten, denen in Berlin während der Blokkade zu begegnen war und der Methoden und Mittel ihrer Überwindung. Für die einzelnen Kapitel — darunter: Die Luftbrücke, Die Ernährung, Die Stromversorgung, Die Bekleidungsindustrie, Die Versorgung mit Schuhwerk u. a. m. — zeichnen verschiedene Verfasser. Wertvolle statistische Angaben erhöhen den Wert des einen eigenartigen Zeitabschnitt in der Geschichte der ehemaligen Reichshauptstadt beleuchtenden Werkes.

Rechnen für Kaufleute. Von Dipl.-Hdl. Dr. Gerhard Voigt, Direktor der kaufmännischen Schulen Braunschweig und Dipl.-Hdl. Gerhard Gladigau, Kaufmännische Berufsschule Goslar. Heckners Verlag, Wolfenbüttel. 128 Seiten.

Das in der Reihe „Heckners Kleine kaufmännische Bücher" erschienene Buch ist für die kaufmännische Berufsschule bestimmt. Es bietet die Rechenstoffe, mit denen es der Kaufmann in der Praxis zu tun hat und beschränkt sich bewußt auf das Wesentliche. Der Aufbau entspricht den in Berufsschulen üblichen Lehrplänen.

Textilwarenkunde. Von Dr. Karl Walgard, Magistrats-Oberschulrat und Dr. Wilhelm Leicher, Diplom-Handelslehrer. Heckners Verlag, Wolfenbüttel. 160 Seiten.

Das vorliegende Werk stellt eine durch Aufnahme neuer Textilstoffe erweiterte Neuauflage der früheren „Warenkunde für den Textil-Einzelhandel" dar. Es geht bei der Behandlung der Stoffe stets von der fertigen Ware aus, da sie und nicht die Rohstoffe und die technische Herstellung im Mittelpunkt des Interesses sowohl des Textilhändlers als auch des Verbrauchers stehen. Die Herstellungstechnik findet nur insoweit Darstellung, als deren Kenntnis für die Unterscheidung der Fertigerzeugnisse und ihrer Eigenschaften erforderlich ist. Für die Gliederung der Fertigwaren waren die Verwendungszwecke maßgebend, da diese unmittelbar die Bedürfnisse der Praxis berücksichtigende Einteilung sich gut bewährt hat. Den Beschluß des Buches bildet eine übersichtliche Darstellung der Erkennungsmerkmale der Rohstoffe in Garnen und Geweben, eine Anleitung zur richtigen Behandlung der Wäsche und zur Entfernung von Flecken.

Die Buchführung des Großhandels. Ein Aufgaben- und Lehrbuch von Dipl.-Hdl. Dr. Josef Rohens, Handelsstudienrat. Heckners Verlag, Wolfenbüttel. 80 Seiten.

In systematischem Aufbau eine Einführung in die doppelte Buchführung, der Erläuterungen bewußt sparsam beigegeben sind, damit den pädagogischen Fähigkeiten des Lehrers Spielraum gelassen bleibe. Die Ergebnisse sind für den Schüler in kurze, einprägsame Sätze zusammengefaßt. Übungsstoff, Abschlußübungen, ein Abschnitt über Kalkulation bilden wesentliche Abschnitte des Lehrbuches.

Der Zimmermeister. Das Fachblatt für die Holzbauhütte und Zimmermannstechnik. Offizielles Organ der Fachorganisationen des Zimmermannshandwerks. Postverlagsort Karlsruhe/Baden. 51. Jahrgang. Einzelnummer 2.— DM.

Die vorliegende Sondernummer dieser Zeitschrift enthält eine ganze Anzahl anschaulicher Beispiele u. a. für Hallen- und Wohnhausdächer, Balkonlagen (Spartaken), deren Bedeckung Holzersparnisse von 40—50 Prozent erzielen lassen. Architekten, Baumtern und Fachschulen wird eine Fülle wertvoller Anregungen geboten.

Welt-Warenmärkte

Weizenpreise weiter nachgebend

Die Haltung an den Weltrohstoffmärkten hat sich in der Berichtswoche, verglichen mit der stark rückläufigen Bewegung der Vorwoche, wesentlich verbessert. In Kreisen der nordamerikanischen Wirtschaftsbeobachtung wird eine betont optimistischere Haltung eingenommen, wenn man auch nicht soweit geht, die Äußerung des nordamerikanischen Unterschatzsekretärs, daß die USA vor einem wirtschaftlichen Aufschwung größten Ausmaßes stehen, überall für bare Münze zu nehmen, es ist doch, wenigstens im Psychologischen, eine Wendung zum Besseren unverkennbar. Man meint, daß der rückläufige Trend im letzten Vierteljahr 1949 sein Ende finden werde. Der Produktionsindex des Federal Reserve Board stellt sich für Juni auf 168, d. s. 26% weniger als zur Zeit des Nachkriegshöchststandes im Oktober vorigen Jahres; man glaubt, daß er nicht unter 160% absinken werde und gegen Ende dieses Jahres sich auf 180 bis 185 stellen dürfte.

Außerdem wurde die Aufmerksamkeit der Welt in der Berichtswoche durch die Erörterung über Für und Wider der Pfund-Sterling-Abwertung von den Rohstoffmärkten abgezogen. Die britische Regierung, deren Haltung gegen eine Abwertung unverändert stark ist, wird von Finanz- und Wirtschaftskreisen des In- und Auslandes zunehmend bedrängt. Während in den USA die Erörterungen dieser Angelegenheit mit wirtschaftlichen Erwägungen geführt werden, nimmt die Diskussion in Großbritannien selbst zunehmend eine stark politische Färbung an. Die Financial Times beispielsweise fanden die Formulierung, daß der Versuch des „britischen Wohlfahrtstaates", einen Ersatz für Gold als Wirtschaftsregler zu finden völlig gescheitert sei, und daß die britische Wirtschaft unter direktem Beschuß stehe. Schließlich für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft scheint zu sein, daß sich zunehmend, wie es der Ausgang der belgischen und kanadischen Wahlen beweist, ein Abrücken von dem System der staatlichen Wirtschaftslenkung auf eine freiere Gestaltung hin bemerkbar macht und durchzusetzen beginnt.

Getreide

Die nordamerikanischen Getreidepreise gaben in der Berichtswoche leicht nach. Weizen per Juli notierte am 30. 6. 198½ nach 199⅝ am 24. Juni. Mais befestigte sich leicht von 132⅝ auf 134⅛, Hafer gab von 69⅛ auf 68⅝ und Roggen von 141 auf 139⅞ cts je Bushel nach. Die Hitzewelle und die damit verbundene Trockenheit, rund im Sommerweizengürtel der USA, führten zu guter Nachfrage und zu, trotz rückläufiger Preise, fester Haltung. Die Bekanntgabe des unveränderten Paritätspreises für Mitte Juni ließ die Erörterungen über eine mögliche Ermäßigung der Beleihungsrate, die für das nächste Erntejahr bekanntlich aus dem Mitte-Juni-Paritätspreis errechnet wird, zu Ruhe kommen. Die Beleihungsrate stellt sich zu 90% des Paritätspreises von 217 cts je Bushel auf 1,96 Dollar für US-Weizen, Hard Winter Nr. 1. Es wird wahrscheinlich, wie man annimmt, in diesem Jahre eine größere Menge Weizen beliehen werden als im Vorjahr. Auch die Auflockerung der Beleihungsbestimmungen und eine mögliche Erhöhung der Beleihungsrate auf 100% von bisher 90%, was allerdings eine Aufhebung der „Aiken-Bill", die am 1. Januar 1950 in Kraft tritt, zur Voraussetzung hat, wirken in Richtung einer Beruhigung des Marktes. Dem steht gegenüber, daß noch niemand etwas über die Unterbringung des Überschusses von 500 Mill. Bushel aus der nächsten Ernte aussagen kann. Die nordamerikanischen Mühlen erwarten einen starken Absatzrückgang im In- und Auslandsgeschäft, da, zumal in Europa, mit einer steigenden Selbstversorgung gerechnet werden müsse. Allerdings werden die europäischen Getreideernten kaum über einen Durchschnittsertrag hinausgehen, da die Trockenheit zu Anfang dieses Jahres nicht wieder einbringbare Ausfälle verursacht hat. Am Donnerstag trafen in Washington die Zustimmungserklärungen Indiens, Griechenlands und des Libanons zum Internationalen Weizenabkommen ein. Dadurch ist die Ratifizierung des Abkommens — sie mußte bis zum 1. Juli erfolgen — gesichert. 18 Abnehmerländer, die zusammen 75% der abzunehmenden Menge von 456 Mill. Bushel Weizen vertreten, haben das Abkommen ratifiziert. — In Argentinien leidet die Weizen- und Leinsaat-Aussaat unter starkem Frost, wodurch aber die Ernteerbeiten bei Mais begünstigt werden. Die Maisernte dürfte noch geringfügig hinter dem Durchschnitt der letzten Jahre her. Die Regierungsagentur — IAPI — wird die Maisernte 1948/49, beginnend mit dem 1. Juli und endend mit dem 31. Januar 1950, aufkaufen. IAPI hat dem Malteser-Bitterorden 100 000 t Weizen zu einem Sonderpreis — der Weizen ist zur Verteilung in notleidenden Gebieten bestimmt — verkauft. In argentinischen Häfen wurden in der Berichtswoche mit Bestimmung nach Europa 14 000 t Weizen, 6000 t Mais und 6000 t Roggen verladen. In Hafer, Gerste, Weizenmehl und Leinsaatöl fanden keine Verschiffungen statt.

*

Ein Abkommen zwischen Ägypten und Syrien sieht die Lieferung von 100 000 t syrischen Weizens gegen Zahlung in ägyptischer Währung vor.

*

Von den für die Doppelzone vorgesehenen 21 000 t Reis für 3,4 Mill. $ werden Italien 11 700 t, Ägypten 8000 t und Belgisch Kongo 300 t liefern. Der Bezug aus Belgisch Kongo ist ein Probekauf. Im zweiten Halbjahr will Westdeutschland für 4 Mill. $ etwa 20 000 t Rohreis in Italien einkaufen. Außerdem wird die Doppelzone auf Grund des Handelsvertrages mit Siam für 3 Mill. $ Reis erhalten, sobald das Zahlungsabkommen ratifiziert ist.

Schlachtvieh

Die Haltung der nordamerikanischen Schlachtviehmärkte in der Woche zum 30. Juni war uneinheitlich; sie gehorchte den durch die Schwankungen in den Anlieferungen von Tag zu Tag geänderten Einflüssen. Das Großhandelsgeschäft für Fleischerzeugnisse war infolge des heißen Wetters ruhig, obwohl nach Preisnachlässen für einige Schweinefleischerzeugnisse eine größere Nachfrage eintrat. Für Rindfleischerzeugnisse macht sich indessen ein stärkerer Widerstand der Verbraucher gegen die letzten Preiserhöhungen bemerkbar. Am 30. Juni wurden folgende Spitzenpreise festgestellt: Ausgewählte Steers 29 Dollar (Vorwoche 28,50), gute Fleischkühe 21 Dollar (20,50) und Färsen 29 Dollar (27,75), alles je 100 lbs. Die Rindviehschlachtungen an 23 von der Bundesregierung kontrollierten Plätzen beliefen sich in der Woche zum 18. Juni, wie das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium am Donnerstag bekanntgab, auf 181 547 Stück gegen 180 273 Stück in der Vorwoche und 207 702 Stück in der entsprechenden Woche des Vorjahres. Für die Ausfuhr in der Zeit vom Juli bis September hat das nordamerikanische Landwirtschaftsministerium 30,9 Mill. lbs Fleisch freigegeben. Hiervon sind 20 Mill. lbs Schweinefleisch eingeschlossen, die jedoch nicht ländermäßig zugeteilt wurden.

Fleischerzeugung und Fleischausfuhr Australiens betrugen:

	(Nach amtl. Angaben) 1948	1947
Vieheschlachtungen	1000 Stück	
Rinder	5 393	5 359
Mastschweine	1 614	1 524
Hammel und Lämmer	16 183	16 996
Fleischproduktion	1000 cwt	
Rindfleisch	11 452	10 225
Schweinefleisch	616	555
Baconseiten u. Schinken	653	600
Hammel- und Lammfleisch	9 736	9 651
Fleisch-Ausfuhr		
Rindfleisch	3 007	3 196
Schweinefleisch	54	50
Bacon u. Schinken	90	113
Hammel- und Lammfleisch	638	1 183
Inlandsverbrauch		
Rindfleisch	8 427	6 170
Schweinefleisch	535	521
Bacon u. Schinken	759	782
Hammel- und Lammfleisch	4 903	4 708

*

Die kanadische Fleischerzeugung entwickelte sich wie folgt:

	1935/39	1945	1946	1947	1948
	in 1000 cwts				
Rindfleisch	5 323	8 007	8 456	8 296	9 941
Kalbfleisch	1 020	1 383	1 176	1 139	1 371
Hammelfleisch	548	616	626	601	624
Schweinefleisch	5 540	8 621	8 070	8 479	8 490
	11 930	18 626	20 000	19 067	19 861

Bei Einbeziehung der Lebendviehausfuhr (insgesamt 407 352 Stück Rindvieh gegen nur 179 758 Stück 1938), die zum überwiegenden Teil nach den Vereinigten Staaten ging, erreichte die Fleischerzeugung 1948 etwa 20 Mill. cwt (3 Prozent mehr als 1947).

Öle und Fette

Die Notierungen für pflanzliche Öle und Fette an den nordamerikanischen Märkten gingen weiter zurück. Baumwollsaatöl fiel von 12,30 cts je lb auf 12,15 am Wochenschluß, nachdem es am 30. Juni bis auf 11,95 zurückgegangen war. Die Notierungen für Öle und Fette lösen in der Berichtswoche stark unter Befürchtungen eines sehr hohen Anfalles von Schweineschmalz und eines Rückganges der britischen Käufe als Folge der Dollarknappheit Großbritanniens. — Großbritannien und Dänemark haben am 27. Juni ein auf 4 Jahre laufendes Abkommen über die Lieferung von 75 Prozent der dänischen Butterausfuhr (Höchstmenge jährlich 115 000 longtons) an Großbritannien abgeschlossen. Es gilt ein Preis von 271/6 d je cwt fob dänischen Hafen gegenüber 321/6 d im vorigen Abkommen.

Zitrus-Obst

Nach den jetzt für 1948 vorliegenden amtlichen Ergebnissen hat die Zitrusbeteiligung der westeuropäischen Länder in diesem Jahr erstmals wieder fast den Umfang von 1938 erreicht.

	1938	1947	1948
	in t		
Apfelsinen, insgesamt	1 875 365	838 131	1 809 403
davon			
Großbritannien	598 381	412 813	402 353
Frankreich	183 070	—	320 098
Deutschland (Westz.)	16 542	—	8 173
Schweden	41 819	87 708	42 270
Niederlande	74 108	46 233	32 132
Schweiz	75 591	45 478	49 842
Zitronen, insgesamt	107 157	86 218	115 634
davon			
Großbritannien	12 144	36 618	45 337
Frankreich	29 281	-	33 674
Deutschland (Westz.)	10 749	—	9 874
Schweden	2 262	-	3 090
Niederlande	8 285	-	1 510
Schweiz	13 183	-	13 391
Apfelsinen und Zitronen (nicht gesondert ausgewiesen)			
Belgien	31 539	131 300	144 478
Norwegen	37 602	18 130	8 173

Großbritannien kaufte Süßorangen vor allem in Israel und Spanien, Bitterorangen und Mandarinen vorwiegend in Spanien. Frankreich bezog zu etwa gleichen Teilen aus Spanien und Italien und nahm außerdem die algerische Zitrusernte fast restlos ab. Bitterorangen und Mandarinen wurden zumeist von Italien und Nordafrika geliefert.

Wein

Der Verband der Weinhändler von Bordeaux fordert von der französischen Regierung, auf verstärkten Absatz von Bordeauxweinen in Westdeutschland hinzuwirken. Deutschland war vor dem ersten Weltkriege der beste Auslandskunde für Bordeauxweine. Von den 650 000 hl, die Bordeaux alljährlich ausführte, gingen 100 000 hl nach Deutschland, insbesondere nach den Hansestädten. Auch zwischen den Kriegen hielten sich die deutschen Bezüge noch bei 15 bis 20 Prozent. Sie waren für die Weinwirtschaft der Gironde um so wichtiger, als Deutschland gerade die für die Rentabilität der Weinwirtschaft maßgebenden Spitzenweine kaufte. Die Weinerzeugung der Gironde ist in den letzten 40 Jahren von 4,5 auf 3,5 Mill. hl zurückgegangen, und diese Minderung hat namentlich die besseren Lagen betroffen. Die Käufe auf Grund des ersten westdeutschen Kontingents für Weine aus Frankreich in Höhe von 300 000 $ haben insofern nicht befriedigt, als die deutschen Importeure billige Konsumweine kaufen, um möglichst große Mengen bereitzuhalten. Die französische Regierung betont, daß die Wiederherstellung der Weinausfuhr nach Deutschland für Frankreich äußerst wichtig sei; sie will in Washington bewirken, daß die deutschen Weinbezüge keinen Luxus darstellen, sondern einem traditionellen Bedarf entsprechen.

Kaffee

In Kaffee kam es zu, zum Teil recht erheblichen Preiserhöhungen. Santos „D" schloß zu 22,50 cts je lb gegenüber 21,50 am 24. Juni. Die Hoffnungen der nordamerikanischen Röstereien auf einen Rückgang des Kaffeepreises an den Ursprungsmärkten haben sich nicht erfüllt. Brasilien und Kolumbien halten nicht nur an ihren Notierungen fest, sondern verlangen für prompte Verschiffung höhere Preise. Die außeramerikanische Nachfrage für Kaffee — in der Berichtswoche kamen höhere Abschlüsse für deutsche und norwegische Rechnung zustande — hat eher zugenommen. Deutschland wird von Kolumbien Kaffee im Werte von 4 Mill. Dollar auf Grund des letzthin abgeschlossenen Austauschabkommens erhalten, außerdem hat die USA-Armee zum 14. Juli 13,88 Mill. lbs Kaffee ebenfalls zur Lieferung nach Deutschland ausgeschrieben. Man nimmt an, daß insbesondere Rio Nr. 5 etwa zum Preise von 17 cts fob Santos angeboten werden wird. Die zentralamerikanischen Verlader sind in Ware aller Ernte praktisch ausverkauft.

Kakao

Am New Yorker Kakaomarkt stieg Loko Bahia von 19,20 am 24. Juni auf 20,12 am 30. Juni und Acera loko von 19 auf 19,50 cts je lb. Die statistische Position von Kakao hat sich wesentlich gebessert. Man rechnet in diesem Jahre nicht mit neuerwarteten Kakaoüberschüssen. Allerdings dürfte der Rückgang der afrikanischen Ernten durch höhere brasilianische Erträge annähernd ausgeglichen werden. Am 30. Juni wurden 22 000 Sack Bahia, guter Durchschnittsqualität zu 17⅞ bis 17¾ cts je lb cif verkauft.

Tee

Die Teeversteigerungen in Colombo brachten in der Berichtswoche erneute Preisgewinne, rund für mittlere und beste Sorten. Handelsübliche und unterdurchschnittliche Ware blieb im Preis unverändert. Die britische Einfuhrquote für 30 Mill. lbs Tee aus Pakistan, zur Verschiffung während 1949 ist weit überzeichnet worden.

Zucker

Zucker, Kontrakt Nr. 4 (Weltkontrakt), fiel leicht von 4,16 am 24. Juni auf 4,11 am 30. Juni. Der Zuckermarkt verkehrte in überwiegend stetiger Haltung. Aus Britisch-Westindien wird über eine sehr hohe Ernteerwartung für Zucker in diesem Jahr berichtet. Aber selbst ein größerer britisch-westindischer Zuckerüberschuß dürfte kaum auf den Preis drücken, da er von Großbritannien ohne Schwierigkeiten aufgenommen werden kann.

Wolle

Am Donnerstag voriger Woche fanden in Sydney, Melbourne und Perth die Schlußversteigerungen der diesjährigen Wollsaison statt. Im allgemeinen lagen die Preise, rund für Merino-Vlies-Wollen um etwa 5 Prozent höher als in der vorigen Auktionsserie. Die Notierungen für minderwertigere, in dieser Auktionsserie stark verkleinerte Sorten, gaben leicht nach. Obwohl zugegeben wird, daß die Preise für Wolle, den höchsten Stand überschritten haben und die Notierungen vom Juni vorigen Jahres und Februar dieses Jahres nicht wiederkehren werden, redoset der Sydneyer Wollhandel weiterhin mit festen Preisen. Die Nachfrage, rund für Merino — und feine Kreuzzuchtwollen, so wird gesagt, sei unverändert stark, die statistische Position von Wolle besser denn je. Die Versteigungen der Wollhändler und der Wollzüchter Australiens erwarten für 1949/50 einen Anfall von 1,9 Mrd. lbs, gleich 3,43 Mill. Ballen Schwerwolle. Uruguay erholt sich von der Wiederaufnahme der nordamerikanischen Wollkäufe — der erste Verkauf nach den USA kam in diesen Tagen in Montevideo zustande — eine Beendigung der ernsten Dollarknappheit des Landes. In Buenos Aires war der Wollmarkt in der Berichtswoche lustlos mit nur geringen Verkäufen nach den USA. Frankreich übernahm kleinere Lose von „Buenos Aires feine Kreuzzuchten" zu 20 und 21 Pesos. Die einheimischen Spinnereien befürchten eine starke Konkurrenz aus den bevorstehenden Einfuhren britischer Wollstoffe nach dem britisch-argentinischen Handelsvertrag.

*

Die Joint Organisation schätzt, daß der Welt in der nächsten Saison 3250 Mill. lbs Wolle zur Verfügung stehen werden, davon 2500 Mill. lbs aus der neuen Schur. Der gegenwärtige Verbrauch übertrifft nach diesen Schätzungen die Wollgewinnung noch um ein Viertel, doch wird mit einer Verminderung der Nachfrage gerechnet.

Nach Schätzungen des US-Office of Foreign Agricultural Relations hellt sich der Schafbestand der Welt Anfang dieses Jahres auf 736 Mill. (Durchschnitt 1936 bis 1940: 749 Mill.). Der gegenwärtige Schafbestand in Australien wird auf 110 Mill. Stück geschätzt, davon 78 Mill. Merinos. Bekanntlich liefert Australien reichlich die Hälfte der in der Welt gewonnenen feinen Merinowolle.

*

Das Ablieferungssoll für Wolle wurde in Rumänien für die diesjährige Schur, je nach Größe der Schafhaltung und Qualität der Wolle, auf 0,3 bis 2,75 kg je Schaf festgesetzt. Die Züchter erhalten für:

	Lei je kg
Merino	200
Spanca	165
Tigaia	125
Mindere Qualitäten	80—100
Abfall	45—100

Nach Erfüllung ihrer Ablieferungssolls können die Züchter von den frei verfügbaren Mengen bessere Qualitäten gegen mindere Qualitäten und Schwellwolle gegen gewaschene Wollen in entsprechendem Mengenverhältnis umtauschen.

Baumwolle

Die Baumwollnotierungen in New York haben sich in der Berichtswoche unter den üblichen Schwankungen nur unwesentlich verändert. Das Geschäft war im Durchschnitt recht lebhaft. Preisverluste konnten, wenn nicht am gleichen Tage, so doch meistens am nächsten Tage ausgeglichen werden. Die Gefahr größerer Schäden durch Rüsselkäferplagen und eine niedrigere Ernteerwartung infolge der ungünstigen Wetterlage, führten zu einer optimistischeren Haltung. Das vielbesprochene Ausfuhrgeschäft mit Spanien von 65 000 Ballen Rohbaumwolle ist nach Finanzierung durch private Seite zustandegekommen. Die nordamerikanische Regierung erwägt Pläne über Anbaubeschränkungen für Baumwolle in der nächsten Kampagne. Die Bekanntgabe der unveränderten Mitte-Juni-Parität, die einer Beleihungsrate von 30,54 cts je lb entspricht, trug ebenfalls zur Befestigung der Stimmung bei. Auch die Ausfuhrzusichten gegen ECA-Zuteilungen werden als sehr gut beurteilt. — In Alexandrien schlossen alle Notierungen, rund die für Karnak, auf höherem Stand. In Ashmouni sollen stärkere indische Käufe vorgenommen worden sein. Auch Frankreich interessiert sich für ägyptische Baumwolle. Die ägyptischen Baumwollpflanzungen sind ähnlich wie die der USA durch Schädlingsplagen bedroht. Die Plage soll bereits ein Sechstel der gesamten Anbaufläche des Landes erfaßt haben. Es wurden Truppen und Schulkinder zur Bekämpfung eingesetzt. Der bisher erlittene Verlust wird auf 10 Mill. Pfund Sterling geschätzt. In Bombay nahm das Geschäft in Lokoware weiterhin ab, da praktisch keine Baumwolle zur Verfügung steht. In Jarilla und den geringeren Qualitäten von Bengal Deshi fanden einige Umsätze statt. In Sind NT wurden Spekulationskäufe per November/Dezember bemerkt. Die Regenfälle in den Baumwollanbaugebieten sind bisher spärlich und ungleichmäßig verteilt. Die Aussaat macht nur geringe Fortschritte. Über die Anbaufläche lassen sich noch keine Schätzungen abgeben.

ANORGANA U.S. ADMINISTRATION / GENDORF
POST BURGKIRCHEN/ALZ/OBB.

zungen abgeben. Trotz des zurückgegangenen Verbrauchs für Baumwollwaren im Inlande und des erhöhten Einsatzes ausländischer Rohbaumwolle befürchtet man für Ende des Jahres eine erhebliche Verknappung.

*

Die Umsätze auf den Baumwollmärkten im Süden der Vereinigten Staaten beschränkten sich im Mai im wesentlichen auf Käufe der Exporteure für Lieferungen nach Großbritannien, Frankreich, Italien, den Niederlanden und Westdeutschland, während die Nachfrage heimischer Spinnereien geringfügig war.

Die Aussaat für die neue Ernte ist beendet; es wurden etwa 26,7 Mill. acres bebaut (14 Prozent mehr als im vorigen Jahre), von denen ein Ertrag von 18 Mill. Ballen erwartet wird (1948: 14,8 Mill. Ballen).

*

Argentinien: Die neue argentinische Baumwollernte (angeführ 80 000 bis 100 000 t) wird voraussichtlich in vollem Umfange von den heimischen Spinnereien übernommen werden, die infolge Beschränkungen der Textilwareneinfuhr gut beschäftigt sind. Die Ernte wurde durch Mangel an Arbeitskräften verzögert.

Brasilien: Infolge der während der Ernte eingetretenen Regenfälle hat sich die Qualität der brasilianischen Baumwollernte etwas verschlechtert. Der Ertrag wird auf 1 100 000 Ballen (210 000 t) geschätzt. Einschließlich 150 000 Ballen aus der Vorsaison dürften somit etwa 1 250 000 Ballen zur Verfügung stehen; davon werden die brasilianischen Spinnereien 400 000 Ballen benötigen.

Peru: Abgesehen von einigen Ernteschäden im Canete-Tal sind die Aussichten der diesjährigen peruanischen Baumwollernte gut; sie wird auf 65 000 t, Tanguis und 10 000 t Pima geschätzt. Bis Ende Mai waren 27 500 t verkauft, hauptsächlich an die heimischen Spinnereien und nach Großbritannien.

Häute und Felle

Auf der zehnten Stuttgarter Häute- und Fellversteigerung am 14. und 15. Juni waren die Preise 25 bis 30 Prozent höher als auf der Mai-Auktion; sie entsprachen im wesentlichen denen der Essener und Hamburger Verkäufe. Die nächsten Versteigerungen in Stuttgart-Feuerbach finden am 13. und 15. Juli statt.

*

Auf der Pariser Juni-Häuteauktion wurden etwa 35 000 Ochsen-, Kuh- und Stierhäute und 50 000 Kalbfelle und Rohkäute versteigert. Die Preise gingen weiter an:

		6. Juni	5. Mai
		in ffr je kg	
Ochsen:	extra schwere	90	91
	schwere	132	93
	mittlere	135	131
	leichte	139	133
Kühe:	schwere	132	132
	mittlere	142	137
	leichte	140	136
Stiere:	schwere	—	76
	leichte	94	94
		5. Juni	4. Mai
Kälber:	extra schwere	177	177
	schwere	264	255
	mittlere	307	301
	leichte	308	340
		in ffr je Stück	
Pferde:	Sorte 1	2 400	2 120
	Sorte 2	1 940	1 600
	Sorte 3	1 150	1 000
	Sorte 4	620	550
	Sorte 5	300	170

Kautschuk

Die Kautschuknotierungen in New York haben sich bei stetiger und ruhiger Haltung der Börse nur unwesentlich verändert. Das gleiche gilt für London und Singapur. Das Interesse der Börse in New York drehte sich insbesondere um die Pfund-Sterling-Abwertung. Weiterhin wurden die in Aussicht genommenen Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Kautschukverbrauchern über Löhne und Pensionen besprochen. Der Preisunterschied zwischen Naturkautschuk und synthetischem Erzeugnis (9½ cts) werde, so meinte man, die nordamerikanische Regierung veranlassen, den Druck der Verbraucher auf einen entsprechenden Preisnachlaß für synthetischen Kautschuk nachzugeben. Der Kautschukverbrauch der USA stellte sich im Mai 1949 auf 86 938 longtons (davon 45 700 Naturkautschuk und 39 300 synthetischer Kautschuk) gegenüber 87 299 longtons im Mai 1948. Der Kautschukverbrauch der Welt war im Mai gegenüber dem Vormonat leicht rückläufig, wie aus einer Veröffentlichung der internationalen Kautschukstudiengruppe hervorgeht. Er ermäßigte sich von 127 500 longtons auf 215 000. Der Verbrauch von synthetischem Kautschuk ging von 40 000 auf 37 500 longtons zurück. Die Bestände und die Gewinnung sind nahezu unverändert geblieben. Die französischen Kautschukproduktionsländer beklagen sich zunehmend über die Preisentwicklung am Kautschukmarkt. Die Lage der Kautschukindustrie in Ceylon und Malaya sei „alarmierend". Die nordamerikanischen Syntheseanlagen verfügen über eine Jahreskapazität von 200 000 bis 240 000 tons. Für 1949 rechnet man mit einer Naturkautschukgewinnung von insgesamt 1,9 Mill. tons und von mindestens 500 000 tons synthetischem Kautschuk, das sind zusammen 2,4 Mill. tons. Der Kautschukverbrauch der Welt in 1948 belief sich demgegenüber auf rund 1,9 Mill. t.

Metalle

Eine leichte Beruhigung ist an den Metallmärkten eingetreten. Die Preise haben nicht wesentlich weiter nachgegeben. Es war zu erwarten, daß diese Pause früher oder später eintreten würde, da die Verbraucher sich durch die letzten Preisermäßigungen nicht in ihrer Haltung beeinflussen ließen. Man sagt sich offenbar in den Kreisen der Erzeuger, daß weitere Konzessionen in der Preisfrage im Augenblick keinen Zweck haben. Die Einschränkungen der Erzeugung, die durch den Preisfall für Metalle verschiedentlich angeklärt wurden, können sich erst in einiger Zeit in den Statistiken bemerkbar machen. Bis dahin hängt alles von der Einstellung der Käufer und der Einschätzung der weiteren Marktaussichten von dieser Seite ab. Dabei spielt natürlich auch der Auftragsbestand der verarbeitenden Industrien eine Rolle, und es scheint, als wenn der erste Nachkriegsbedarf für zivile Zwecke, der sich in den Kriegsjahren angestaut hatte, befriedigt ist. Die Einkommensverhältnisse haben sich in der letzten Zeit allenthalben verschlechtert und die Kaufkraft des Endverbrauchers beeinträchtigt. Das wirkt natürlich bis auf die Urerzeugung zurück. In Europa dürfte noch Bedarf an manchen Fertigwaren in größerem Maßstab bestehen, doch hindert hier die politische Unsicherheit den Kaufwillen. Wo der Bedarf wahrscheinlich durch Neukäufe gern befriedigt würde, wie beispielsweise in Deutschland, wirkt die durch den Krieg eingetretene Verarmung und eine Reihe weiterer Umstände kaufhemmend. Es muß aber noch einmal betont werden, daß der Tiefpunkt der gegenwärtigen Abwärtsbewegung der Metallpreise noch nicht erreicht zu sein scheint.

Kupfer: Bezeichnend für den Markt dürfte es sein, daß über einen Kauf von 100 000 lbs. d. s. 85 sh/1. Kupfer zu 15,90 cts je lb von österreichischer Seite berichtet wird. Es soll sich zwar um einen Sonderabschluß handeln, doch ist nicht einzusehen, daß die amerikanischen Kupfererzeuger, die das Kupfer lieferten, ohne Not unter dem Marktpreis abgegeben hätten. Meldungen, wonach die amerikanischen Lohnhütten über eine auffallend gute Nachfrage nach Kupfer und auch nach Zink berichten, dürften Zweckmeldungen sein, um den Markt anzuregen. Am amerikanischen Termin-Kupfermarkt haben sich die Preise für Dezemberlieferung um etwa 0,50 cts gebessert, was wahrscheinlich auf spekulative Käufe zurückgeht. In England liegt der Kupferpreis immer noch um rund 20 £ je t über dem Weltmarktpreis für Kupfer, was natürlich nicht geeignet ist, die Kauflust der Verbraucher anzuregen. Die finnische Kupfererzeugung blieb mit 21 000 t im Jahre 1948 gegen das Vorjahr unverändert, dagegen hat sich die japanische Erzeugung mit 54 394 t gegen 1947 um die Hälfte erhöht, bleibt aber noch beträchtlich hinter dem Durchschnitt der Jahre 1930 — 1934 mit 73 000 t zurück. Amerikanischer Preis loco Mittelwesten je lb 16,12 cts, Elektrolyt im Preisverkehr loco Connecticut-Tal und für Export fas New York 16,00 cts. Die englische Notierung ist weiter mit 167 £ 10 sh je t unverändert.

Zinn: Die Konferenz in London hat, wie zu erwarten war, keine positiven Ergebnisse gebracht. Interessant sind Schätzungen der Zinnstudiengruppe über die zu erwartende Erzeugungs- und Verbrauchsentwicklung, die sich wesentlich von früheren Schätzungen unterscheiden, und die sehr freimütig erkennen lassen, daß die Überzeugung wahrscheinlich in den nächsten Jahren wachsen wird, daß soll die Erzeugung im laufenden Jahr etwa 170 000 lg/t erreichen, die wird für 1950 auf 190 000 lg/t und für 1951 auf etwa 205 000 lg/t geschätzt. Für den Verbrauch werden folgende vorsichtige Schätzungen aufgestellt: 1949 138 000 lg/t, 1950 158 000 lg/t und 1951 183 000 lg/t. Aber auch bei diesen Verbrauchsschätzungen setzt man voraus, daß die Zinnbewirtschaftung in den USA bis spätestens Ende 1949 aufgehoben wird. Nach diesen Zahlen ergäbe sich also bis 1951 ein Erzeugungsüberschuß von rund 107 000 lg/t. Nicht zu verlieren ist unter diesen Umständen die Angabe der Studiengesellschaft, wonach man für Ende 1951 mit einem Überschuß von nur 43 000 lg/t Zinn rechnet, „der die Erzeuger zunehmend belasten würde". Die Zinnkontrolle in den USA ist bereits gelockert worden, und es spricht für ein reichliches Angebot, wenn man davon keine ungünstigen Rückwirkungen auf die Bildung der strategischen Vorräte befürchtet, wie aus London gemeldet wird. Auf der Konferenz sind jedenfalls die Meinungen der Vertreter der USA und der britischen Vertreter über die künftige Zinnpolitik offenbar auseinandergegangen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die USA auf die Dauer mit dem beträchtlich überhöhten Zinnpreis zufriedengeben werden, nur um die Dollarreserven Englands nicht zu gefährden. Amerikanischer Zinnpreis 1,03 Dollar je lb, englische Notierung 509 £ je t.

Blei: Gewisse Hoffnungen setzt man am Bleimarkt auf die Absicht der amerikanischen Regierung, im neuen Rechnungsjahr 150 000 bis 200 000 t Blei für den Stockpile zu erwerben. Die Mittel für diese Käufe, die noch in den ersten sechs Monaten getätigt werden sollen, müssen aber erst bewilligt werden. Die Umsätze sollen sich in USA in den letzten Tagen gebessert haben, ohne daß davon Rückwirkungen auf den Preis ausgingen. In England blieben die Verbraucher weiter zurückhaltend. Auf dem Kontinent ist das Angebot auch reichlich. Bestenfalls ist für diesen Markt in der kommenden Zeit eine gewisse Stetigkeit zu erwarten. Amerikanische Notierung loco New York 13,00 cts je lb, loco East St. Louis 11,85 cts und für Export fas Golfhäfen 12,00 cts. Englischer Preis 80 £ 16 sh für Inlandsblei und 82 £ je t für Auslandsblei frei Käufer.

Zink: Ein Zeichen für das Überangebot an Zink in den USA ist die Senkung des Exportpreises um 0,50 cts je lb auf 8,50 cts. Die Inlandsnachfrage ist unbefriedigend geblieben. Der englische Zinkpreis, der die amerikanische Notierung um rund 20 £ je t übersteigt, ist natürlich nicht geeignet, die Kauflust der englischen Verarbeiter anzuregen. In Kanada wurde der Zinkpreis weiter um ½ cts je lb auf 9½ cts gesenkt. Für Zink wird die schwache Marktlaltung wahrscheinlich weiter bestehen bleiben. Das ist um so eher zu erwarten, als sich die europäische Erzeugung allmählich von den Folgen des Krieges zu erholen beginnt. Amerikanische Notierung loco East St. Louis 9,00 cts je lb. Prime Western für Export fas 8,50 cts und Elektrolytzink 10,00 cts. Englische Notierung für Inlands- und Auslandszink 78 £ je t frei Käufer.

Platin: Die ruhige und abwartende Haltung am Platinmarkt in den letzten Wochen fand ihren Niederschlag in zwei kurz aufeinander folgenden Preisermäßigungen. Zuletzt wurden von den führenden englischen Erzeugern 38 £ 10 sh je Feinunze verlangt. Ein schwacher Markt in den Vereinigten Staaten führte dann in London zu einer abermaligen Herabsetzung des Preises auf 38 £, um die Parität zu den amerikanischen Notierungen herzustellen, die bei 89 bis 92 Dollar je Feinunze lagen. Die Nachfrage ist gegenwärtig nur sporadisch. Es ist weniger auf ein Überangebot zurückzuführen, daß der Markt zur Schwäche neigt, als vielmehr auf die geringen Umsätze. Die Sowjetunion hat weder in London noch am amerikanischen Markt in der letzten Zeit Platin angeboten. Sie folgt damit ihrer schon immer beobachteten Haltung, bei weichendem Preisen aus dem Markt zu gehen. Die Preise für die Platinmetalle sind dagegen noch unverändert geblieben. Es notierten: Palladium 3 £ 10 sh bis 6 £, Iridium 22 £ 10 sh bis 27 £ 10 sh, Osmium 27 £ 10 sh bis 32 £ 10 sh, Rhodium 35 bis 36 £ und Ruthenium 15 £ 10 sh bis 17 £ 10 sh, alles je Feinunze, zum Teil nominell.

In- und Auslandsbörsen

FRANKFURT: uneinheitlich

Bei geringer Geschäftstätigkeit zu Wochenbeginn war die Kursentwicklung im allgemeinen uneinheitlich, doch bewegten sich die Änderungen meistens zwischen ½ und ½%. Montanwerte hatten Kursbesserungen zu verzeichnen. Am Pfandbriefmarkt hielt bei unveränderten Kursen das Interesse an. Industrieanleihen zeigten Abweichungen von ⅛ bis ½%. Es notierten: AEG 18 (18½), BMW unverändert 17½, Contigummi 30% (31½), Daimler unverändert 23½, Mannesmann St. 16 (15½), RWE 36½ (36), Siemens unverändert 17½, Gutehoffnungshütte 21½ (22), Banken gaben durchwegs etwas nach. Versicherungen lagen unverändert.

MÜNCHEN: zurückhaltend

Die Börse zeigte in der abgelaufenen Woche geringe Geschäftstätigkeit und ziemlich starke Zurückhaltung bei nur vereinzelten Kursbesserungen. Ausgesprochen schwach lagen Rosenthal Porzellan. Größere Nachfrage herrschte nach Brauhaus Nürnberg, die von 39 auf 35 anzogen. Am Pfandbriefmarkt war das Geschäft lebhaft. Es notierten am Wochenende: BMW 17½, Daimler 22½, Leih-Werke 37½, Südd. Zucker 61, Allianz Leben 39, Allianz Versicherung 33 und Münchener Rückversicherung 60.

HAMBURG: uneinheitlich

Bei freundlicher Grundstimmung und uneinheitlicher Kursentwicklung bewegte sich das Geschäft am Wochenende in engen Grenzen. Mit Rücksicht auf den Halbjahresultimo hielten sich namentlich die Banken aus Liquiditätsgründen stark zurück. Am Rentenmarkt war das Geschäft etwas lebhafter. Es notierten: AEG 10½, Bremer Wolle 35, Feldmühle 40, Hamb. El. W. 24½, Karstadt 35, Hamburger Hochbahn 24½, Nordd. Lloyd 18.

DÜSSELDORF: freundlich

Bei freundlicher Stimmung blieb die Geschäftstätigkeit am Wochenende gering. Montanwerte hatten zeitweilig lebhaftere Umsätze und kleinere Kursbesserungen zu verzeichnen. Der Kuxenmarkt zeigte nur wenig Bewegung. Es notierten: Alexanderwerk 30½, Durin. Aktienbrauerei 50, Klöckner Köln 14, Hoesch AG. 19½, Gutehoffnungshütte 20½, Rhein. Braunkohle 42, Rhein. Zellwolle 28, RWE 36½, Ver. Stahlwerke 13.

PARIS: uneinheitlich

Die Kursentwicklung war in der abgelaufenen Woche uneinheitlich. Geldwerte, die anfangs leichte Kursgewinne zu verzeichnen hatten, erfuhren im weiteren Verlauf der Woche neuerliche Kursabbröckelungen. Suezkanal-Aktien erzielten auf Meldungen über hohe Frachteinnahmen Kursaufgerungen. Die Börse schloß in leicht nachgebender Haltung.

LONDON: schwankend

Obwohl sich gegen Ende der abgelaufenen Woche eine gewisse Befestigung zeigte, waren die Kursschwankungen immerhin ungewöhnlich groß. Goldgerüchte standen im Mittelpunkt des Interesses. Da für diese Werte jegliche Unterstützungsaktion durch die Regierung fehlt, glaubt man annehmen zu dürfen, daß die Regierung bei Ablehnung einer Pfundabwertung zumindestens eine Geldverteuerung eintrete, was den Vorteil hätte, daß die Devisenkontrollen und andere Kontrollstellen abgebaut werden könnten. Diese Probleme beeinflußten naturgemäß auch die übrigen Werte.

NEW YORK: ruhig

Die ruhige Entwicklung scheint darauf hinzudeuten, daß der Kursstand der Effektenbörse sich der Wirtschaftslage angepaßt hat. Das Kursniveau der Effektenbörse zeigt eine beachtliche Widerstandsfähigkeit. Mit großem Interesse verfolgte man die Erörterungen über die Pfundabwertung, durch die Großbritannien die gegenwärtige Finanzkrise überwinden und eine Rückversicherung gegen eine Verweigerung weiterer Dollarkredite durch die USA finden könnte. Der Börsenumsatz bewegte sich unter der 1 Millionen-Grenze. Im allgemeinen überwogen Kursbesserungen. Die Durchschnittskurse für 30 Industrieaktien stiegen von 166,99 am 24. Juni auf 168,06 am 1. Juli. In der gleichen Zeit ermäßigten sich die Durchschnittskurse für 20 Eisenbahnwerte von 43,33 auf 43,33.

Neue Fünf-DM-Noten der Bank Deutscher Länder

Frankfurt. Ab September werden in den Westzonen die ersten neuen Fünf-DM-Noten mit dem Aufdruck „Bank Deutscher Länder" und den Unterschriften des Vorstandes herausgegeben werden. Gleichzeitig mit der Ausgabe werden die jetzt im Umlauf befindlichen Fünf-DM-Noten von den Bankinstituten eingezogen werden.

Neue Börsenumsatzsteuermarken

Frankfurt. Da die bisherigen Börsenumsatzsteuermarken auf Reichsmark bzw. Reichspfennige gelten und daher nicht mehr verwendet werden können, wurde mit Verordnung vom 21. Juni 1949 der Verwaltung für Finanzen die Ausgabe neuer Marken angeordnet, die, soweit sie über Pfennigbeträge lauten, einen braunen, soweit sie über Markbeträge lauten, einen blaugrauen Untergrund haben. In der Mitte tragen sie eine Umrandung mit der Inschrift „Börsenumsatzsteuer".

Stuttgarter Wertpapiersammelbank

Stuttgart. In Stuttgart wurde am 28. Juni die Stuttgarter Kassenverein-Wertpapiersammelbank AG. mit einem Grundkapital von 500 000 DM gegründet, von dem 25 Prozent einzuzahlen sind. Ähnliche Institute wurden in den letzten Tagen auch in München, Hamburg und Düsseldorf gegründet. Die erste Aufgabe der neuen Kassenvereine besteht in der Abwicklung der Giro-Sammeldepots, sobald das erwartete Wertpapierbereinigungsgesetz die rechtlichen Voraussetzungen dazu geschaffen hat.

Kein Neugeschäft der ruhenden Banken in Westberlin

Berlin. Den ruhenden Banken in Westberlin sind Neugeschäfte nicht gestattet. Die Banken sind demnach zur Anlage der eingehenden Gelder mit Zustimmung der Berliner Zentralbank verpflichtet. Die Tätigkeit der alten Banken soll nicht wieder aufleben, sondern sie sollen sich nur mit der Verwaltung und dem Einzug der Außenstände, Forderungen und Hypotheken im Rahmen der getroffenen Vereinbarungen befassen.

Bankenkontrollamt und Berliner Wechselstuben

Berlin. Auf Grund des Befehls Nr. 137 der Berliner Kommandantur vom 20. 6. hat das Bankenkontrollamt des Berliner Magistrats die Berliner Wechselstuben zu überwachen. Im Einvernehmen mit der Berliner Zentralbank und dem Ausschuß der Wechselstuben sollen die erforderlichen Direktiven aufgestellt werden, die mit den deutschen Gesetzen über Kreditoperationen in Einklang stehen müssen.

Neue Wechselstuben

München. Das bayerische Finanzministerium genehmigte die Errichtung von Wechselstuben in den Grenzstationen Ludwigstadt und Hof und auf dem Flughafen München-Riem. Die Wechselstube in Riem wurde von der Deutschen Verkehrs-Kreditbank AG. errichtet und kauft im Auftrag der Bank Deutscher Länder US-Dollar und Schweizer Franken zum offiziellen Kurs an.

Zwei weitere Westberliner Privatbanken

Berlin. In Westberlin wurden zwei weitere Privatbanken zugelassen, und zwar das Bankhaus Holbeck & Co. und die Genossenschaftsbank Schöneberg-Friedenau. Es sind nun bisher fünf Privatbanken zugelassen.

Umwertung von Urstlguthaben in der Ostzone

Berlin. Die Umwertung der vor dem 9. Mai 1945 bei den in der Ostzone geschlossenen Geld- und Kreditinstituten entstandenen Guthaben und Spareinlagen im Verhältnis 10:1 läuft jetzt an. Für die umgewerteten Beträge wird eine Altguthaben-Ablösungsanleihe ausgegeben, die mit 3½ jährlich ab 1. Jan. 1949 verzinst und in 25 gleichen Jahresraten ab 2. Januar 1959 getilgt wird. Die erste Zinszahlung erfolgt am 2. Jan. 1953 für die zurückliegenden drei Jahre.

Keine Konten der Ostberliner in Westberlin

Berlin. Privatpersonen, die in der Ostzone oder im Berliner Ostsektor wohnen, dürfen bei Banken in den Berliner Westsektoren kein Konto eröffnen.

Wechseldurchschnittskurse Ostmark-Westmark für Juni

Berlin. Das Landesfinanzamt Berlin hat den durchschnittlichen Wechselkurs für Ost- und Westmark, der nach der Währungserganzungs-Verordnung zur Regelung der Steuerberechnung und Steuerzahlung vorgesehen ist, für Juni 1949 auf 5,00 Ostmark für 1 Westmark festgesetzt.

*

Berlin. Die Berliner Wechselstuben handeln in der laufenden Woche eine Westmark mit 5,60 Ostmark im Ankauf und mit 5,80 Ostmark im Verkauf.

DM-Einfuhr in das Saarland

Frankfurt. DM dürfen in das Saarland eingeführt werden, wenn die betreffende Summe im Reisepaß eingetragen ist.

Finnmark abgewertet

Helsinki. Die finnische Nationalbank hat die Finnmark um 17,7 Prozent abgewertet. Die Abwertung, die am 5. Juli 1949 in Kraft getreten ist, war im Interesse des Bestandes der finnischen Wirtschaft erforderlich, da durch die Überbewertung jede Konkurrenz auf den Auslandsmärkten unmöglich war. Die finnische Nationalbank notiert ab 5. Juli das Pfund Sterling mit 646 und den US-Dollar mit 169 Finnmark. Der bisherige nichtamtliche Kurs für das britische Pfund in Finnland lag bei 547

Notenkurse in Zürich am 4. 7. 1949

1 \$ USA	3,97/3,99½
1 £ England	11,50/13
100 Fr. Frankreich	1,18½/1,18½
100 bfr. Belgien	8,70/8,75
100 hfl. Holland	95/104
100 Kr. Norwegen	50/54
100 Kr. Schweden	69/74
100 Kr. Dänemark	53/57
100 Sch. Österreich	14,50/15
100 Kr. Tschechoslowakei	1,25/1,50
100 Esc. Portugal	13,50/15,50
100 Ptas. Spanien	10/10,25
100 £ Türkei	0,80/1,00
100 Pes. Argentinien	40/43
1 £ Israel	8,25/8,75
100 DM	**71,50/73,50**

Der feste Bezug

unserer interessanten Wochenzeitung

zum Monatsbezugspreis von nur DM. 2.— bietet Ihnen die meisten Vorteile

Bitte senden Sie uns den Bestellschein als Drucksache oder auch unfrankiert ein.

Bitte hier ausschneiden!

An die „WIRTSCHAFTSREVUE" Karlsruher Büro — Karlsruhe Veilchenstraße 35

Bestellschein

Liefern Sie mir / uns die

„WIRTSCHAFTSREVUE"

Unabhängige Europäische Wochenschrift

ab ..... 1949 durch die Post / unter Streifband

zum Monatsbezugspreis von DM 2.—

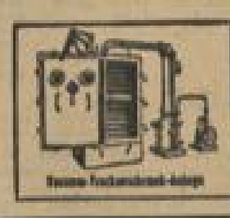
zuzügl. Postzustellgebühr oder Porto

Name / Firma .....

Beruf / Branche .....

Ort und Straße .....

Datum ..... (Unterschrift)



MAKO-VACUUM-ANLAGEN
VACUUM-PUMPEN
Autoclaven / Fermentationsanlagen
Eindampfer mit Fühlerverschluß
Kolben-Großbetriebe / Filter
kurzfristig u. T. ab Lager lieferbar
MAKO-UNION
Frankfurt a. M. / Poetheestraße 17

Horoskope

in vollendeter Ausführung berechnet seit 30 Jahren Astrologe prominenter Persönlichkeiten!

Carl A. G. Otto, Berlin SW 11

Stresemannstr. 9 (neuerb. Sekt.)

Herrensocken,

Kinderstrümpfe, Söckchen

gute Qualitäten, lieferbar.

Herstellung auch in Lohnarbeit

M. Rutenberg, Strumpfw.-Fabrikation, Amberg/Opf., Schützenstr. 66.

Transp. Zeichenpapier, Zeichenkarton, Millimeterpapier, Logarithmenpapier, Diagrammrollen, Kopierpap., Kalkpapier etc. ist lieferb. Anfragen u. B 0231 an d. Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstraße 35

Fabrikanlage

bei Ulm/Donau, 8500 qm nutzbarer Raum, großes Gelände mit Anschlußgleis, auf Wunsch auch mit Werkzeugmaschinen zu verkaufen oder zu vermieten.

Kodak A. G. Dr. Nagel-Werk

Stuttgart-Wangen, Hedelfingerstraße 56 – 63

Industrie-Anwesen

in nördl. Kreisst. Südb., direktbel. Gebäude u. Wohnhaus in bestem Zustand langfristig u. Verkaufswert an kapitäkr. Unternehmen zu vermieten. Angeb. unt. F 1027 an Wirtschaftsrevue, Karlsruhe, Veilchenstr. 35.

Schamotte in Stücken und gemahlen

Schamottemehl und Mörtel, Hochofenkeile und Formsteine, Kacheln, Quarzit, Feuerfestmörtel und weiß. Ton, Kieselgur (Isolierstoffe), Graphit, Tritolit, Wolframbolz, H. Fred. seit 1913, Abtg. Aachen-Chiesgen. Telefon 63 und 134.

Täglicher Luftfracht-Dienst nach 77 Städten in USA

AOA Spezialisten im Luftverkehr nach USA

Auskunft durch Ihren Spediteur oder American Overseas Airlines

Fracht-Abteilungen: Frankfurt, Taunus-Straße 52 Berlin, Flughafen Tempelhof

170 Jahre

Bembé-Parkett

bewährter, guter Fußboden

Bembé-Parkett-Fabrik JUCKER & CO. K.-G. BAD MERGENTHEIM

Fernsprecher 454, 518

Amerik. Büroschreibmaschinen

liefert ab Tage nach Auftragseingang OTTO JUNGHANS, (16b) Lägeln b. Preßg. (Hohlstein).

Vertreter gesucht

Devisenbonus

Nicht ausgenutzter Devisenbonus für Importzwecke gesucht. Angebote unter K.D. 5084 befördert.

WESTAG, KÖLN Habsburgerring 16

Devisenbonus

Leinöl und Leinöl-Produkte andere techn. Öle Kunstharze Chemikalien

geg. Devisenbonus prompt lieferb.

OMYA-G.m.b.H., Köln Bayenstraße 77

Briefbeutel — Briefumschläge „Talpa" Adressiermaschinen Fr. Wahlenberg gegr. 1913 (13b) Aachen/Chiesgen

Anzeigenannahme! Wirtschaftsrevue - Anz.-Abtg. Karlsruhe i. B. Veilchenstr. 35

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg